

## Entwurf

### Erläuterungen

#### Allgemeiner Teil

#### Zielsetzungen und Inhalte des Entwurfs

##### Allgemeines

Das Regierungsprogramm 2020 – 2024 Verantwortung für Österreich sieht eine Prüfung einer Reform des Exekutionsrechts zur Steigerung der Effizienz des Exekutionsverfahrens vor (Seite 25). Diese hat – die bisherigen Novellen zum Exekutionsrecht haben vor allem die Regelungen über die einzelnen Exekutionsmittel verbessert - einen umfangreichen und grundsätzlichen Reformbedarf ergeben.

Derzeit wird als erster Schritt bei Exekutionen gegen Unternehmer meist die Fahrnisexekution gewählt. Dieses Exekutionsmittel erfasst nicht nur die Pfändung und Verwertung beweglicher Sachen, sondern auch den Versuch, vom Verpflichteten die Zahlung der hereinzubringenden Forderung zu erhalten, und bei Erfolglosigkeit die Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses.

Bei unselbstständig Erwerbstätigen wird meist Fahrnis- und Gehaltsexekution gewählt. Diese sollen nun – wie in der Praxis bereits üblich – im Regelfall zusammengefasst werden. Beantragt ein Gläubiger Exekution, ohne ein Exekutionsmittel zu nennen, so umfasst diese künftig die Fahrnisexekution, die Gehaltsexekution und die Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses.

Unternehmer verfügen meist nicht nur über bewegliche Sachen, sondern auch über offene Forderungen und andere bewegliche Vermögenswerte. Auch der Zugriff auf diese Vermögensobjekte soll möglich sein, ohne dass der betreibende Gläubiger diese in seinem Antrag anzugeben hat. Es ist im Rahmen des erweiterten Exekutionspakets ein Verwalter zu bestellen, dem die Ermittlung der Vermögensobjekte, die Auswahl der geeigneten Objekte und die Durchführung des Verfahrens obliegt.

Diese Zurückdrängung des Spezialitätsprinzips führt zu einer Steigerung der Effizienz des Exekutionsverfahrens und vermeidet die derzeit unbefriedigende Situation, dass es dem betreibenden Gläubiger in der Praxis kaum möglich ist, auf die Forderungen des Verpflichteten im Exekutionsweg zu greifen, weil er von diesen erst aus dem Vermögensverzeichnis nach Durchführung einer Fahrnis- oder Gehaltsexekution erfährt und diese Forderungen bis zur Pfändung in den meisten Fällen beglichen wurden. Geschah dies nicht, so sind die Forderungen meist strittig. Dann ist es für den betreibenden Gläubiger schwer einschätzbar, ob sie durchsetzbar sind. Ein Verwalter kann dies aufgrund seiner Einsichtsrechte in die Bücher des Verpflichteten und die Auskunftspflicht des Verpflichteten meist besser beurteilen.

Auch die Verwertbarkeit der Vermögensrechte, von denen der betreibende Gläubiger derzeit aus dem Vermögensverzeichnis erfährt, kann der betreibende Gläubiger oft nicht beurteilen. Meist kennt er nicht die näheren Umstände, sodass sich erst während des Verfahrens herausstellt, ob eine Verwertung sinnvoll ist.

Dazu kommt noch, dass es für den betreibenden Gläubiger, selbst bei Bekanntsein des Vermögensobjekts, mangels genauerer Kenntnis der Umstände in vielen Fällen gar nicht möglich ist, einen zutreffenden Exekutionsantrag zu verfassen. Auch vermeidet die Zusammenfassung der Exekution auf Forderungen und die auf andere Vermögensrechte in einem Exekutionspaket Abgrenzungsprobleme, die es zu nahezu allen Arten der Geldexekution gibt (*Oberhammer in Angst/Oberhammer, EO<sup>3</sup> § 331 Rz 5*), insbesondere zur Forderungsexekution nach §§ 290 ff. EO und zur Anspruchsexekution nach §§ 325 ff. EO. Die Abgrenzung

wird zutreffend in manchen Fällen sogar als „Geschmacksache“ bezeichnet (*Oberhammer* in *Angst/Oberhammer*, EO<sup>3</sup> § 328 Rz 2).

Die Änderungen bringen auch Erleichterungen für die Gläubiger, weil diese zukünftig weniger Anträge stellen müssen. Damit wird die Kostenbelastung des Gläubigers und des Verpflichteten, die durch die Bestellung eines Verwalters entstehen, abgefangen oder zumindest abgefedert.

Die Vorschläge sollen zunächst nichts daran ändern, dass nach wie vor die Exekution auch auf einzelne Vermögensobjekte zulässig ist.

Überdies sollen die Exekutionen auf das unbewegliche Vermögen wegen deren Besonderheiten nicht von den Exekutionspaketen erfasst werden. Die Zwangsversteigerung von Liegenschaften wird nämlich hauptsächlich beantragt, um gesicherte Forderungen hereinzubringen.

### **Zuständigkeit**

Die Neuregelung, insbesondere die Zusammenfassung der Exekutionsmittel erfordert es, die Zuständigkeit neu zu regeln. Es sollen alle Verfahren zur Hereinbringung von Geldforderungen, die auf das bewegliche Vermögen gerichtet sind, beim allgemeinen Gerichtsstand des Verpflichteten zusammengefasst werden.

### **Neuerungen bei den Exekutionsmitteln**

#### **Fahnis- und Forderungsexekution**

Nach dem Vorbild der Fahnisexekution soll auch die Exekution auf Forderungen, wenn der Gläubiger nicht auf individuelle Forderungen greifen will, bis zur Befriedigung des Gläubigers fortgeführt werden. Dieser Ansatz wird auch bei der Forderungsexekution auf Bezüge gewählt. Die Bezügeexekution bei einem vom Dachverband der Sozialversicherungsträger zu erhebendem Drittschuldner ist auch bei Wechsel des Drittschuldners bis zur Befriedigung des betreibenden Gläubigers fortzuführen.

Ein von Arbeitgebern häufig beklagter Mangel ist auch die Führung der Gehaltsexekutionsverfahren. Es wird kritisiert, dass Beschlüsse des Gerichts über die Zusammenrechnung der Bezüge, die Erhöhung und Verminderung des Existenzminimums nur auf das Verfahren wirken, in dem der Antrag gestellt und bewilligt wurde. Dadurch entsteht, wenn mehrere Exekutionsverfahren gegen einen Verpflichteten anhängig sind, eine für Drittschuldner schwer verständliche Rechtslage. Die Zusammenfassung aller Verfahren bei einem Gericht ermöglicht es vorzusehen, dass diese Entscheidungen für alle Exekutionsverfahren des Verpflichteten wirken.

#### **Exekution auf andere Vermögensrechte**

Ein weiteres Ziel der Novelle ist die Vereinfachung und effizientere Gestaltung des Abschnitts über die Exekution auf andere Vermögensrechte; diese wird nämlich Hauptinhalt des erweiterten Exekutionspakets sein.

Die Exekution auf andere Vermögensrechte ist derzeit sehr schwerfällig. Es sind wiederholt Anträge des betreibenden Gläubigers und Tagsatzungen geboten, die nicht nur eine zeitintensive Mitarbeit des betreibenden Gläubigers erfordern, sondern auch Kosten verursachen, die letztendlich der Verpflichtete zu tragen hat und ihn daher belasten. Werden hingegen Vermögensrechte im Rahmen eines Insolvenzverfahrens verwertet, so geschieht dies weitgehend selbständig durch den Insolvenzverwalter, der unter der Aufsicht des Insolvenzgerichts tätig wird. Dieses Modell, das sich bewährt hat, soll unter Berücksichtigung der Besonderheiten des Exekutionsverfahrens auf die Exekution auf andere Vermögensrechte übertragen werden. Da die Exekution auf Vermögensrechte Teil des erweiterten Exekutionspakets sein kann, in dessen Rahmen nicht nur die Verwertung der Vermögensrechte, sondern insbesondere auch die Durchsetzung gepfändeter Forderungen bewirkt werden soll, werden die Aufgaben dem im Rahmen des erweiterten Exekutionspakets bestellten Verwalter zukommen.

Die Bestellung eines Verwalters ermöglicht es, im Interesse des betreibenden Gläubigers davon abzugehen, die Vermögensrechte des Verpflichteten, die gepfändet und verwertet werden sollen, im Antrag auf Bewilligung der Exekution anzugeben. Dem betreibenden Gläubiger ist es mangels genauer Kenntnis der Situation meist nicht möglich, das Vermögensobjekt genau zu bezeichnen. Die Exekutionsbewilligung soll sich auf alle Vermögensrechte des Verpflichteten beziehen. Eine genaue Nennung einzelner Vermögensrechte im Exekutionsantrag ist nicht geboten, aber zulässig. Dies entspricht der – bewährten – Gesetzeslage bei der Fahnisexekution.

Die Pfändung erfolgt derzeit dadurch, dass das die Exekution bewilligende Gericht der verpflichteten Partei ein Verfügungsverbot zustellt. Ist ein Dritter aufgrund des gepfändeten Rechts zu einer Leistung verpflichtet, so ist auch ein Leistungsverbot zu erlassen, um eine Pfändung zu bewirken. Nach dem Entwurf ist es Aufgabe des Verwalters, die zu pfändenden Vermögensrechte auszuwählen. Dazu wird es nötig sein, das Vorhandensein von Vermögensrechten zu klären, meist mit dem Verpflichteten. Dies ermöglicht dem

Verwalter, dem Verpflichteten das Verfügungsverbot sogleich mitzuteilen. Auch wenn dies nicht möglich ist, soll der Verwalter das vom Gericht ausgesprochene Verfügungs- und Leistungsverbot zustellen, nachdem er die zu pfändenden Vermögensrechte bestimmt hat.

Wie im Entwurf für die Fahrnis- oder Forderungsexekution vorgesehen, soll der betreibende Gläubiger bei der Rechteexekution nicht verpflichtet sein, mit dem Exekutionsantrag (Antrag auf Pfändung) auch die Verwertung des Rechts zu beantragen. Die Entscheidung über die Art der Verwertung der Vermögensrechte soll zukünftig beim Verwalter liegen. Dies bringt eine Vereinfachung mit sich, sodass in Zukunft eine Tagsatzung zur Bestimmung der Verwertungsart nicht mehr geboten ist.

Eine Verfahrensvereinfachung wird auch bei Rechten, welche zur Ausfolgung einer Vermögensmasse oder zur Teilung derselben oder zur Ausscheidung eines Anteils berechtigen, vorgesehen. Derzeit sind zwei Schritte geboten. Zuerst wird der betreibende Gläubiger auf Antrag ermächtigt, dieses Recht im Namen des Verpflichteten geltend zu machen. Danach ist das durch die Ausübung des Rechts freigewordene Vermögen zu pfänden und zu verwerten, wozu es eines neuen Exekutionsantrags des betreibenden Gläubigers und einer neuen Exekutionsbewilligung bedarf (s. *Laschober/Lackenberger*, Rechteexekution 57). Die Exekution richtet sich nach der für das Vermögenobjekt vorgesehenen Verwertungsart. In Zukunft soll alles im Rahmen eines Exekutionsverfahrens geschehen. Die gesetzlichen Befugnisse des Verwalters umfassen das Recht, Zwischenschritte, wie die Kündigung und das Recht auf Teilung oder Auseinandersetzung, geltend zu machen und hierauf das freigewordene Vermögen zu verwerten. Dieses wird vom Pfandrecht am Vermögensrecht erfasst, sodass es auch keiner weiteren Pfändung bedarf.

### **Verhältnis zum Insolvenzverfahren**

Die allgemeine Wirkung der Entscheidungen über die Konkretisierung des Existenzminimums ermöglicht es vorzusehen, dass diese Entscheidungen auch bei Eröffnung eines Insolvenzverfahrens wirken. Bei Eröffnung eines Insolvenzverfahrens erlöschen die Pfändungen am Arbeitseinkommen. Allerdings verbleibt auch im Insolvenzverfahren dem Verpflichteten nur der unpfändbare Teil des Bezugs, der pfändbare Teil fällt in die Insolvenzmasse. Es sind daher diese Entscheidungen derzeit im Insolvenzverfahren neu zu treffen. Zur Verfahrensvereinfachung wird die Weitergeltung dieser Entscheidungen vorgesehen.

Überdies ermöglicht die Zusammenfassung aller Verfahren beim allgemeinen Gerichtsstand des Verpflichteten festzustellen, ob der Verpflichtete wahrscheinlich insolvent ist. Bei Zahlungsunfähigkeit sollen die Forderungen in einem Insolvenzverfahren hereingebracht werden. Selbst wenn der betreibende Gläubiger in einem Exekutionsverfahren gegen einen zahlungsunfähigen Verpflichteten einen Teil seiner Forderung befriedigt erhält, muss er diesen Betrag bei späterer Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oft zurückzahlen. Es ist daher zweckmäßig, dass eindeutige Fälle der Insolvenz im Exekutionsverfahren wahrgenommen und das Exekutionsverfahren abgebrochen wird. Es obliegt dann den Gläubigern, einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens zu stellen. Schuldner sind zu einem solchen Antrag nach § 69 IO verpflichtet.

### **Insolvenzverfahren**

Da das Insolvenzverfahren nach Feststellung der offenkundigen Zahlungsunfähigkeit des Schuldners im Exekutionsverfahren vor allem der Forderungseintreibung dienen soll und damit als „Fortsetzung“ des Exekutionsverfahrens gesehen werden kann, ist das Insolvenzverfahren um Elemente des Exekutionsverfahrens zu ergänzen, wie die wiederholte Prüfung, ob der Schuldner zu Vermögen gelangt ist.

Durch die Hereinbringung der Forderungen im Insolvenzverfahren wird das Abgrenzungskriterium zwischen Exekutions- und Insolvenzverfahren (Eintritt der Zahlungsunfähigkeit) nicht verändert, aber in der Praxis besser umgesetzt. Aus Gläubigersicht ist die Forderungseintreibung effektiver, allerdings kann sich der Einbringungserfolg einzelner, mit Nachdruck agierender Gläubiger verschlechtern, weil die Gläubiger verhältnismäßig befriedigt werden.

Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens bringt für den Schuldner den Vorteil eines Zinsen- und Kostenstopps mit sich. Darüber hinaus ist es geboten, das Schuldenregulierungsverfahren zu modifizieren, um zu berücksichtigen, dass es in Zukunft vermehrt auf Antrag eines Gläubigers eröffnet werden wird und nicht nur – was derzeit in der Praxis fast ausnahmslos der Fall ist – auf Antrag des Schuldners. Daher bedarf es einer Klärung, wie mit vertraglich begründeten Schulden nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens umzugehen ist.

### **Sonstiges**

Die Reform wird auch zum Anlass genommen, ohne inhaltliche Änderung, die Bestimmungen über die einstweiligen Verfügungen zum Schutz vor Gewalt und Stalking in ihrem Aufbau übersichtlicher zu gestalten, weil die (häufigen) Änderungen auf diesem Gebiet ein Ansteigen der Anzahl der Verweise und

damit eine unübersichtliche Gesetzeslage mit sich gebracht hat. Im Abschnitt über einstweilige Verfügungen wird durch den Einbau des Hofdekrets über die pfandweise Beschreibung nach § 1101 ABGB auch ein Beitrag zur Rechtsbereinigung geleistet.

Weiters erscheint es als angebracht, die Bestimmungen der Anfechtungsordnung in die Exekutionsordnung einzubauen, setzt doch die Anfechtung voraus, dass die Exekution in das Vermögen des Schuldners nicht zu einer vollständigen Befriedigung des Gläubigers geführt hat oder anzunehmen ist, dass sie zu einer solchen nicht führen würde. Dieser enge Konnex von Anfechtung nach der Anfechtungsordnung und dem Exekutionsrecht kommt auch darin zum Ausdruck, dass die Anfechtung in allen Lehrbüchern beim Exekutionsverfahren behandelt wird.

Den Schwerpunkt des Vollzugsgebührengesetzes bilden die Regelungen über die Vergütung der Gerichtsvollzieher. Da die Gerichtsvollzieher vor allem im Exekutionsverfahren tätig sind, liegt es auf der Hand, die Vergütung in der EO – wie die Entlohnung der Insolvenzverwalter in der IO – zu regeln.

Der vorliegende Entwurf soll einen (vorläufigen) Abschluss der mit der Exekutionsordnungs-Novelle 1991 begonnenen Exekutionsrechtsreform in Teilschritten bilden. Mit den Novellen aus den letzten 30 Jahren wurden nicht nur alle Exekutionsmittel überarbeitet, sondern – mit diesem Entwurf - auch der allgemeine Teil. Daher soll die Schreibweise des Gesetzes, dessen Stammfassung vom Ende des 19. Jahrhunderts stammt, soweit Bestimmungen der Exekutionsordnung nicht geändert wurden, an die derzeitige angepasst werden. In der EO ist nämlich nach wie vor vom „Executionsgericht“ die Rede.

**Zu Artikel 1 (Exekutionsordnung – EO):****Zu Z 1, 22, 40, 53, 58, 78, 92 (Überschriften):**

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit des Ersten Abschnitts des Ersten Teils wird dieser unterteilt. Dies bedarf einer Anpassung der Überschrift des Ersten Titels.

**Zu Z 2 (§ 1 EO):**

Die derzeitige Formulierung des § 1 bietet einen relativ unvermittelten Einstieg in die Exekutionsordnung. Es wird daher ein Einleitungssatz zur Herstellung eines Zusammenhangs mit dem derzeitigen Inhalt des § 1 eingefügt.

**Zu Z 3 (§ 1 Z 1 EO):**

Der in Z 1 vorgenommenen Differenzierung zwischen Beschlüssen und Bescheiden der Zivilgerichte kommt keine rechtliche Bedeutung zu, weil für den Fall, dass nach den Bestimmungen der ZPO nicht ein Urteil zu fällen ist, gemäß § 425 Abs. 1 ZPO alle gerichtlichen Entscheidungen, Anordnungen und Verfügungen durch Beschluss erfolgen. Zurückzuführen ist diese Unterscheidung auf § 427 Abs. 1 ZPO, wonach die schriftliche Ausfertigung eines Beschlusses „*Bescheid*“ genannt wird (siehe auch § 514 Abs. 1 ZPO). In der Praxis hat sich der vom Gesetz vorgesehene Ausdruck „*Bescheid*“ für die Beschlussausfertigung aber trotz eines früheren entsprechenden Hinweises im Dienstbuch zur Geo nicht durchgesetzt. Dies ist insbesondere aus Zweckmäßigkeitsgründen nachvollziehbar, weil es sonst zu einer Verwechslung mit der allgemein bekannten Bezeichnung für Entscheidungen von Verwaltungsbehörden kommen kann. Zudem ist die Erwähnung von Bescheiden in Z 1 geeignet, den falschen Eindruck entstehen zu lassen, es seien damit in Verfahren des öffentlichen Rechts ergangene Erkenntnisse gemeint. Z 1 erfasst aber nur Entscheidungen von Organen der ordentlichen Gerichtsbarkeit (Richter bzw. Rechtspfleger) im Rahmen ihrer Rechtsprechungsfunktion (in streitigen Verfahren). Um eine derartige Fehlannahme künftig zu vermeiden, wird die rechtlich bedeutungslose Differenzierung zwischen Beschlüssen und Bescheiden der Zivilgerichte in Z 1 beseitigt, indem die Wendung „*Urteile, Beschlüsse und Bescheide*“ durch die Wendung „*Urteile und Beschlüsse*“ ersetzt wird.

**Zu Z 4 (§ 1 Z 2 EO):**

Das Mandatsverfahren wurde mit der Zivilverfahrens-Novelle 2009, BGBl. I Nr. 30/2009, ersatzlos beseitigt. Der Verweis auf das Mandatsverfahren ist daher gegenstandslos geworden.

Ebenfalls gegenstandslos geworden ist die Bezugnahme auf das Amtshaftungsverfahren, weil § 10 Abs. 3 AHG, der im Amtshaftungsverfahren die Erlassung eines Zahlungsauftrages vorgesehen hatte, mit dem Verwaltungsgerichtsbarkeits-Ausführungsgesetz 2013, BGBl. I Nr. 33/2013, aufgehoben wurde.

**Zu Z 5 (§ 1 Z 15 EO):**

Das Hofdekret vom 8.6.1832, JGS 2567, über die vor politischen Magistraten und die Justizministerialverordnung, RGBl. Nr. 114/1853, über die vor den Polizeibehörden geschlossenen Vergleiche ist gemäß § 1 des 1. Bundesrechtsbereinigungsgesetz, BGBl. I Nr. 191/1999, mit Ablauf des 31.12.1999 außer Kraft getreten. Der Verweis auf Polizeibehörden in Z 15 ist damit gegenstandslos geworden.

**Zu Z 6 (§ 1 Z 17 EO):**

Da in der EO auf Gesetze mit ihrem Kurztitel oder ihrer Abkürzung verwiesen wird, ist die Notariatsordnung in Z 17 mit ihrer Abkürzung anzuführen.

**Zu Z 7 (§ 3 Abs. 2 EO):**

Abs. 2 wird aus systematischen Überlegungen zu § 54 übernommen.

**Zu Z 8 (§ 4 bis § 6 EO):****Zu § 4 EO:**

Die Neuregelung der Zuständigkeit in Zusammenhang mit der mit der Exekutionsordnungs-Novelle 1995, BGBl. Nr. 519, geschaffenen weitgehenden Gleichschaltung zwischen Bewilligungs- und Vollzugsgericht lässt es als übersichtlicher und damit zweckmäßig erscheinen, die Bestimmungen über die Zuständigkeit zusammenzufassen (siehe auch die Ausführungen zu § 4a). Die Regelung des § 17 Abs. 1 wird daher als § 4 übernommen. Der Begriff des Exekutionsgerichts umfasst sowohl Bewilligungs- als auch Vollzugsgericht.

**Zu § 4a EO:**

Siehe zunächst die Erläuterungen zu § 4.

Die Bestimmung des § 18 enthält derzeit für die weitaus häufigsten Exekutionsmittel, nämlich die Fahrnisexekution und die Forderungsexekution, unterschiedliche rechtliche Regeln, mag auch das nach § 18 Z 3 für Forderungsexekutionen zuständige Bezirksgericht, in dessen Sprengel der Verpflichtete seinen allgemeinen Gerichtsstand hat, in den meisten Fällen mit dem nach § 18 Z 4 für die Fahrnisexekution zuständigen Bezirksgericht, in dessen Sprengel sich die beweglichen Sachen befinden, übereinstimmen. Im Hinblick auf die Einführung der Exekutionspakete (das kleine Exekutionspaket soll Fahrnisexekution und die Exekution auf wiederkehrende beschränkt pfändbare Geldforderungen sowie die Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses umfassen, das erweiterte Exekutionspaket alle Arten der Exekution auf das bewegliche Vermögen) ist eine Vereinheitlichung der Zuständigkeit für die Exekution auf das bewegliche Vermögen geboten, um eine Konzentration aller gegen einen Verpflichteten geführten Exekutionsverfahren zur Hereinbringung von Geldforderungen möglichst bei einem Gericht zu erreichen.

Daher soll nun nach **Abs. 1** das Bezirksgericht, in dessen Sprengel der Verpflichtete seinen allgemeinen Gerichtsstand hat, regelmäßig als Bewilligungs- und Vollzugsgericht einschreiten. Dies gilt sowohl für die Exekutionspakete als auch für alle Exekutionsmittel auf das bewegliche Vermögen, selbst bei einer Exekution auf einzelne Vermögensobjekte.

Die Regelung des **Abs. 2** ist ein Auffangtatbestand, wenn es keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland gibt. Es soll – wie derzeit nach § 18 Z 4 – das Bezirksgericht zuständig sein, in dessen Sprengel sich das bewegliche Vermögen, auf das Exekution geführt werden soll, befindet. Zu diesem Zweck wird der Gläubiger im Exekutionsantrag bescheinigen müssen, wo sich Vermögen des Verpflichteten befindet, um Anhaltspunkte für die Zuständigkeit des Exekutionsgerichts zu geben.

Im Interesse der Klarheit und Einheitlichkeit der Regelung und zur Vermeidung von Zuständigkeitszersplitterungen wird der Auffangtatbestand des Abs. 2 weit gehalten. Für jene Fälle, in denen der Verpflichtete keinen allgemeinen Gerichtsstand im Inland hat, soll an die Vermögensobjekte angeknüpft werden.

Eine explizite Anknüpfung an den allgemeinen Gerichtsstand des Drittschuldners oder den Ort, an dem sich eine Pfandsache befindet, etc. – wie derzeit in § 18 Z 3 – wird nicht vorgesehen. Dessen ungeachtet wird bei einer Forderungsexekution das Drittverbot an den Drittschuldner regelmäßig die erste Exekutionshandlung im Inland darstellen, die nach außen tritt.

Zu Abs. 1 soll auch die derzeit in § 5 zu findende Definition der verpflichteten Partei übernommen werden, welche an der ersten Stelle, in der die verpflichtete Partei erwähnt wird, vorgenommen werden soll.

#### **Zu § 5 EO:**

Die Definition der verpflichteten Partei wird zu § 4a übernommen. Sie hat daher hier zu entfallen.

Ebenso entfallen kann der Hinweis auf § 18 Z 3, weil der allgemeine Gerichtsstand in Zukunft grundsätzlich für alle Fälle der Anknüpfungspunkt für die Zuständigkeit sein soll.

Derzeit finden sich Bestimmungen zum Vorgehen in Fällen, in denen ein Gläubiger gegen denselben Verpflichteten bei mehreren Gerichten Exekution führt, in § 21 Abs. 1, 2 und 3. Entsprechende Regelungen sollen aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs an dieser Stelle übernommen werden. Überdies soll eine Neuregelung dieses Falles erfolgen. Um ein schnelleres und ökonomischeres Vorgehen zu garantieren, soll in Zukunft eine amtswegige Überweisung an jenes Gericht erfolgen, welches als erstes die Exekution bewilligt hat. Es soll also nicht wie bisher einer Übertragung durch das Oberlandesgericht auf Antrag der Parteien oder Anregung des Exekutionsgerichts bedürfen.

#### **Zu § 5a EO:**

Derzeit gilt für ein laufendes Exekutionsverfahren die perpetuatio fori (§ 29 JN). Innerhalb eines bereits bewilligten Exekutionsverfahrens bleibt daher bezüglich der einzelnen Exekutionsschritte das Vollstreckungsgericht, das aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen zur Einleitung des Vollzugs zuständig war, weiterhin zuständig, auch wenn der Verpflichtete seinen Wohnsitz wechselt oder die anderen ursprünglich relevanten Zuständigkeitsvoraussetzungen in der Zwischenzeit weggefallen sind. Nunmehr sollen, wenn der Verpflichtete seinen Wohnsitz wechselt, anhängige Exekutionsverfahren auf das bewegliche Vermögen zur Hereinbringung einer Geldforderung generell an das Gericht, in dessen Sprengel die verpflichtete Partei ihren allgemeinen Gerichtsstand verlegt hat, überwiesen werden. Dies verallgemeinert den bereits nach derzeitiger Rechtslage geltenden Grundsatz der Überweisung nach § 249 Abs. 2a bei Pfändung oder Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses ausschließlich in einem anderen Sprengel. Dadurch soll erreicht werden, dass alle Exekutionsverfahren bei einem Gericht konzentriert bleiben, auch diejenigen, die nach der Verlegung des allgemeinen Gerichtsstands beantragt wurden. Die Überweisung erfasst aus verfahrensökonomischen Gründen aber nicht die Durchführung des Verteilungsverfahrens von einem bereits erzielten Erlös. Wechselt der Verpflichtete seinen Wohnsitz jedoch innerhalb einer Stadt mit unterschiedlichen Bezirksgerichtssprengeln (etwa Wien, Graz oder Linz),

soll eine Überweisung zwischen den einzelnen Bezirksgerichten nur ausnahmsweise stattfinden, wenn dies zur Vereinfachung des Exekutionsverfahrens, zur vorteilhafteren Verwertung der Vermögensobjekte oder zur Verminderung der Exekutionskosten geeignet ist.

#### **Zu § 5b EO:**

Ausnahmen vom Grundsatz der Konzentration aller gegen einen Verpflichteten geführten Exekutionsverfahren erfordert die Exekution auf in einem öffentlichen Buch eingetragene unbewegliche Vermögensgegenstände, weil hier wegen der gebotenen Schnelligkeit und der zu beachtenden Rangordnung das Buchgericht bzw. das Gericht „vor Ort“ einschreiten soll. Es soll – wie auch derzeit nach § 18 Z 1 – das Gericht zuständig sein, welches das öffentliche Buch führt.

Die Bezeichnung „öffentliches Buch“ umfasst neben dem Grundbuch auch das Bergbuch. Landtafeln hingegen bestehen nach ihrer Auflösung durch das Grundbuchumstellungsgesetz, BGBl. Nr. 550/1980, nicht mehr. Ebenso wurde das Eisenbahnbuch mit der Migrationsverordnung 2012 (BGBl. II Nr. 143/2012) aufgelöst. Auf einen einschränkenden Einschub (etwa: „von Gericht geführt“), der das öffentliche Buch Wasserbuch, das von der Verwaltungsbehörde geführt wird, explizit ausschließen würde, kann verzichtet werden, weil dies durch die Anordnung, es sei das Gericht zuständig, welches das öffentliche Buch führt, hinreichend klargestellt ist.

Nicht in öffentliche Bücher eingetragene Liegenschaften sollten praktisch nicht mehr bestehen; eine eigene Zuständigkeitsnorm erübrigt sich. Die nach § 1 Abs. 2 Allgemeines Grundbuchanlegungsgesetz bestehende theoretische Möglichkeit, dass Liegenschaften, die zum öffentlichen Gut oder Gemeindegut zählen, noch nicht in die Grundbücher aufgenommen worden sind, ist in Ansehung einer modernen und einfachen Zuständigkeitsbestimmung hinzunehmen.

Im zweiten Satz des Abs. 1 wird der Fall berücksichtigt, dass sich das unbewegliche Vermögen nicht im Sprengel des Bezirksgerichts, in dem das Buch geführt wird, befindet. In diesem Fall soll der Vollzug dem Bezirksgericht, in dem sich das unbewegliche Vermögen befindet, obliegen. Dies entspricht der derzeitigen Bestimmung des § 19. Der Entwurf sieht aber nunmehr eine zwingende und damit von Amts wegen wahrzunehmende Zuständigkeit des Gerichts vor, in dessen Sprengel sich das unbewegliche Vermögen befindet, also keine bloße Übertragungsmöglichkeit vom Buchgericht an dieses Gericht. Diese Neuerung ist zweckmäßig, weil sich das Verfahren bei Gerichtsnähe zur Lage des Vermögens leichter abwickeln lässt, einerseits im Hinblick auf die Schätzung, andererseits im Hinblick auf die Besichtigung. Die Konstellation, dass sich das unbewegliche Vermögen nicht im Sprengel des Buchgerichts befindet, kommt nur ausnahmsweise in Betracht, insbesondere im Zusammenhang mit dem Bergbuch.

Einer Sonderbestimmung bedarf es zur Klarstellung für Superädifikate, die in der EO unter den Begriff des unbeweglichen Vermögens fallen und daher wie Liegenschaften behandelt werden. Da es auch erst für den abgeleiteten Rechtserwerb der Urkundenhinterlegung bedarf, ist ihre Lage die zutreffende Anknüpfung; dabei könnte es auch zu sprengelübergreifenden Lagen kommen, weshalb auf die Hauptbestandteile abzustellen ist.

Für die Exekution auf ein im Schiffsregister eingetragenes Schiff oder auf ein Schiffsbauwerk, das im Schiffsbauregister eingetragen ist oder eingetragen werden kann, bestehen mit dem Gesetz über Rechte an eingetragenen Schiffen und Schiffsbauwerken, dRGrBl. I S 1609/1940, bereits Sonderregelungen, die eine sinngemäße Anwendung der für ins Grundbuch eingetragene Liegenschaften geltenden Bestimmungen der EO anordnen. Daher ist für die Bewilligung der Exekution auf ein im Schiffsregister eingetragenes Schiff oder auf ein Schiffsbauwerk, das im Schiffsbauregister eingetragen ist oder eingetragen werden kann, das jeweilige Schiffs(bau)registergericht zuständig. Die gesonderte Anführung der – in Österreich nur mehr zu musealen Zwecken bestehenden – Schiffmühlen wird wegen ihrer praktischen Irrelevanz aufgegeben.

#### **Zu § 5c EO:**

§ 5c entspricht dem derzeitigen § 18 Z 4 letzter Fall und bezieht sich auf die Exekution zur Erwirkung von Handlungen, Unterlassungen und Duldungen.

#### **Zu § 6 EO:**

§ 6 räumt dem Gläubiger in bestimmten Fällen – außerhalb des § 5 Abs. 1 – ein Wahlrecht ein, bei welchem der zum Einschreiten als Exekutionsgericht zuständigen Gerichte er um Bewilligung der Exekution ansucht. Diese Bestimmung soll beibehalten werden. Im Hinblick auf die Neuregelung der Zuständigkeit, die grundsätzlich auf den allgemeinen Gerichtsstand abstellt, hat jedoch die Z 1, nach der in verschiedenen Gerichtssprengeln Exekutionshandlungen vorzunehmen wären, keine Bedeutung mehr und wird daher gestrichen.

**Zu § 6a EO:**

In Abs. 1 erster Satz wird aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs der derzeitige § 69 Abs. 1 übernommen. Weiters wird konkretisiert, dass die Überweisung und das Ersuchen um Vollzug bereits vor Rechtskraft der Exekutionsbewilligung vorzunehmen sind und die Zustellung der Exekutionsbewilligung durch das als Vollzugsgericht berufene Gericht zu erfolgen hat.

Abs. 2 berücksichtigt den Fall, dass nicht für den Vollzug aller Exekutionsmittel ein anderes Gericht zuständig ist.

Abs. 3 enthält nach dem Vorbild des § 44 Abs. 2 JN eine Verpflichtung des ersuchten Vollzugsgerichts, den betreibenden Gläubiger und den Verpflichteten über die Weiterführung des Verfahrens zu informieren.

**Zu Z 9 bis 11 (§ 7 EO):**

Neben der Einfügung der Überschrift ist **Abs. 4** – ohne inhaltliche Änderung – an die mit BGBl. Nr. 53/1991 vorgenommene Änderung anzupassen, mit der das Gesetz vom 21. Juli 1925, BGBl. Nr. 276, als Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VVG) wiederverlautbart wurde.

Die Sonderbestimmung des **Abs. 6** diente der Klarstellung, weil es gegen die Exekutionsbewilligung aufgrund eines ausländischen Exekutionstitels bis zur Exekutionsordnungs-Novelle 1995, BGBl. Nr. 519/1995, den Rechtsbehelf des Widerspruchs gab. Aufgrund der Einführung des Vollstreckbarerklärungsverfahrens für ausländische Exekutionstitel (nunmehr in den §§ 406 ff. geregelt) hat die Bestimmung in Bezug auf ausländische Exekutionstitel ihre Bedeutung verloren, weil der Rechtsbehelf (Rekurs) nicht gegen die Exekutionsbewilligung, sondern gegen die Vollstreckbarerklärung erhoben werden kann. Einer Klarstellung bedarf es auch dann nicht, wenn der ausländische Titel keiner Vollstreckbarerklärung bedarf, weil dieser nach § 2 Abs. 2 einem inländischen Exekutionstitel gleichgestellt ist. Die Versagungsgründe können mit Einstellungsantrag aufgezeigt werden (§ 418).

Auch einer Sonderbestimmung für Schiedssprüche bedarf es nicht, weil bei diesen – genauso wie bei Urteilen – die Bestätigung der Vollstreckbarkeit Voraussetzung für die Exekutionsführung ist.

**Zu Z 12 bis 14 (§ 8 Abs. 1 EO):**

In der Praxis stellt sich – insbesondere bei der Durchsetzung von Liegenschaftserwerben im Wege der Zwangsvollstreckung – die Frage, in welcher Form der Nachweis, dass die Gegenleistung bereits erwirkt wurde oder ihre Erfüllung sichergestellt sei, erfolgen soll. Um den sich hier stellenden Problemen zu begegnen, soll – wie von *P. Bydlinski* in NZ 2015/94 angeregt wurde – in **Abs. 1** die Möglichkeit geschaffen werden, die Gegenleistung direkt beim Exekutionsgericht zu erlegen.

In **Abs. 2** Z 2 und **Abs. 3** hat – ohne inhaltliche Änderung – entsprechend § 22 Abs. 1 Bundesstatistikgesetz 2000, BGBl. I Nr. 163/1999, an die Stelle des Österreichischen Statistischen Zentralamtes die Bundesanstalt „Statistik Österreich“ zu treten.

**Zu Z 15 bis 21 (§§ 9, 10, 12, 13, 14 und 15 EO):**

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit erhalten diese Bestimmungen Überschriften.

Die Abs. 2 und 3 des § 14 betreffen die Durchführung der Fahrnisexekution und der Forderungsexekution; sie werden – inhaltlich geringfügig geändert – in den Abschnitt über die Fahrnis- und Forderungsexekution als § 249a und 296 übernommen.

**Zu Z 22 (Überschrift vor § 16 EO):**

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit des Ersten Abschnitts des Ersten Teils wird dieser in Abschnitte (in der EO als Titel bezeichnet) unterteilt.

**Zu Z 23 und 24 (§ 16 EO):**

Die Bestimmung des derzeitigen § 33 wird wegen des inhaltlichen Zusammenhangs zu § 16 übernommen. Sie war insbesondere bedeutsam für die Verteilung der funktionellen Zuständigkeit zwischen Bewilligungs- und Exekutionsgericht für Klagen und Anträge, hat mit der Exekutionsordnungs-Novelle 1995, BGBl. Nr. 519/1995, jedoch weitgehend ihre Bedeutung verloren, weil nunmehr in der überwiegenden Anzahl der Fälle das Vollzugsgericht zur Exekutionsbewilligung zuständig ist. Nach wie vor relevant ist der Zeitpunkt des Beginns des Exekutionsvollzugs etwa für die Frage der Aberkennung der Kosten des betreibenden Gläubigers nach § 75.

**Zu Z 225 (§§ 17 bis 22 EO):****Zu § 17 EO:**

Abs. 1 entspricht dem derzeitigen Abs. 2; der derzeitige Abs. 1 wird wegen des inhaltlichen Zusammenhangs zu § 4 genommen.



Abs. 2 normiert die Zuständigkeit des Exekutionsgerichts zur Entscheidung über die Durchsetzung der Mitwirkungspflicht und zur Festlegung eines in der EO festgelegten Schadenersatzanspruches. Zum Zwecke der Verfahrensbeschleunigung und -konzentration haben diese Entscheidungen direkt im Exekutionsverfahren zu erfolgen.

#### **Zu § 18 EO:**

Die Regelung über die Zuständigkeit des Exekutionsgerichts wird zu § 4a übernommen.

Diese Bestimmung soll nunmehr das Ruhen und die Fortsetzung des Exekutionsverfahrens regeln. Die Fahrnisexekution ist solange fortzuführen, bis die hereinzubringende Forderung samt Nebengebühren erfüllt oder die Exekution eingestellt wird. Dieses Prinzip hat sich bewährt und soll daher auch auf andere Exekutionsmittel ausgedehnt werden, wie auf die Forderungsexekution und die Exekution auf Vermögensrechte. Dies ist gerechtfertigt, weil nach dem Entwurf nicht nur die Fahrnisexekution, sondern auch andere Exekutionsmittel auf erst zu ermittelnde Vermögensobjekte gerichtet sein können.

Es sollen aber nicht nur der Grundsatz, sondern auch die bei der Fahrnisexekution vorgesehenen Ausnahmen übernommen werden, dass nämlich keine Vermögensobjekte ermittelt oder vorgefunden wurden oder alle gepfändeten Vermögenswerte verwertet wurden und der Erlös verteilt wurde. In beiden diesen Fällen ist das Exekutionsverfahren nur auf Antrag des Gläubigers fortzusetzen. Falls keine Vermögensobjekte ermittelt wurden, wird eine Sperrfrist von sechs Monate vorgesehen, wie dies derzeit bei der Fahrnisexekution der Fall ist. Bei der Exekution nach dem derzeitigen § 294a nimmt die Rechtsprechung eine Sperrfrist von drei Monaten an (OGH 3 Ob 131/88; s auch *Mohr/Pimmer/Schneider*, EO<sup>16</sup> 519). Dies wird im Gesetz verankert. Beibehalten wird auch die Regelung, dass vor Ablauf der Sperrfrist ein Antrag auf Fortsetzung zulässig ist, wenn bescheinigt wird, dass beim Verpflichteten zwischenzeitlich pfändbare Vermögenswerte vorhanden sind. Dies entspricht der Rechtslage bei der Fahrnisexekution; ebenso die Ergänzung, dass dies anzunehmen ist, wenn der Gläubiger einen neuen Vollzugsort bekannt gibt.

Kommt der betreibende Gläubiger nicht der zur Fortführung des Verfahrens vorgesehenen Mitwirkungspflicht nach, so ruht das Verfahren – wie auch nach derzeitiger Gesetzeslage. Eine Sperrfrist hierfür gibt es derzeit nicht und wird auch nicht vorgesehen. Für die Fortführung bedarf es auch keines Fortsetzungsantrags. Es ist ausreichend, dass der betreibende Gläubiger der Mitwirkungsverpflichtung nachkommt. Unberührt bleiben davon die Regelungen, wann ein Exekutionsverfahren einzustellen ist.

In Abs. 4 wird klargestellt, wie die Rechtslage ist, wenn ein Exekutionsverfahren zugunsten mehrerer betreibender Gläubiger geführt wird und nur einer davon die Fortsetzung beantragt. Im Hinblick auf die Einheitlichkeit des Verkaufsverfahrens soll die Fortsetzung für alle Gläubiger wirken, wenn ein Pfandrecht bereits begründet wurde, in den anderen Fällen geschieht die Fortsetzung nur zugunsten des die Fortsetzung beantragenden Gläubigers.

#### **Zu § 19 EO:**

Diese Bestimmung wird – wegen des inhaltlichen Zusammenhangs – geändert zu § 5b Abs. 1 übernommen.

Abs. 1 legt den Grundsatz fest, dass dem Gläubiger das Wahlrecht zukommt, auf welche Vermögensobjekte und mit welchen Exekutionsmitteln die Exekution geführt werden soll. Anstatt bestimmte Vermögensobjekte eines Exekutionsmittels auszuwählen, kann der Gläubiger in seinem Antrag auch auf die Pfändung bestimmter Objekte und Forderungen verzichten.

Derzeit wird bei Exekutionen gegen unselbstständig Erwerbstätige meist eine Fahrnis- und Gehaltsexekution mit Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses beantragt. Dem soll durch das Exekutionspaket nach Abs. 2 Rechnung getragen werden, dass diese Exekutionsmittel zusammenfasst. Dies führt zu einer Verfahrensvereinfachung für Gläubiger und das Gericht. Einerseits muss der Gläubiger in seinem Antrag nicht mehr die Exekutionsmittel nennen, andererseits sieht das Gericht auf einen Blick die vom Gläubiger begehrten Exekutionsmittel.

Beantragt der Gläubiger Exekution wegen Geldforderungen, ohne ein Exekutionsmittel zu nennen, so kommt „automatisch“ das Exekutionspaket nach Abs. 2 zur Anwendung. Dieses umfasst die Exekution auf bewegliche Sachen und Papiere nach § 249, die Exekution auf wiederkehrende Geldforderungen, insbesondere nach § 295, und die Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses nach § 47.

#### **Zu § 20 EO:**

Neben dem Exekutionspaket nach § 19 soll überdies ein erweitertes Exekutionspaket eingeführt werden. Das erweiterte Exekutionspaket umfasst neben den Exekutionsmitteln aus dem Exekutionspaket nach § 19 die dort nicht erfassten Fälle der Forderungsexekution und die Exekution auf Vermögensrechte, somit alle Exekutionsmittel der Exekution auf das bewegliche Vermögen (§§ 249 bis 345) und die Aufnahme eines

Vermögensverzeichnisses nach § 47. Ausgenommen wird damit die Exekution auf das unbewegliche Vermögen, die weiterhin gesondert zu beantragen und durchzuführen sein wird.

Die EO kennt keinen Vorrang der Exekutionsmittel, dies soll auch beim Verhältnis der beiden Exekutionspakete zueinander vorgesehen werden. Somit kann der betreibende Gläubiger auch das erweiterte Exekutionspaket als ersten Exekutionsschritt wählen. In der Praxis wird jedoch weiterhin das Exekutionspaket nach § 19 zuerst beantragt werden und erst nach ergebnisloser Durchführung dieses Exekutionspakets, jenes nach § 20.

Das erweiterte Exekutionspaket wird ein betreibender Gläubiger vor allem dann als ersten Exekutionsschritt wählen, wenn nicht zu erwarten ist, dass der Verpflichtete Zahlung leistet oder pfändbare Gegenstände vorgefunden werden. Das erweiterte Paket umfasst insbesondere die Vermögensrechte und die Forderungen des Verpflichteten. Auf Grund der Komplexität und des Umfangs des erweiterten Pakets ist ein Verwalter zu bestellen, dem die Durchführung, so auch die Auswahl der geeigneten Vermögensobjekte, obliegt.

Die Bestellung eines Verwalters erfordert zwar zusätzliche Kosten, die der betreibende Gläubiger zu bevorschussen hat, deren Ersatz er aber vom Verpflichteten verlangen kann. Dem steht eine Entlastung gegenüber, weil sich die Anzahl der für die Weiterführung des Verfahrens notwendigen Anträge wesentlich verringern wird.

Erster Schritt im Exekutionspaket ist es, die Vermögensobjekte ausfindig zu machen, auf die gegriffen werden soll. Hierzu hat der Verwalter, wenn möglich unter Zuziehung des Verpflichteten, den eine Mitwirkungspflicht trifft (vgl. § 27a) eine Vermögensübersicht (Inventar) aufzunehmen. Im Zuge der Inventarisierung soll der Verpflichtete auch ein Vermögensverzeichnis abgeben müssen. Bei Falschangaben im Vermögensverzeichnis drohen dem Verpflichteten auch strafrechtliche Folgen nach § 292a StGB. Grundlage dafür ist ein Vermögensverzeichnis nach § 47, das der Verpflichtete gegenüber dem Vollstreckungsorgan oder dem Gericht zu bekräftigen hat.

Das erweiterte Exekutionspaket erfasst aber auch die Fahrnis- und die Bezügeexekution. Auch diese werden weitgehend vom Verwalter abgewickelt. Nach dem Grundgedanken des § 39 Abs. 1 Z 8 und nach dem Vorbild des § 119 Abs. 5 IO sieht Abs. 4 vor, dass der Verwalter ein gepfändetes Vermögensobjekt dem Verpflichteten überlassen kann, wenn nicht zu erwarten ist, dass die Fortsetzung oder Durchführung der Exekution auf dieses Vermögensobjekt einen die Kosten übersteigenden Ertrag ergeben wird.

#### **Zu § 21 EO:**

Die derzeitige Regelung des § 21 wird – wegen des inhaltlichen Zusammenhangs – geändert zu § 5 Abs. 1 und 2 übernommen.

§ 21 regelt nunmehr die Vorgangsweise, wenn zu Gunsten mehrerer betreibender Gläubiger ein Exekutionspaket bewilligt wird. Ist ein erweitertes Exekutionspaket bereits anhängig, so tritt ein weiterer betreibender Gläubiger mit Bewilligung der Exekution dem Exekutionspaket bei, wie dies derzeit bei der Fahrnisexekution in § 267 vorgesehen ist. Vorteil des Exekutionspaketes ist, dass der beitretende Gläubiger bereits mit der Bewilligung Pfandrechte an den gepfändeten Gegenständen erwirbt. Damit wird vermieden, dass der Verwalter die Hyperocha pfänden müsste, damit ein Überschuss dem betreibenden Gläubiger und nicht dem Verpflichteten zukommt.

Reichen die gepfändeten Vermögenswerte zur Deckung der Forderungen nicht aus, so hat nach Abs. 2 der Verwalter weitere Vermögenswerte zu ermitteln, zu pfänden und zu verwerten. Da dem früheren Gläubiger durch die Entscheidung des Verwalters, bestimmte Gegenstände vorerst nicht zu pfänden, kein Nachteil erwachsen soll, soll sich der Rang des Pfandrechts der betreibenden Gläubiger nach dem frühesten Zeitpunkt der zugunsten des Gläubigers vorgenommenen Pfändungen richten.

#### **Zu § 22 EO:**

Diese Bestimmung trifft Regelungen für den Fall, dass während eines anhängigen Exekutionspakets Pfändungen zugunsten weiterer betreibender Gläubiger vorgenommen werden.

Abs. 1 behandelt die Situation, dass ein im Rahmen eines erweiterten Exekutionspakets gepfändetes Vermögensobjekt zugunsten eines weiteren Gläubigers gepfändet wird. Der weitere betreibende Gläubiger erwirbt an diesem Vermögensobjekt ein nachrangiges Pfandrecht. Der Verwalter hat die auch zu Gunsten des weiteren betreibenden Gläubigers gepfändeten Forderungen als Kurator für diesen einzuziehen.

In Abs. 2 ist der Fall geregelt, dass während eines anhängigen Exekutionspakets ein noch nicht gepfändetes Vermögensobjekt zugunsten eines weiteren betreibenden Gläubigers gepfändet wird. Die Entscheidung des Verwalters, entsprechend § 27 Abs. 3 bestimmte Exekutionsobjekte zur Wahrung der Interessen des Verpflichteten nicht heranzuziehen, soll nicht dazu führen, dass spätere Gläubiger darauf mangels Pfändung durch den Verwalter vorrangig Exekution führen können. Um zu verhindern, dass der frühere Gläubiger

aus der späteren Pfändung durch einen weiteren Gläubiger einen Nachteil erleidet oder der Verwalter, um diesen Nachteil zu vermeiden, bereits von vornherein sämtliche Vermögensobjekte pfändet, wird zugleich mit der Pfändung eines Vermögensobjekts, welches Gegenstand des Exekutionspakets ist, aber nicht im Rahmen des Exekutionspakets gepfändet wurde zugunsten eines weiteren betreibenden Gläubigers, ein vorrangiges Pfandrecht zugunsten des früheren Gläubigers begründet. Wenn die vorrangige Pfändung zur Befriedigung des früheren Gläubigers nicht erforderlich ist, hat das Gericht das Erlöschen dieses Pfandrechts auszusprechen. Der Verwalter und der weitere betreibende Gläubiger sind vom Gericht einzuvernehmen.

**Zu Z 26 und 27 (§§ 22a, 23, 23a):**

Aufgrund der einzufügenden Bestimmungen, werden die Paragraphenbezeichnungen angepasst. Der derzeitige § 22 wird als § 23 beibehalten. Die derzeitigen §§ 23 und 23a werden zu den Begleitregelungen im vierten Teil übernommen. Da in der EO auf Gesetze mit ihrem Kurztitel verwiesen wird, ist der Verweis anzupassen. Damit wird auch berücksichtigt, dass das Gerichtliche Einbringungsgesetz 1962, BGBl. Nr. 288/1962, durch Art. 8 des Budgetbegleitgesetzes 2009, BGBl. I Nr. 52/2009 den Kurztitel „Gerichtliches Einbringungsgesetz (GEG)“ erhielt.

**Zu Z 28 (§ 25b Abs. 2a):**

Der mit der EO-Nov 2008 eingefügte Abs. 2a bezweckt, einen Weg zur Ermittlung des pfändbaren Vermögens bei einer Fahrnisexekution zu eröffnen. In Verbindung mit § 16 Abs. 1 ergibt sich, dass der Gerichtsvollzieher die Abfrage vorzunehmen hat, wenn dies im Rahmen des Verfahrens geboten ist. Nicht geregelt ist, wann und wie oft der Gerichtsvollzieher die Abfrage durchzuführen hat. Statistisch gesehen besitzt die Mehrheit der Österreicher ein Fahrzeug (Statistik Austria: 6.996.222 Fahrzeuge in Österreich zum Stichtag 31.12.2019), wobei dieses für gewöhnlich keinen vernachlässigbaren materiellen Wert aufweist. Aufgrund der derzeit in Österreich herrschenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse wird es daher für sinnvoll erachtet, dass das Gericht bei einer Fahrnisexekution standardmäßig die in Rede stehende Anfrage zu machen hat. Daher wird konkretisierend festgelegt, dass der Gerichtsvollzieher bei einer Fahrnisexekution die Anfrage vor dem auf einen Vollzugsauftrag folgenden Vollzugsversuch von Amts wegen durchzuführen hat. Dies dient einerseits der Verfahrensökonomie, weil bei einer Abfrage, die erst nach einem nicht erfolgreichen Vollzug durchgeführt wird und aus der sich ein Fahrzeug ergibt, der Gerichtsvollzieher einen weiteren Vollzugsversuch durchführen muss. Andererseits ist dies auch im Interesse des Verpflichteten, weil ein ermitteltes Fahrzeug in die Beurteilung, welche Gegenstände zu pfänden sind, wenn nicht die Pfändung und Verwertung aller Objekte zur Deckung der hereinzubringenden Forderung geboten sind, einzubeziehen ist und damit die Situation des Verpflichteten berücksichtigt werden kann. Außerdem kann die Verpflichtung des Verpflichteten zur Abgabe eines Vermögensverzeichnisses entfallen, wenn allein mit dem Fahrzeug Deckung gegeben ist.

**Zu Z 29 und 30 (§ 26 EO):**

In der Praxis werden von den Vollstreckungsorganen, etwa bei Räumungen und Pfändungen, die aufgrund ihres Umfangs nicht an einem Tag abgeschlossen werden können, Siegel benützt, um Räumlichkeiten oder Behältnisse zu sichern. Die Praxis, die sich sehr gut bewährt hat, soll daher in **Abs. 1** ausdrücklich im Befugniskatalog des Vollstreckungsorgans normiert werden.

**Zu Z 31 und 32 (§ 27 EO):**

Bei der Fahrnisexekution stellt sich bereits derzeit die Frage, welche Vermögensobjekte der Gerichtsvollzieher auszuwählen hat, wenn der Verpflichtete mehr bewegliche Sachen in seiner Gewahrsame hat, als zur Deckung der Forderung des betreibenden Gläubigers verwertet werden müssen. Die EO kennt derzeit keine Zugriffsreihenfolge. Es wird jedoch die Meinung vertreten, dass der Gerichtsvollzieher bei der Auswahl der zu pfändenden Gegenstände auf die rasche Befriedigung des betreibenden Gläubigers und auf die Bedürfnisse des Verpflichteten zu achten hat. Zu greifen sei daher zunächst auf Bargeld und Wertpapiere, dann auf die dem Verpflichteten entbehrlichsten Sachen, sonst auf solche, die leicht fortgeschafft werden und veräußert werden können, wie Kunstgegenstände und Schmuck (*Mohr in Angst/Oberhammer*, EO<sup>3</sup> § 253 EO Rz 6 mwN). **Abs. 3** legt nunmehr ausdrücklich fest, dass jene Vermögensobjekte auszuwählen sind, die die umfassendste und schnellste Befriedigung des betreibenden Gläubigers bringen (s auch § 2 Abs. 1 VVG, der auf die gelindesten Mittel abstellt). Dabei ist jedoch auch auf die Interessen des Verpflichteten Bedacht zu nehmen. Diese Bestimmung gilt für das Vollstreckungsorgan und den Verwalter. Diesen Personen kommt ein Ermessensspielraum bei der Auswahl der Vermögensobjekte zu.

Eingefügt wird außerdem eine Überschrift.

**Zu Z 33 (§ 27a EO):**

Um die Durchführung des Exekutionsverfahren zu erleichtern oder gar erst möglich zu machen, soll eine Mitwirkungsverpflichtung des Verpflichteten bei der Zwangsverwaltung einer Liegenschaft (§ 99a) und bei der Forderungsexekution (§ 306) verallgemeinert werden. Dieser hat dem Vollstreckungsorgan oder dem Verwalter alle erforderlichen Aufklärungen zu erteilen und alle notwendigen Unterlagen zu übergeben, wie dies bei der Forderungsexekution bereits in § 306 festgelegt wird.

Die Praxis hat gezeigt, dass insbesondere in der Fahrnisexekution eine erfolgreiche Exekutionsführung ohne die Mitwirkung des Verpflichteten oft erheblich erschwert wird. Die von den Gerichtsvollziehern bei der Pfändung aufgefundenen werthaltigen Gegenstände sind auf Grund der technischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte immer häufiger elektronische Geräte, deren Zugang mit Hilfe von Gerätecodes oder biometrischen Daten versperrbar ist (insbesondere Mobiltelefone, Tablets, Laptops, etc.). Ebenso wird zur Verwertung von Kryptowährungen wie etwa Bitcoins ein Zugangscode – der „private key“ – benötigt. Durch die an § 99a angelehnte Bestimmung soll nun eine Mitwirkung des Verpflichteten – etwa durch Entsperrung von Geräten oder Herausgabe von Zugangscode – durch jene Zwangsmittel, die auch bei der Exekution zur Erwirkung von Handlungen oder Unterlassungen zur Anwendung kommen, beziehungsweise in gravierenden Fällen, nämlich bei beharrlicher Verweigerung ohne hinreichenden Grund, durch Haftstrafen erzwungen werden können.

Da sich auf elektronischen Geräten häufig personenbezogene Daten Dritter und des Verpflichteten befinden, soll in Abs. 3 und 4 ausdrücklich normiert werden, wie mit diesen Daten umzugehen ist. Entsprechend herrschender Meinung und gängiger Praxis ist dem Verpflichteten derzeit im Rahmen der Pfändung die Gelegenheit zu geben, auf dem gepfändeten Gegenstand befindliche Daten zu löschen und anderweitig zu speichern. Ist dies nicht möglich, so hat der Verpflichtete im Zeitraum zwischen Pfändung und Verkauf oder Überstellung in die Auktionshalle für die Löschung zu sorgen. Konnte eine Löschung bis zur Schätzung des Vermögensgegenstands nicht bewerkstelligt werden, ist auf Antrag eine Löschung nach § 275 Abs. 6 vorzunehmen (vgl. ErläutRV 195 Blg NR 19. GP 53; *Mini* in *Deixler-Hübner*, Exekutionsordnung § 275 Rz 16). Nunmehr wird eine ausdrückliche Pflicht des Verpflichteten normiert, bei der Pfändung eine Löschung vorzunehmen und das Gerät, von allen Konten, Clouddiensten und ähnlichen Verbindungen, mittels derer auf personenbezogene Daten zugegriffen werden kann, zu entkoppeln. Dem Verpflichteten ist dabei auch die Möglichkeit einzuräumen, die zu löschenden Daten anderweitig zu sichern. Ist die Vornahme der Löschung und Entkoppelung bei der Pfändung – etwa aufgrund der Datenmenge oder der Abwesenheit des Verpflichteten – nicht möglich oder tunlich, so ist im Pfändungsprotokoll ein Vermerk über das Unterbleiben der Löschung vorzunehmen. Der Verpflichtete ist aufzufordern, die erforderlichen Vorkehrungen binnen 14 Tagen nachzuholen. Sofern der gepfändete Vermögensgegenstand nicht in Verwahrung genommen wird, verbleibt dieser auch nach der Pfändung beim Verpflichteten. Im Fall einer Verwahrung erhält der Verpflichtete die Möglichkeit auf den Vermögensgegenstand zuzugreifen, um seiner Verpflichtung nach dieser Bestimmung nachzukommen. Es obliegt dem Verpflichteten, im Rahmen dieser Zugriffsmöglichkeit auch allfälligen Pflichten nach der DSGVO und dem DSG nachzukommen. Führt der Verpflichtete eine Löschung und Entkoppelung nicht innerhalb der gewährten Frist durch, so ist ein Sachverständiger mit der Vornahme zu beauftragen, der diesem Auftrag aus Anlass der Schätzung nachzukommen hat. Die Beauftragung eines Sachverständigen hat von Amts wegen stattzufinden. § 275 Abs. 6, wonach auf Antrag des Verpflichteten Daten im Zuge der Schätzung zu löschen sind, kann daher entfallen.

**Zu Z 34 bis 38 (§§ 28, 29, 31, 32, 33):**

Eingefügt werden Überschriften.

Der derzeitige § 33 wird – wegen des inhaltlichen Zusammenhangs – als § 16 Abs. 3 übernommen. In § 33 wird nunmehr vorgesehen, dass Exekutionsverfahren auf das bewegliche Vermögen zur Hereinbringung einer Geldforderung gegen einen Verpflichteten (wie die Exekutionspakete) miteinander zu verbinden sind; und zwar nicht nur die Verfahren des kleinen Exekutionspakets, sondern auch die des erweiterten Exekutionspakets. Der Verbindungsbeschluss ist nicht anfechtbar.

**Zu Z 39 (§ 34 EO):**

Die veraltete Bezeichnung der „Erbserklärung“ ist durch den im ABGB verwendeten Begriff der „Erbantrittserklärung“ zu ersetzen (s. §§ 799 ff. ABGB in der Fassung des Erbrechtsänderungsgesetzes 2015, BGBl. I Nr. 87/2015).

**Zu Z 40 (Überschrift vor § 35 EO):**

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit des Ersten Abschnitts des Ersten Teils wird dieser in Abschnitte (in der EO als Titel bezeichnet) unterteilt.

**Zu Z 41 (§ 38 EO):**

Es soll eine Überschrift eingefügt werden.

**Zu Z 42 bis 44 (§ 39 EO):**

In **Abs. 2** erfolgen Anpassungen von Zitaten.

**Abs. 4** und § 42 Abs. 3 stellen eine Erweiterung der Regelung des § 7 Abs. 5 dar. Während die letztere Bestimmung nur die Möglichkeit eröffnet, die verbundenen Anträge auf Aufhebung der Vollstreckbarkeitsbestätigung und auf Einstellung oder Aufschiebung der Exekution bei dem für die Aufhebung der Vollstreckbarkeitsbestätigung zuständigen Gericht bzw. der dafür zuständigen Titelbehörde einzubringen, kann der Verpflichtete seit der Exekutionsordnungs-Novelle 2005, BGBl. I Nr. 68/2005, die verbundenen Anträge auch beim Bewilligungs- bzw. Exekutionsgericht einbringen. Der Antrag auf Aufhebung der Bestätigung der Vollstreckbarkeit ist dann dem Titelgericht zur Erledigung weiterzuleiten. In sprachlicher Hinsicht ist jedoch in Abs. 4 und § 42 Abs. 3 missverständlich normiert, dass sich jeweils der zweite Satz auf den Antrag auf Aufhebung der Vollstreckbarkeitsbestätigung bezieht. Bei der Umformulierung wurde berücksichtigt, dass das Gericht über einen Antrag zu entscheiden hat und der zweite Antrag der beiden weiterzuleiten ist.

§ 75 sieht eine Aberkennung der gesamten Verfahrenskosten nach einer Einstellung in bestimmten Fällen vor. In den übrigen Fällen ist eine Aberkennung der gesamten Verfahrenskosten nicht gerechtfertigt. In der Praxis unterschiedlich gehandhabt wird die Frage, ob dem betreibenden Gläubiger für eine Äußerung zum Einstellungsantrag, insbesondere auch zur Zustimmung hiezu, Kostenersatz gebührt. Bei einem Zuspruch der Kosten wird das Exekutionsverfahren nicht eingestellt, sondern zur Durchsetzung der Kosten weitergeführt. Da die Einstellung das Gegenstück zur Exekutionsbewilligung ist, soll ein berechtigter Antrag des Verpflichteten keine weiteren Kosten auslösen. Daher wird in **Abs. 5** klargestellt, dass dem betreibenden Gläubiger für seine Äußerung zu einem Antrag auf Einstellung kein Kostenersatz gebührt.

**Zu Z 45 bis 51 (§§ 40 bis 45):**

Es sollen jeweils Überschriften eingefügt werden. Zu § 42 Abs. 3 siehe die Erläuterungen zur Änderung des § 39 Abs. 4.

**Zu Z 52 (§ 45a EO):**

Diese Bestimmung erfasst, wie sich auf den Hinweis auf eine Zahlungsvereinbarung ergibt, nur die Exekution zur Hereinbringung einer Geldforderung. Dies soll klargestellt werden.

**Zu Z 53 (Überschrift vor § 47 EO):**

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit des Ersten Abschnitts des Ersten Teils wird dieser in Abschnitte (in der EO als Titel bezeichnet) unterteilt.

**Zu Z 54 (§ 47 Abs. 1 Z 1 EO):**

Das Gesetz versteht die Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses derzeit nur als subsidiäres Mittel zur Ausforschung von Vermögensobjekten des Verpflichteten, die als Vermögensobjekt in Frage kommen. Die Aufforderung an den Verpflichteten zur Angabe seines Vermögens bildet somit gleichsam eine ultima ratio, die nur dann zur Anwendung kommen darf, wenn alle sonstigen Mittel, die in der Fahrnisexekution und der Bezügeexekution bei unbekanntem Drittschuldner zur Erzielung der Befriedigung des betriebenen Anspruches vorgesehen sind, erfolglos ausgeschöpft wurden (*Jakusch in Angst/Oberhammer*, EO<sup>3</sup> § 47 Rz 2). Bei diesem Grundsatz soll es bleiben. In der Praxis hat sich aber die Frage gestellt, ob die Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses nicht schon dann zweckmäßig sein kann, wenn der Verpflichtete an seinem gewöhnlichen Aufenthaltsort (Wohnung) oder seiner Betriebsadresse angetroffen wird. Wird zum Beispiel der Verpflichtete in seiner Wohnung angetroffen, steht der Aufnahme des Vermögensverzeichnisses nicht entgegen, dass die Ferienwohnung des Verpflichteten ein weiterer Vollzugsort ist.

Daher soll – klarstellend – festgelegt werden, dass bereits dann ein Vermögensverzeichnis aufgenommen werden kann, wenn der Vollzug einer Exekution auf bewegliche Sachen an dem Vollzugsort erfolglos geblieben ist, an dem der Verpflichtete seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat oder sein Unternehmen betreibt.

**Zu Z 55 (§ 48 EO):**

Derzeit ordnet Abs. 1 letzter Satz an, dass das Vollstreckungsorgan den Verpflichteten zwangsweise vorzuführen hat, wenn dem Vollstreckungsorgan der Auftrag erteilt wurde, ein Vermögensverzeichnis

aufzunehmen, und der Verpflichtete ungerechtfertigter Weise die Abgabe des Vermögensverzeichnisses verweigert. Aus dieser Formulierung wird zum Teil abgeleitet, dass bei einer erfolglosen Exekution nach § 294a idgF dem Vollstreckungsorgan der Auftrag erteilt werden kann, ein Vermögensverzeichnis aufzunehmen; gemeint ist jedoch der in § 253a in die Form einer Rechtspflicht des Verpflichteten gekleidete Gesetzauftrag an das Vollstreckungsorgan, bei Vorliegen der dort genannten Voraussetzungen den Verpflichteten zur Abgabe des Vermögensverzeichnisses aufzufordern (s. ErläutRV EO-Nov 2003, 39 BlgNR 22. GP 33). Um die nicht beabsichtigte Auslegung zu vermeiden, soll der letzte Satz in § 48 Abs. 1 gestrichen und stattdessen die Bestimmung in § 253a ergänzt werden.

Das Gesetz sieht derzeit in § 48 Abs. 2 nur dann das Erzwingen eines Vermögensverzeichnisses durch Haft vor, wenn der Verpflichtete dessen Abgabe vor Gericht ungerechtfertigt verweigert hat. In den Fällen, in denen der Verpflichtete jedoch dem Gericht nicht zwangsweise vorgeführt werden kann, weil er etwa nur außerhalb der Amtsstunden des Gerichts anzutreffen ist, ist dieses Instrument weitgehend zahnlos. Es soll daher zukünftig auch dann die Haft verhängt werden dürfen, wenn der Verpflichtete vor dem Vollstreckungsorgan die Abgabe eines Vermögensverzeichnisses ungerechtfertigt verweigert. Wird die Haft verhängt, so kann der Verpflichtete anschließend ohne vorherige Vorführung vor Gericht – also unabhängig von den Amtsstunden des Gerichts – direkt in die Haftanstalt überführt werden.

**Zu Z 56 (§ 49 EO):**

§ 49 wurde ohne Paragrafenbezeichnung in Kraft gesetzt. Dies wird nunmehr korrigiert. Abs. 2 dient der Klarstellung, wie vorzugehen ist, wenn die Voraussetzungen zur Abgabe eines Vermögensverzeichnisses nach § 47 Abs. 1 gegeben sind, aber die neuerliche Abgabe eines Vermögensverzeichnisses unzulässig ist. In diesem Fall ist dem Gläubiger eine Ausfertigung des zuletzt abgegebenen Vermögensverzeichnisses zu übersenden.

**Zu Z 57 (§ 49a EO):**

Während des Exekutionsverfahrens stellt sich nicht selten heraus, dass der Schuldner nicht nur zahlungsunwillig, sondern zahlungsunfähig ist. Der Eintritt der Zahlungsunfähigkeit ist ein Grund zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens. Nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit sollten die Forderungen nicht im Exekutionsverfahren, sondern im Insolvenzverfahren hereingebracht werden. Dies ergibt sich insbesondere aus den Bestimmungen über die Anfechtung nach der Insolvenzordnung. Werden Forderungen im Rahmen des Exekutionsverfahrens durchgesetzt, obwohl der Schuldner zahlungsunfähig war, und später ein Insolvenzverfahren eröffnet, so ist die Hereinbringung häufig anfechtbar; die Beträge sind somit zurückzuzahlen. Die Durchführung des Exekutionsverfahrens hat dadurch nicht den gewünschten Erfolg gebracht. Sowohl der Verfahrensaufwand des Exekutionsverfahrens als auch der Aufwand der Anfechtung wären vermeidbar gewesen, wenn das Insolvenzverfahren rechtzeitig eröffnet worden wäre. Dazu kommt noch, dass bei zahlungsunfähigen Schuldnern Exekutionsverfahren nur selten erfolgreich sind, weil es einerseits an geeigneten Vermögensobjekten mangelt, andererseits an Geldmitteln, um die hereinzubringende Forderung zu zahlen.

Bereits im Bericht des Justizausschusses zum IRÄG 2017 (1741 BlgNR 25. GP 2) wurde festgehalten, dass in der Reform des Vollstreckungsrechts die Schnittstelle zwischen Exekutions- und Insolvenzrecht geregelt und das Vorliegen einer offenkundigen Zahlungsunfähigkeit vom Gericht wahrgenommen und festgestellt werden soll.

Um dem Grundgedanken der Unterscheidung zwischen Exekutions- und Insolvenzverfahren Rechnung zu tragen, wird daher vorgesehen, dass bei offenkundiger Zahlungsunfähigkeit mit dem Exekutionsverfahren innezuhalten ist. § 49a verlangt Offenkundigkeit der Zahlungsunfähigkeit, um die Prüfungspflicht des Gerichts nicht zu überspannen. Es wäre eine Überfrachtung des Exekutionsverfahrens, wenn in diesem eine genaue Prüfung der Zahlungsunfähigkeit erfolgen müsste. Überdies hat das Gericht nicht laufend zu prüfen, ob offenkundige Zahlungsunfähigkeit eingetreten ist. Dazu soll es vielmehr nur dann kommen, wenn sich die offenkundige Zahlungsunfähigkeit bei einem zur Ermittlung von Vermögen stattfindenden Vollzug durch das Vollstreckungsorgan oder einen Verwalter herausstellt. Das Vollstreckungsorgan oder der Verwalter hat mit dem Vollzug innezuhalten. Dennoch ist eine Pfändung vorzunehmen, weil die endgültige Entscheidung über das Vorliegen der offenkundigen Zahlungsunfähigkeit dem Exekutionsgericht obliegt. Dieses hat nach Abs. 2 die offenkundige Zahlungsunfähigkeit mit Beschluss festzustellen. Der Beschluss ist nach Eintritt der Rechtskraft in der Ediktsdatei bekanntzumachen. Damit erhalten auch die anderen Gläubiger – und nicht nur der betreibende Gläubiger – die Information über das Vorliegen von offenkundiger Zahlungsunfähigkeit, sodass die Durchsetzung von Forderungen im Rahmen des Insolvenzverfahrens, des Gesamtvollstreckungsverfahrens, erfolgen soll. Zur Löschung der Daten über die Eintragung der offenkundigen Zahlungsunfähigkeit nach drei Jahren seit Aufnahme in die Ediktsdatei siehe § 71a Abs. 2 des Entwurfs.

Eine Ausnahme wird für den Fall vorgesehen, dass die Vermögensobjekte zugunsten des betreibenden Gläubigers verpfändet worden sind. In diesem Fall bestehen Absonderungsrechte, die auch zugunsten des betreibenden Gläubigers während des Insolvenzverfahrens verwertet werden können.

Die Fortsetzung des Exekutionsverfahrens ist nur auf Antrag des betreibenden Gläubigers vorgesehen. Grund zur Fortsetzung ist, dass Zahlungsunfähigkeit nicht mehr vorliegt. Dies ist anzunehmen, wenn das Insolvenzgericht einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens mangels Zahlungsunfähigkeit abgewiesen hat. Wurde kein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt und konnte deshalb keine Abweisung erfolgen, so hat der betreibende Gläubiger zu bescheinigen, dass Zahlungsunfähigkeit nicht mehr vorliegt, um eine Fortsetzung des Exekutionsverfahrens zu erreichen. Weiters kann die Fortsetzung beantragt werden, wenn die Eröffnung des Insolvenzverfahrens mangels kostendeckenden Vermögens abgewiesen wird oder ein über das Vermögen der verpflichteten Partei eröffnetes Insolvenzverfahren aufgehoben wurde.

Wird das Exekutionsverfahren nicht innerhalb von sechs Monaten fortgesetzt erlischt das Pfandrecht.

**Zu Z 58 (Überschrift vor § 50 EO):**

Zur Verbesserung der Übersichtlichkeit des Ersten Abschnitts des Ersten Teils wird dieser in Abschnitte (in der EO als Titel bezeichnet) unterteilt.

**Zu Z 59 bis 61 (§§ 50, 51 und 52 EO):**

Es wird jeweils eine Überschrift eingefügt.

**Zu Z 62 und 63 (§ 53 EO):**

Diese Bestimmung soll eine Überschrift erhalten.

Mittlerweile ist das Exekutionsverfahren – einschließlich der Verfahren zur Erwirkung einer einstweiligen Verfügung – im Regelfall mit Hilfe automationsunterstützter Datenverarbeitung durchzuführen. Die derzeitige Sonderbestimmung des § 54a wird daher aufgehoben; der Inhalt des § 54a Abs. 3 wird als **Abs. 2** übernommen. Demnach sind Exekutionsanträge und andere Schriftsätze nunmehr in einfacher Ausfertigung einzubringen. Die Zustellung von Ausfertigungen von Schriftsätzen an den Gegner kann entfallen, wenn der Inhalt des Schriftsatzes in der Erledigung des Gerichts vollständig wiedergegeben wird. Abs. 2 verdrängt die Bestimmungen der ZPO. Die Z 3 des derzeitigen § 54a Abs. 3 entspricht nunmehr Abs. 2; die Z 4 des derzeitigen § 54a Abs. 3 soll entfallen. Der Verweis auf § 453a Z 6 ZPO ist gegenstandslos, weil diese Bestimmung mit BGBl. I Nr. 76/2002 mit 1. Jänner 2003 außer Kraft getreten und ihr materieller Inhalt in § 89e Abs. 1 GOG aufgegangen ist. Auch eines Verweises auf § 89e Abs. 1 GOG bedarf es nicht, weil diese Bestimmung auf alle Verfahren, somit auch das Exekutionsverfahren, anzuwenden ist.

**Zu Z 64 bis 67 (§ 54 EO):**

Diese Bestimmung soll eine Überschrift erhalten.

Aufgrund des systematischen Zusammenhangs wird der derzeitige § 3 Abs. 2 als **Abs. 1** übernommen. Die Absatzbezeichnungen werden entsprechend angepasst. Der nunmehrige **Abs. 2** erhält aufgrund der neuen Möglichkeit, die Exekution ohne Angabe bestimmter Exekutionsmittel oder bestimmter Vermögensteile zu beantragen, eine entsprechende Ergänzung in Z 3.

Die Bestimmungen über die Verbesserung sollen in § 54a zusammengefasst werden; daher wird **Abs. 3** aufgehoben.

**Zu Z 68 (§ 54a EO):**

§ 54a in seiner derzeitigen Fassung entfällt, da das ADV-Verfahren nunmehr der Regelfall ist (s. auch die Erläuterungen zu § 53 des Entwurfs). Stattdessen wird an dieser Stelle eine allgemeine Bestimmung zur Verbesserung von Schriftsätzen geschaffen. Abs. 1 entspricht dem derzeitigen § 54 Abs. 3; Abs. 2 entspricht dem derzeitigen § 54a Abs. 3 Z 3.

Abs. 2 wird aus systematischen Gründen zum Vierten Teil übernommen.

**Zu Z 69 und 70 (§ 54b EO):**

Die neue Formulierung des Abs. 1 Z 1 zieht keine inhaltliche Änderung nach sich; die Änderung von Abs. 2 Z 3 beseitigt eine grammatikalische Ungenauigkeit.

**Zu Z 71 und 72 (§ 54f und 54g EO):**

Die derzeitigen §§ 54f und 54g regeln die Verpflichtung des betreibenden Gläubigers zum Ersatz des Schadens, welcher dadurch entstanden ist, dass eine Exekution bewilligt wurde, ohne dass der betreibende Gläubiger über einen entsprechenden Exekutionstitel samt Bestätigung der Vollstreckbarkeit verfügt, sowie

die Möglichkeit der Auferlegung einer Mutwillensstrafe bei mutwilliger Exekutionsführung. Aufgrund der Positionierung dieser Bestimmungen im Anschluss an die Regelungen über das vereinfachte Bewilligungsverfahren wird auch vertreten, dass der Anwendungsbereich auf das vereinfachte Bewilligungsverfahren beschränkt ist. Um diese – nicht gewollte – Interpretation zu vermeiden, werden die Bestimmungen als §§ 63a und 63b übernommen. Dieser Zusammenhang bietet sich aufgrund des Regelungsinhalts an, weil § 63 die Exekutionsbewilligung regelt.

Beantragt der betreibende Gläubiger die Ausdehnung der Exekution auf weitere Exekutionsmittel, so bedarf es einer neuerlichen Exekutionsbewilligung und damit einer neuerlichen Prüfung, ob ein Exekutionstitel vorliegt. Um dies zu vermeiden, sieht der nunmehrige § 54f eine Ausdehnung der Exekutionsbewilligung vor. Wird nach bereits bewilligter Exekution die Exekution auf ein Exekutionspaket beantragt, das das bereits bewilligte Exekutionsmittel umfasst, so ist insoweit dieser Antrag als solcher auf neuerlichen Vollzug zu verstehen.

**Zu Z 73 bis 76 (§§ 55 bis 58 EO):**

Diese Bestimmungen sollen jeweils eine Überschrift erhalten.

**Zu Z 77 und 78 (§ 59 EO):**

Diese Bestimmung soll eine Überschrift erhalten.

Nach § 15 JN müssen alle zur Führung der Protokolle und anderen gerichtlichen Amtshandlungen verwendeten Personen hierzu beeidigt sein. Der gesonderte Hinweis in **Abs. 2** auf die Beeidigung des Schriftführers kann daher entfallen.

**Zu Z 79 bis 82 (§§ 60, 61, 63 und 64 EO):**

Diese Bestimmungen sollen jeweils eine Überschrift erhalten.

**Zu Z 83 und 84 (§ 66 EO):**

Diese Bestimmung soll eine Überschrift erhalten.

§ 5 Abs. 2 und 3 und § 5a regeln die Überweisung des Verfahrens; in dieser Bestimmung wird normiert, dass für den Fall einer amtswegigen Übertragung kein Rechtsmittel zulässig ist.

**Zu Z 85 und 86 (§ 67 EO):**

Diese Bestimmung soll eine Überschrift erhalten.

Abs. 3 und 4 entsprechen § 70; diese Bestimmungen werden wegen des inhaltlichen Zusammenhangs an dieser Stelle übernommen.

**Zu Z 87 (§ 70 EO):**

Die derzeitige Regelung des § 70 wird wegen des inhaltlichen Zusammenhangs als § 67 Abs. 3 und 4 übernommen.

Stattdessen wird an dieser Stelle eine einheitliche Bestimmung zum Widerspruch eingefügt. Bisher finden sich Bestimmungen zum Widerspruch an verschiedenen Stellen der Exekutionsordnung. Widerspruch kann erhoben werden gegen einstweilige Verfügungen (§§ 397 f.), die Anpassung ausländischer Exekutionstitel (§ 404), die Höhe einer Strafe (§ 358 mit Verweis auf §§ 397 f.), die Anpassung von Schutzmaßnahmen (§ 421 mit Verweis auf §§ 397 ff.) und die Höhe eines festgesetzten Betrages im Zusammenhang mit aufgrund von ausländischen Exekutionstiteln geschuldetem Unterhalt (§ 405 mit Verweis auf § 404). Um im ersten Abschnitt, den allgemeinen Bestimmungen der Exekutionsordnung eine einheitliche Regelung zum Widerspruch zu schaffen, wird § 70 systematisch nach den Bestimmungen zum Rekurs und zur Vollzugsbeschwerde eingefügt.

**Zu Z 88 (§ 71 EO):**

Abs. 2 zweiter Satz wird aufgehoben; der betreibende Gläubiger soll allfällig gewünschte weitere Bekanntmachungen nunmehr selbst veranlassen.

**Zu Z 89 (§ 71a Abs. 2b EO):**

Die Daten über die Eintragung der offenkundigen Zahlungsunfähigkeit (§ 49a des Entwurfs) sollen in Anlehnung an § 256 Abs. 4 IO nach drei Jahren seit der Aufnahme in die Ediktsdatei zu löschen sein.

**Zu Z 90 und 91 (§§ 75 und 76 EO):**

Diese Bestimmungen sollen jeweils eine Überschrift erhalten.



**Zu Z 92 (§§ 78 bis 96 EO):****Zu § 78 EO:**

§ 78 betreffend die „Anwendung der Zivilprozessordnung“ ist derzeit so aufgebaut, dass die Anwendung – soweit dieses Gesetz nichts anderes anordnete – auf gewisse, in der Norm genannte Abschnitte der Zivilprozessordnung beschränkt ist. Es handelt sich dabei um die Bestimmungen über die Parteien, das Verfahren und die mündliche Verhandlung, über den Beweis, die Beweisaufnahme und über die einzelnen Beweismittel, über richterliche Beschlüsse und über das Rechtsmittel des Rekurses.

Anders wird dies in der Insolvenzordnung gehandhabt: Sie sieht in § 252 IO generell die sinngemäße Anwendung der Zivilprozessordnung – soweit in der Insolvenzordnung nichts anderes angeordnet ist – vor und regelt in den darauf folgenden Paragraphen die Ausnahmen und Abweichungen dazu. Diese Vorgehensweise erscheint sinnvoller als eine Einschränkung auf gewisse Abschnitte, weil durch Gesetzesänderungen auch andere als die hierunter fallenden Normen relevant werden können. Auch gibt es bereits Fälle in der Exekutionsordnung, in denen Bestimmungen der Zivilprozessordnung sinngemäß anzuwenden sind, die außerhalb der in § 78 aufgezählten Abschnitte geregelt sind. So wird etwa in § 352c festgehalten, dass auf die Verfahren zur Meistbotsverteilung die Bestimmungen über das Verfahren vor den Bezirksgerichten (§§ 431 ff. ZPO) anzuwenden sind. Im Übrigen ergibt sich ohnehin aus der Exekutionsordnung, welche Bestimmungen der Zivilprozessordnung nicht zur Anwendung gelangen, wie etwa jene betreffend die Klagebeantwortung.

Abweichend von der Regelung des § 252 IO bedarf es keiner Ausnahme für die Vertretung durch Rechtsanwälte, weil § 52 diese Frage regelt.

**Zu § 79 EO:**

Die Bestellung eines Verwalters ist derzeit einerseits bei der Zwangsverwaltung von Liegenschaften, andererseits bei der Exekution auf andere Vermögensrechte vorgesehen. Der Entwurf verstärkt den Amtsbetrieb, indem – sofern nichts anderes beantragt – Exekutionspakete vorgesehen werden und schlägt die Bestellung eines Verwalters auch dann vor, wenn die Exekution auf alle Vermögensobjekte – oder zumindest auf alle Vermögensobjekte eines Exekutionsmittels – gerichtet ist. Daher bietet es sich an, die Bestimmungen über den Verwalter in den Allgemeinen Teil zu übernehmen, um – unübersichtliche – Verweisungen weitgehend zu vermeiden.

**Zu § 80 EO:**

§ 80 legt die Anforderungen an die Person des Verwalters fest. Demnach ist eine unbescholtene, verlässliche und geschäftskundige Person zu bestellen, die über die notwendigen Kenntnisse verfügt und eine zügige Durchführung der Verwaltung gewährleistet. Vorbild ist § 106 betreffend die Person des Zwangsverwalters.

**Zu § 80a EO:**

Diese Bestimmung wird nach dem Vorbild des derzeitigen § 107 gestaltet und zu den allgemeinen Bestimmungen betreffend den Verwalter übernommen. Der Verwalter hat im Gegensatz zum Zwangsverwalter nur Kenntnisse des Exekutionsrechts mitzubringen. Dementsprechend ist § 107 anzupassen.

Die Verwalterliste wird in § 436 geregelt.

**Zu § 80b EO:**

Vorbild für diese Bestimmung ist der derzeitige § 107b. Ergänzt wird Abs. 2 Z 3 um den Verfahrensbeteiligten. Darunter fällt vor allem eine Person, die Drittschuldner im Verfahren ist.

Aufgrund der Übernahme dieser Regelung zu den allgemeinen Bestimmungen betreffend den Verwalter ist der derzeitige § 107b aufzuheben.

**Zu § 80c EO:**

Diese Bestimmung entspricht im Wesentlichen den derzeitigen §§ 108 und 132 Z 2. Nicht übernommen wird § 108 Abs. 4, wonach die Enthebung und die Bestellung eines anderen Verwalters in der Ediktsdatei bekannt zu machen sind, weil die Bestellung des Verwalters nicht in allen Fällen bekanntgemacht werden soll. Aufgrund der Übernahme dieser Regelung zu den allgemeinen Bestimmungen betreffend den Verwalter, sind die derzeitigen §§ 108 – bis auf dessen Abs. 4 – und 132 Z 2 aufzuheben. Den Parteien gemäß Abs. 1 steht nach Zustellung des Beschlusses über die Bestellung des Verwalters eine Frist von 14 Tagen zur Verfügung, um die Enthebung zu beantragen; der Antrag ist zu begründen. Als möglicher Grund für die Enthebung kommt die fehlende Unabhängigkeit des Verwalters oder dessen mangelnde Eignung (§§ 80 und 80a) in Betracht. Aus wichtigen Gründen kann der Verwalter gemäß Abs. 2 jederzeit von Amts wegen oder auf Antrag einer Partei enthoben werden.

Derzeit wird in § 108 Abs. 1 überdies dem betreibenden Gläubiger innerhalb von 14 Tagen nach Zustellung der vom Zwangsverwalter bekannt gegebenen Umstände, die geeignet sind, seine Unabhängigkeit in Zweifel zu ziehen, ein Antragsrecht eingeräumt. Da das Fehlen der Unabhängigkeit als wichtiger Grund anzusehen sein wird (vgl. *Mohr*, *ecolx* 2008, 215 [217]) und eine Enthebung aus wichtigen Gründen ohnehin jederzeit von Amts wegen oder auf Antrag zu erfolgen hat, kann diese Frist entfallen.

#### **Zu § 81 EO:**

Diese Bestimmung regelt, welche Befugnisse der Verwalter hat, um seine Aufgaben zu erfüllen. Er hat nach **Abs. 1** die Befugnisse eines Gerichtsvollziehers, wobei die Zwangsbefugnisse nach § 26a (Öffnen der verschlossenen Haus- und Wohnungstüren) weiterhin nur einem Vollstreckungsorgan zukommen sollen, zumal es sich hier um weitreichende Eingriffe in die Privatsphäre des Verpflichteten handelt. Für alle übrigen Vollzugshandlungen im Zuge des Exekutionsverfahrens soll bei Bestellung eines Verwalters zukünftig jedoch kein Vollstreckungsorgan mehr erforderlich sein. Die Heranziehung mehrerer Vollzugspersonen würde das Verfahren unnötig verkomplizieren.

**Abs. 2** entspricht § 157b Abs. 3 IO und wird durch Liegenschaften und die Wohnung des Verpflichteten ergänzt. Der erste Teil des zweiten Satzes entspricht § 99a erster Satz.

**Abs. 3** entspricht § 83 Abs. 1 (§ 157b Abs. 2) IO, wobei keine Beschränkung der Befugnisse durch das Gericht vorgesehen ist.

Die Befugnisse des Verwalters sollen zudem über jene des Vollstreckungsorgans hinausgehen. So kann er nach **Abs. 4** mit dem Verpflichteten zur Befriedigung des betreibenden Gläubigers eine Ratenzahlungsvereinbarung treffen, wenn der betreibende Gläubiger dies nicht im Exekutionsantrag abgelehnt hat.

**Abs. 5** überlässt dem Verwalter die Auswahl der Art der Verwertung. Dabei stehen ihm insbesondere die Verwertungsarten des Verkaufs, der Versteigerung, der Verwaltung, der Verpachtung und der Vermietung zur Verfügung. Er hat die Parteien 14 Tage vor der Durchführung der Verwertung über die Art der Verwertung und den voraussichtlich zu erzielenden Erlös zu informieren.

#### **Zu § 81a EO:**

Diese Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 109 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2.

Die Bestimmung des Abs. 1 zweiter Satz, wonach der Verwalter die ihm zugewiesenen Tätigkeiten selbst ausüben hat, entspricht § 81 Abs. 4 Satz 1 IO.

#### **Zu § 82 EO:**

Die Bestimmung entspricht § 82 IO, sieht aber eine geringere Mindestentlohnung vor, weil den Verwalter weit weniger Aufgaben treffen, die von der Verwertung unabhängig sind – so kommt eine Forderungsprüfung nicht in Betracht, weil die betreibenden Gläubiger über einen Exekutionstitel verfügen.

Dem Verwalter steht ein Mindestbetrag von 500 Euro zuzüglich eines Prozentbetrages von den durch Verwertung erwirtschafteten Beträge zu. Die Verdienstlichmachung ergibt sich aus dem bei der Verwertung erzielten Bruttoerlös abzüglich jener Beträge, die davon an Dritte geleistet wurden (Abs. 2). Besondere Bestimmungen zur Entlohnung des Zwangsverwalters finden sich in §§ 113 ff. In Abs. 6 wird § 113 Abs. 2 übernommen. Der Abs. 2 des § 113 ist daher aufzuheben. Im Übrigen bleiben §§ 113, 113a und 113b erhalten. Der Mindestbetrag steht jedenfalls nur einmal zu, auch wenn der Verwalter sich durch Verwertung und Zwangsverwaltung verdienstlich gemacht hat (Abs. 3).

#### **Zu § 82a EO:**

§ 82a entspricht dem derzeitigen § 113b Abs. 1 Z 1 und 4 betreffend die Erhöhung der Entlohnung des Zwangsverwalters. Diese Regeln sind zu den allgemeinen Bestimmungen über den Verwalter zu übernehmen.

#### **Zu § 82b EO:**

In § 82b wird aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs die derzeitige Bestimmung des § 113b Abs. 2 Z 1 über die Verminderung der Entlohnung des Verwalters übernommen.

#### **Zu § 82c EO:**

Die Bestimmung zur Geltendmachung der Entlohnung des Zwangsverwalters im derzeitigen § 117a ist an dieser Stelle zu den allgemeinen Bestimmungen über den Verwalter zu übernehmen und in seiner derzeitigen Form aufzuheben.

**Zu § 83 EO:**

§ 83 entspricht den ersten vier Sätzen des § 115 Abs. 1 sowie Abs. 2. Grundsätzlich hat der Verwalter jährlich zu berichten und Rechnung zu legen. Nach Schluss der Verwaltung ist ein Schlussbericht zu erstatten und eine Schlussrechnung zu legen. Vom Exekutionsgericht können sowohl kürzere als auch längere Zeiträume angeordnet werden. Die Bestimmung des § 115 Abs. 3 wird zu § 83c übernommen.

**Zu § 83a EO:**

Diese Bestimmung entspricht § 116, welcher zu den allgemeinen Bestimmungen über den Verwalter zu übernehmen und an seiner derzeitigen Stelle aufzuheben ist.

**Zu § 83b EO:**

§ 81b enthält die Bestimmung des derzeitigen § 117, welcher an dieser Stelle zu übernehmen und in seiner derzeitigen Form aufzuheben ist.

**Zu § 83c EO:**

Der derzeitige § 118 über die Erwirkung der Rechnungslegung durch Auferlegung von Zwangsstrafen ist als § 83c zu übernehmen und an der derzeitigen Stelle aufzuheben.

**Zu § 84 EO:**

Abs. 1 bis 3 entspricht § 114; Abs. 4 übernimmt § 132 Z 4. Diese Bestimmungen sind zu den allgemeinen Bestimmungen über den Verwalter zu übernehmen und an ihrer derzeitigen Stelle aufzuheben.

**Zu § 84a EO:**

Die EO regelt die Durchführung der Zwangsverwaltung bei der Zwangsverwaltung von Liegenschaften, die Verwertung von unbeweglichen und beweglichen Sachen einerseits bei der Zwangsversteigerung einer Liegenschaft, andererseits bei der Fahrnisexekution und die Verwertung durch Überweisung zur Einziehung bei der Forderungsexekution. Das Gesetz kennt jedoch nicht nur die Zwangsverwaltung von Liegenschaften, sondern auch von beweglichem Vermögen, einerseits von Forderungen, andererseits von Vermögensrechten, etwa bei Rechten auf den wiederholten Bezug von Früchten oder Jagd- und Fischereirechten (§ 331 des Entwurfs). Nicht nur bewegliche Sachen, sondern auch sonstiges bewegliches Vermögen kann durch Freihandverkauf oder Versteigerung verwertet werden. Durch Überweisung zur Einziehung können nicht nur Forderungen verwertet werden, sondern auch andere Rechte.

Um häufige Verweise auf die die Verwertung regelnden Bestimmungen zu vermeiden, soll mit dieser Bestimmung eine allgemeine Bestimmung über die bei der Verwertung jeweils anzuwendenden Bestimmungen getroffen werden.

**Zu § 85 EO:**

Jene Bestimmungen zur Versteigerung, die verallgemeinerbar sind, sollen in dieser Bestimmung zusammengefasst werden.

Nach **Abs. 1** ist der Versteigerungstermin öffentlich und mit Edikt bekannt zu machen. **Abs. 2** erster Satz regelt allgemein, dass die zu versteigernden Sachen zu schätzen sind. Die Regelungen zum geringsten Gebot entsprechen den bisherigen §§ 151 und 277. § 244 bleibt von dieser Regelung unberührt.

**Abs. 3** regelt allgemein die Zulässigkeit von Steigerungsstufen und entspricht § 179 Abs. 2. Bei geringwertigen Sachen soll eine Höchstgrenze von zehn Prozent eingeführt werden. Dies betrifft vor allem bewegliche Sachen.

In **Abs. 4** werden die Regelungen zu ausgeschlossenen Bietern zusammengefasst (§ 180 Abs. 1, § 277 Abs. 3). Eine Bezugnahme auf den in der Praxis unbedeutenden Ausrufer kann entfallen. Neu aufgenommen wird aber jene Person, die die Schätzung vorgenommen hat (vgl. *Mohr/Pimmer/Schneider*, EO<sup>16</sup> 458).

**Abs. 5** regelt allgemein die Zulässigkeit von Anboten eines Vertreters. § 180 Abs. 2 ist verallgemeinerungsfähig und soll auch etwa für die Fahrnisexekution gelten. Damit wird einerseits klargestellt, dass eine Vertretung überhaupt zulässig ist. Andererseits wird die Form der Vollmacht geregelt.

In **Abs. 6** wird § 180 Abs. 4 übernommen.

In **Abs. 7** wird der Regelungsinhalt des § 180 Abs. 4 verallgemeinert

**Abs. 8** entspricht § 181 Abs. 1 und soll allgemein gelten. So soll etwa auch bei der Versteigerung beweglicher Sachen dem Bieter eine kurze Überlegungsfrist eingeräumt werden können.

**Abs. 9** entspricht § 181 Abs. 2 und § 278 Abs. 1.

**Zu § 86 EO:**

Diese Bestimmung entspricht dem derzeitigen § 177a. Sein Inhalt ist verallgemeinerungsfähig und wird daher – leicht adaptiert – in den Allgemeinen Teil übernommen. Die Änderungen in Abs. 2 und Abs. 3 nehmen darauf Rücksicht, dass nunmehr nicht nur ein Richter Adressat dieser Regelungen ist. Vielmehr kann auch ein Rechtspfleger eine Ordnungsstrafe verhängen (vgl. § 16 Abs. 1 Z 6 RPfG) oder ein Gerichtsvollzieher als Vollstreckungsorgan eine Person vom Bieten ausschließen, wenn die Voraussetzung dafür erfüllt sind.

**Zu § 87 EO:**

In dieser Bestimmung wird die Durchführung einer Verteilungstagsatzung bei Erzielung eines Erlöses aus der Verwertung von Sachen (unbeweglichen und beweglichen) sowie von Vermögensrechten vorgesehen. Bestimmungen über die Verteilung der Erträge bei einer Zwangsverwaltung enthält der Abschnitt über die Zwangsverwaltung von Liegenschaften, Bestimmungen über die Verteilung des Erlöses aus der Verwertung durch Versteigerung oder Verkauf enthält der Abschnitt über die Zwangsversteigerung einer Liegenschaft und die Fahrnisexekution.

Eine Verteilung der Erträge aus der Zwangsverwaltung kommt jedoch nicht nur bei der Zwangsverwaltung einer Liegenschaft, sondern auch bei der Zwangsverwaltung von Vermögensrechten, wie etwa bei Rechten auf den wiederholten Bezug von Früchten sowie Jagd- und Fischereirechten, und bei der Zwangsverwaltung von Forderungen in Betracht. Ein Erlös aus der Verwertung ist nicht nur bei der Fahrnisexekution, sondern auch bei der Forderungsexekution und der Exekution auf Vermögensrechte zu verteilen. Hierbei wird derzeit auf die Bestimmungen über die Fahrnisexekution verwiesen. Um wiederholte Verweise auf die Verteilungsbestimmungen eines anderen Abschnitts der EO zu vermeiden, wird in Abs. 2 festgelegt, dass bei der Verteilung des Erlöses aus der Verwertung die Bestimmungen über die Exekution auf bewegliche Sachen und bei der Verteilung der bei einer Zwangsverwaltung erzielten Erträge die Bestimmungen über die Zwangsverwaltung von Liegenschaften anzuwenden sind.

Bei Pfändung von Forderungen bedarf es – wie derzeit – keiner Verteilung, weil vorrangige Rechte bereits der Drittschuldner wahrzunehmen hat. Überdies ist es geboten, dass insbesondere bei der Exekution auf das Arbeitseinkommen zugunsten der Unterhaltsgläubiger die pfändbaren Beträge den Unterhaltsgläubigern unverzüglich zukommen.

**Zu § 87a EO:**

Neu ist die Bestimmung zum Verteilungsentwurf. Der Verteilungsbeschluss des Exekutionsgerichts ist zur Verfahrenserleichterung und -beschleunigung durch den Verwalter vorzubereiten. Dieser hat anschließend auch den Vollzug der Verteilung vorzunehmen und dem Gericht nachzuweisen. Vorbild ist die Regelung der Insolvenzordnung.

**Zu § 87b EO:**

Insbesondere elektronische Geräte, wie Mobiltelefone, Notebooks und Tablets, aber auch andere Vermögensgegenstände, wie etwa Fahrzeuge, sind regelmäßig nur mit einer entsprechenden Software, welche häufig nicht unabhängig vom entsprechenden Vermögensgegenstand erworben werden kann, benutzbar. In der Regel macht diese Software einen nicht unerheblichen Teil des Gesamtwerts des Objekts aus.

Je nach vertraglicher Ausgestaltung wird diese Software dem Erwerber regelmäßig aufgrund eines Kaufvertrages zur dauerhaften Nutzung überlassen (vgl. RIS-Justiz RS0108702). Häufig wird eine solche Software aber auch aufgrund eines Lizenzvertrags lediglich zur Nutzung im Rahmen eines Dauerschuldverhältnisses zur Verfügung gestellt (vgl. LGZ Wien 17.5.2019, 64 R 13/19p).

Vor allem dann, wenn Geräte mit einer Sperrfunktion ausgestattet sind, durch welche deren Benutzbarkeit aus der Ferne eingeschränkt werden kann, stellte sich bisher die Frage, inwiefern die Nutzungsrechte an der Gerätesoftware auf den Ersteher in einem Versteigerungsverfahren übergehen und dieser einen Anspruch auf Entsperrung gegen den Hersteller bzw. Lizenzgeber geltend machen kann. § 87a sieht daher nunmehr einen gesetzlichen Vertragsübergang vor. Verträge mit Dritten gehen auf den Ersteher über, soweit sie zum bestimmungsgemäßen Gebrauch des Vermögensgegenstandes erforderlich sind. Vom Übergang können auch nur einzelne Vertragsbestandteile betroffen sein. Diese Bestimmung bezieht sich freilich nicht nur auf Softwarelizenzen, sondern kann für alle mit dem Vermögensgegenstand verbundene (Nutzungs-)Verträge relevant sein. Zur Beurteilung der Frage, welche Vertragsbestandteile übergehen, ist unter anderem die Beschreibung des Vermögensgegenstandes im Versteigerungsedikt relevant. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese Vertragsbestandteile explizit im Edikt erwähnt sein müssen. Ausschlaggebend ist, dass der Wert des Gegenstands nicht unerheblich von den entsprechenden Nutzungsrechten abhängt. Dies wird – wie bereits beschrieben – häufig bei Softwarelizenzenverträgen der Fall sein, hingegen etwa nicht bei Mobilfunkverträgen, welche zwar für den bestimmungsgemäßen

Gebrauch eines Mobiltelefons erforderlich sind, aber unabhängig vom jeweiligen Gerät abgeschlossen werden können. Ein allfälliger Zugriff auf Daten des Verpflichteten - etwa durch Verknüpfung mit dessen Cloud – ist von diesem Vertragsübergang jedenfalls nicht erfasst. Es obliegt dem Dritten sicherzustellen, dass im Zuge der Erfüllung seiner Vertragspflichten gegenüber dem Ersterer keine Daten des Verpflichteten an den Ersterer übermittelt werden.

Den Umfang des Vertragseintritts hat das Exekutionsgericht über Antrag festzustellen. Der Dritte ist vor der Beschlussfassung zu hören.

Vom Vertragsübergang bleiben die vereinbarten und gesetzlichen Auflösungsgründe unberührt. Der Vertragsübergang an sich kann keinen Kündigungsgrund darstellen.

#### **Zu § 88 EO:**

Da der Abschnitt über die zwangsweise Pfandrechtsbegründung anders als derzeit mit dem § 88 – und nicht mit § 87 – beginnt und außerdem die gegenstandslosen Regelungen über bürgerlich nicht eingetragene Liegenschaften durch solche über Superädifikate ersetzt werden, ist es zur Verbesserung der Übersichtlichkeit zweckmäßig, den Abschnitt neu zu fassen.

Diese Bestimmung entspricht dem derzeitigen § 87; die Überschriften vor dieser Bestimmung werden redaktionell angepasst.

#### **Zu § 89 EO:**

Diese Bestimmung entspricht weitgehend dem derzeitigen § 88. Neben der neuen Überschrift wird Abs. 1 sprachlich neu gefasst. Inhaltlich ist damit keine Änderung verbunden. In Abs. 2 soll ein Zitat angepasst werden. Die Änderungen in Abs. 3 sind nur sprachlich bedingt.

#### **Zum Entfall des derzeitigen § 90 EO:**

Da nunmehr jede Liegenschaft im Grundbuch erfasst ist, sollen die Bestimmungen über bürgerlich nicht eingetragene Liegenschaften entfallen. Stattdessen wird die Pfändung von Superädifikaten in Anlehnung an die derzeitigen Regelungen zu unverbücherten Liegenschaften geregelt.

#### **Zu § 90 EO:**

Diese Bestimmung entspricht weitgehend dem derzeitigen § 89 Abs. 1. Neben der Einfügung der Überschrift erfolgt nur eine sprachliche Anpassung. Abs. 2 des derzeitigen § 89 kann entfallen. Der Verweis auf die Anwendung des GBG 1955 mit der in § 89 Abs. 2 (derzeit in § 88 Abs. 2) geregelten Abweichung ist entbehrlich. Das gilt auch für die Regelung, dass durch diese Anmerkung die Forderung unmittelbare Vollstreckbarkeit gegen jeden späteren Erwerber der Liegenschaft oder des Liegenschaftsanteiles erlangt. Diese Regelung findet sich bereits in § 89 Abs. 3 des Entwurfs.

#### **Zu § 91 EO:**

Neben der neuen Überschrift regelt Abs. 1 den Erwerb des Pfandrechts bei Superädifikaten. Dieser erfolgt durch pfandweise Beschreibung. Abs. 2 entspricht – sprachlich angepasst – dem derzeitigen § 90 Abs. 3.

#### **Zu § 92 EO:**

Diese Bestimmung entspricht weitgehend dem derzeitigen § 91. Neben der Einfügung der Überschrift erfolgen nur sprachliche Anpassungen.

#### **Zu § 93 EO:**

Diese Bestimmung entspricht weitgehend den derzeitigen §§ 92 und 93 und regelt die „Durchführung der pfandweisen Beschreibung“ (so auch der Wortlaut der neuen Überschrift).

**Abs. 1 und 2** entsprechen weitgehend dem derzeitigen § 92, dessen Abs. 4 zur Übermittlung des Protokolls über die pfandweise Beschreibung an das Exekutionsgericht jedoch entfallen kann. Dass das Protokoll zu übermitteln ist, ergibt sich bereits aus allgemeinen Bestimmungen; die übrigen Änderungen sind nur sprachlich bedingt.

**Abs. 3** entspricht dem derzeitigen § 93 Abs. 1 und 2.

**Abs. 4** entspricht dem derzeitigen § 93 Abs. 3 und wird um die Aufnahme in die Ediktsdatei erweitert. Damit wird auch der derzeitige § 95, der den Anschlag an der Gerichtstafel des Exekutionsgerichts vorgesehen hat, obsolet.

#### **Zu § 94 EO:**

Neben der Einfügung der Überschrift sind die Änderungen nur sprachlich bzw. redaktionell bedingt. Angaben über den Wohnort des Gläubigers und seines Vertreters im Protokoll sind entbehrlich.

**Zum Entfall des derzeitigen § 95 EO:**

Siehe die Erläuterungen zu § 93.

**Zu § 95 EO:**

Diese Bestimmung entspricht weitgehend dem derzeitigen § 96. Die Änderungen sind nur sprachlich bzw. redaktionell bedingt.

**Zu § 96 EO:**

Mit dieser neuen Bestimmung wird vorgesehen, dass die Regelungen über die zwangsweise Pfandrechtsbegründung von Liegenschaften auch auf die einzelnen Liegenschaftsanteile zu beziehen sind. Die Bestimmungen über die zwangsweisen Pfandrechtsbegründungen von Superädifikaten sind auch auf Baurechte anzuwenden. Diese Regelung ist an § 131 des Entwurfs angelehnt.

**Zu Z 93 (§ 98 EO):**

Der vorgeschlagene Abs. 4 lässt ausnahmsweise die Zwangsverwaltung zu, wenn der Verpflichtete nicht als Eigentümer im Grundbuch eingetragen ist. Voraussetzung ist, dass die Exekutionsbewilligung auf Vermögensrechte im Grundbuch angemerkt wurde, der Verpflichtete also außerbücherlicher Eigentümer ist, oder dem Verwalter die Liegenschaft sowie die zur Einverleibung des Eigentumsrechts des Verpflichteten notwendigen Urkunden übergeben wurden. Zur Anmerkung im Grundbuch kann es nur kommen, wenn ein Vermögensrecht den Anspruch des Verpflichteten auf Einverleibung des Eigentumsrechts an einer Liegenschaft umfasst. Denkbar ist dies etwa nach Geltendmachung der Befugnisse nach § 329 Abs. 1 durch den Verwalter – beispielsweise durch Teilungsklage – aber auch aufgrund eines Herausgabeanspruchs oder aus dem Gesamtrecht des Verpflichteten als Erben. Gelingt dem Verwalter der Verkauf nicht innerhalb von drei Monaten, so soll der betreibende Gläubiger die Möglichkeit haben, innerhalb weiterer drei Monate ab Verständigung die Zwangsverwaltung zu beantragen. Zudem wird die in § 328 Abs. 2 bestehende Möglichkeit des betreibenden Gläubigers oder des Verwalters beibehalten, um die bücherliche Eintragung des Eigentumsrechts des Verpflichteten anzuschauen. Dem Verpflichteten kommt dieses Recht ohnehin zu.

**Zu Z 94 (§ 98a EO):**

Abs. 2 entspricht dem neuen § 79 Abs. 2 und kann daher entfallen.

**Zu Z 95 (§ 99a EO):**

§ 99a regelt die Mitwirkungspflicht des Verpflichteten bei der Zwangsverwaltung. Eine generelle Mitwirkungspflicht wird nunmehr in § 27a normiert. Diese Bestimmung kann daher in dieser Abteilung entfallen. Stattdessen tritt an diese Stelle die bisher in § 108 Abs. 4 geregelte Bestimmung über die Bekanntmachung der Enthebung und Bestellung eines anderen Verwalters.

**Zu Z 96 (§ 99b EO):**

Der Verweis ist anzupassen.

**Zu Z 97 (§ 99c EO):**

Wird eine Zwangsverwaltung wegen einer Zahlungsvereinbarung aufgeschoben, so sollen die Folgen – in Anlehnung an die §§ 311a und 130 – ausdrücklich geregelt werden. Der Zwangsverwalter soll – zumindest vorläufig – enthoben werden. Die übrigen Rechtsfolgen ergeben sich aus der sinngemäßen Anwendung des § 130.

**Zu Z 98 (§ 101 EO):**

Die Änderung berücksichtigt, dass der Begriff des Exekutionsgerichts sowohl Bewilligungsgericht als auch Vollzugsgericht erfasst, in dieser Bestimmung aber nur das Vollzugsgericht gemeint ist.

**Zu Z 99 (§ 102 EO):**

Der Verweis ist anzupassen.

**Zu Z 100 (§ 105 Abs. 1 EO):**

Es soll nicht das Exekutionsgericht über den Umfang der Räume entscheiden, die dem Verpflichteten zur Nutzung bleiben sollen, sondern der Zwangsverwalter. Dies entspricht der Gesetzeslage im Insolvenzverfahren.

**Zu Z 101 bis 103 (§ 106 EO):**

Eine allgemeine Bestimmung zur Person des Verwalters wird in § 80 eingeführt. § 106 und dessen Überschrift werden daher entsprechend angepasst und auf die besonderen Anforderungen an einen Zwangsverwalter eingeschränkt.

**Zu Z 104 (§ 107 EO):**

Eine allgemeine Bestimmung zu den bei der Auswahl des Verwalters zu berücksichtigenden Kriterien wird in § 80a eingeführt. § 107 wird daher entsprechend auf die nur für den Zwangsverwalter relevanten besonderen Kenntnisse eingeschränkt.

**Zu Z 105 (Entfall der derzeitigen §§ 107a bis 108 EO):**

§ 107a regelt derzeit die Zwangsverwalterliste. Diese Bestimmung wird als allgemeine Bestimmung zur Verwalterliste zu § 434 übernommen. § 107b und 108 zur Unabhängigkeit und zur Enthebung des Zwangsverwalters werden inhaltlich angepasst in den allgemeinen Teil zu § 80b und § 80c übernommen. Diese Bestimmungen können daher an dieser Stelle entfallen. § 108 Abs. 4 über die Bekanntmachung der Enthebung und Bestellung eines anderen Verwalters wird aus systematischen Gründen als § 99a übernommen.

**Zu Z 106 bis 108 (§ 109 EO):**

In der Überschrift ist auf den Zwangsverwalter abzustellen. Der derzeitige Abs. 1 entspricht § 81a Abs.1 und kann daher entfallen. Der nunmehrige Abs. 1 entspricht dem derzeitigen Abs. 2 erster Satz; der zweite Satz des derzeitigen Abs. 2 entspricht § 81a Abs. 2 und kann daher entfallen. Der derzeitige Abs. 3 wird daher zu Abs. 2.

**Zu Z 109 und 110 (§§ 111 und 112 EO):**

Die Änderungen sind nur sprachlich bedingt.

**Zu Z 111 (§§ 113 EO):**

Abs. 2 wird als § 82 Abs. 5 übernommen und ist daher aufzuheben.

**Zu Z 112 bis 116 (§§ 113a bis 117 EO):**

Der Zwangsverwalter hat – wie der Verwalter – Anspruch auf eine Entlohnung zuzüglich Umsatzsteuer sowie auf Ersatz seiner Barauslagen. Die Entlohnung ist nach dem Umfang, der Schwierigkeit und der Sorgfalt seiner Tätigkeit zu bemessen; die Höhe der Entlohnung des Zwangsverwalters wird im Wesentlichen beibehalten, aber im systematischen Gleichklang mit der Entlohnung des Verwalters und des Insolvenzverwalters geregelt.

Der derzeitige § 114 wird in den allgemeinen Teil als § 84 übernommen und kann an dieser Stelle entfallen. Ebenso werden die §§ 116 und 117 – teilweise inhaltlich leicht modifiziert – in den allgemeinen Teil als §§ 82c, 83a bis 83c übernommen und können daher an dieser Stelle entfallen. Auch die Regelungen des derzeitigen § 115 zur Rechnungslegung werden im allgemeinen Teil normiert (§ 83); nur dessen letzten beiden Sätze werden als § 117 beibehalten.

**Zu Z 117 bis 125 (§§ 119 bis 128 EO):**

Die Änderungen sind großteils nur sprachlich bedingt. Die Änderung in § 119 Abs. 4 beseitigt ein Redaktionsversehen (vgl. *Angst in Angst/Oberhammer*, EO<sup>3</sup> § 119 Rz 8). In § 123 wird berücksichtigt, dass die Anberaumung einer Verteilungstagsatzung in § 87 festgelegt wird.

**Zu Z 126 (§ 131 EO):**

In dieser Bestimmung wird berücksichtigt, dass es nicht im Grundbuch eingetragene Liegenschaften nicht mehr gibt.

**Zu Z 127 (§ 132 EO):**

Es wird berücksichtigt, dass die Regelungen der §§ 108 und 114 entfallen sollen.

**Zu Z 128 (§ 134 EO):**

In dieser Bestimmung wird das Zitat angepasst.

**Zu Z 129 (§ 135a EO):**

Diese Bestimmung lässt ausnahmsweise die Zwangsversteigerung zu, wenn der Verpflichtete nicht als Eigentümer im Grundbuch eingetragen ist.

Voraussetzung ist, dass die Exekutionsbewilligung auf Vermögensrechte im Grundbuch angemerkt wurde; der Verpflichtete also außerbücherlicher Eigentümer ist, oder die Liegenschaft sowie die zur Eintragung des Eigentumsrechts des Verpflichteten erforderlichen Urkunden wurden dem Verwalter übergeben.

Zur Anmerkung im Grundbuch kann es nur kommen, wenn ein Vermögensrecht den Anspruch des Verpflichteten auf Einverleibung des Eigentumsrechts an einer Liegenschaft umfasst. Denkbar ist dies etwa nach Geltendmachung der Befugnisse nach § 329 Abs. 1 durch den Verwalter – beispielsweise durch

Teilungsklage – aber auch aufgrund eines Herausgabeanspruchs oder aus dem Gesamtrecht des Verpflichteten als Erben.

Gelingt dem Verwalter der Verkauf nicht innerhalb von drei Monaten, so soll der betreibende Gläubiger die Möglichkeit haben, innerhalb weiterer drei Monate ab Verständigung die Versteigerung oder die Zwangsverwaltung zu beantragen.

**Zu Z 130 und 131 (§§ 138 und 139 EO):**

Die Änderungen sind durch § 238 des Entwurfs bedingt.

**Zu Z 132 (§ 140 Abs. 2 EO):**

Der Sachverständige soll verpflichtet sein, auch die Unterlagen über einen Baubescheid zu der Liegenschaft, die versteigert werden soll, beizuschaffen. Diese Unterlage ist einerseits ohnehin regelmäßig für die Schätzung von Bedeutung, kann aber andererseits auch eine wichtige Entscheidungsgrundlage für (mögliche) Mitbieter sein, die (beim Versteigerungstermin – § 177 Abs. 2) einsehbar sein soll.

**Zu Z 133 (§ 141 Abs. 3 EO):**

Nach geltendem Recht sind zur Befundaufnahme und Beschreibung der Liegenschaft der Verpflichtete, der betreibende Gläubiger sowie unter gleichzeitiger Verständigung von der Bewilligung der Versteigerung alle Personen zu laden, für die nach dem Inhalt der dem Gericht darüber vorliegenden Urkunden auf der Liegenschaft dingliche Rechte und Lasten begründet sind. Nicht geregelt wird, ob dies dem Gericht oder dem Sachverständigen obliegt. Da der Sachverständige diesen Termin wahrnimmt, ist es zweckmäßig, ihm die Koordinierung und die Verständigung der genannten Personen ausschließlich zu übertragen.

**Zu Z 134 (§ 143 Abs. 1 EO):**

Belastungen sind bei der Schätzung einer Liegenschaft allgemein zu berücksichtigen. Genießt der betreibende Gläubiger jedoch ein Vorzugspfandrecht für die Belastung, so soll insoweit bei der Schätzung auf diese Belastung keine Rücksicht genommen werden, weil die Haftung des Erstehers nicht mehr in Betracht kommt und damit der Wert der Liegenschaft auch nicht (weiter als durch das ersichtliche Pfandrecht) gemindert wird.

**Zu Z 135 (§ 144 Abs. 2 EO):**

Abs. 2 soll an die Regelung in Abs. 1, der auf die Bekanntgabe des Schätzwerts abstellt, angepasst werden. Die gesonderte Zustellung des Schätzgutachtens an den Energieversorger ist entbehrlich. Das Gutachten ist ohnedies über die Ediktsdatei abrufbar.

**Zu Z 136 (§§ 146a, 147 EO):**

Das Vadium ist nach § 181 vor Schluss der Versteigerung zu erlegen; daher soll der Inhalt des § 147 aus systematischen Gründen als § 179 geregelt werden.

Aus der Praxis werden Fälle berichtet, in denen die Schätzung einen negativen Verkehrswert ergibt, weil etwa die Liegenschaft kontaminiert ist und die Kosten für die Beseitigung der Mängel entsprechend hoch sind. In diesen Fällen wird in der Regel der betreibende Gläubiger besondere Bietinteressen zu bescheinigen haben (§ 39 Abs. 1 Z 8) und die Erhöhung des geringsten Gebots beantragen. Da sich auf Basis des Schätzwerts kein Vadium ergibt, aber diese Voraussetzung für das Mitbieten gewahrt bleiben soll, soll in Abs. 1 ein Mindestvadium in Höhe von 1 000 Euro eingeführt werden.

Außerdem wird vorgesehen, dass die Sicherheitsleistung auch als Bankgarantie erfolgen kann, wobei der Begünstigte das Gericht ist. Das Kreditinstitut soll verpflichtet sein, die Leistung des Vadiums binnen einer Woche unter Verzicht auf jede Einwendung auf das vom Gericht bekannt gegebene Bankkonto zu veranlassen.

**Zu Z 137 bis 140 (§§ 148 ff EO):**

Der Aufbau der Bestimmungen über die einzelnen Exekutionsmitteln folgt bei der Fahrnisexekution, bei der Forderungsexekution, bei der Zwangsverwaltung von Liegenschaften und bei der Exekution auf andere Vermögensrechte dem Verfahrensablauf. Anders ist dies bei der Zwangsversteigerung einer Liegenschaft. Hier werden etwa die Bestimmungen über das Vadium, das vor Zuschlagserteilung in der Versteigerungstagsatzung zu erlegen ist, nicht bei den Regelungen über die Versteigerungstagsatzung, sondern in Zusammenhang mit den Versteigerungsbedingungen geregelt. In unmittelbarer Nähe finden sich auch die Regelungen über die Wiederversteigerung und die Haftung des säumigen Erstehers sowie über die einstweilige Verwaltung, die erst nach Erteilung des Zuschlags möglich ist.

Dieser Aufbau des Gesetzes geht auf die Exekutionsordnung in der Stammfassung zurück, in der die Vorlage von Versteigerungsbedingungen vorgesehen war, die in weiten Bereichen von den dispositiven Regelungen der EO abweichen konnten. Mit der Exekutionsordnungs-Novelle 2000 wurden jedoch



gesetzliche Versteigerungsbedingungen festgelegt, die nur ausnahmsweise geändert werden können. Dies lässt es als zweckmäßig erscheinen, den Gesetzaufbau – analog zu den anderen Exekutionsmitteln und -arten – umzugestalten. Der Aufbau soll in Zukunft dem Verfahrensablauf folgen.

Der Inhalt der §§ 148 ff. soll somit aus systematischen Gründen im Zusammenhang mit der Versteigerungstagsatzung geregelt werden.

**Zu Z 141 (§ 151 EO):**

Der derzeitige § 151 Abs. 1 und 2 wird im allgemeinen Teil (§ 85 Abs.2) geregelt. Abs. 3 soll aus systematischen Gründen in § 188 Abs. 4 geregelt werden.

**Zu Z 142 (§ 152; nunmehriger § 201 EO):**

Der Inhalt dieser Bestimmung soll aus systematischen Gründen in § 201 geregelt werden.

Nach derzeitiger Rechtslage ist die Berechnung der sogenannten Meistbotszinsen kompliziert und intransparent, weil ein betreibender Gläubiger (ohne aufwendige Einsicht in den Gerichtsakt) den Tag der Erteilung des Zuschlags als zinsenlaufbegründendes Ereignis nicht kennt.

Die Änderung in Abs. 3 soll eine Vereinfachung des Verfahrens und eine höhere Transparenz bewirken. Erlegt der Ersteher das Meistbot innerhalb von 14 Tagen (diese Zeitspanne entspricht der üblichen Leistungsfrist) nach Erteilung des Zuschlags, so ist das Meistbot nicht zu verzinsen. Erst bei späterem Erlag ist – wie derzeit – das Meistbot vom Tag der Erteilung des Zuschlags bis zum Erlag mit 4% zu verzinsen (vgl. auch die gleichartige Konzeption des § 54a ZPO).

**Zu Z 143 § 152a EO):**

Diese Bestimmung soll aus systematischen Gründen in § 202 geregelt werden.

**Zu Z 144 (§ 153; nunmehriger § 203 EO):**

Der derzeitige § 153 soll aus systematischen Gründen in § 203 geregelt werden.

**Zu Z 145 (§ 154 EO):**

Die vorgeschlagene neue Regelung soll einem Gläubiger die Möglichkeit bieten, die Aufschiebung des Verfahrens zu erreichen, um eine Erhöhung des Schätzwerts der Liegenschaft und damit letztlich einen höheren Erlös zu erreichen. Wurde nämlich bei der Schätzung eine Rechtshandlung wertmindernd berücksichtigt, deren Unwirksamkeit der Gläubiger nunmehr gerichtlich geltend macht, so soll bis zur Entscheidung über die Unwirksamkeit – und damit über die Werterhöhung – das Verfahren auf Antrag des Gläubigers aufgeschoben werden. Das Gericht wird bei der Entscheidung über diesen Antrag insbesondere zu prüfen haben, ob andere Interessen, insbesondere die Interessen anderer Gläubiger, durch die Aufschiebung und die dadurch bedingte Verfahrensverzögerung beeinträchtigt sein können. Zu diesem Zweck wird es geboten sein, diese Gläubiger vor der Entscheidung einzuvernehmen (§ 56). Bei einer Gläubigermehrheit wird im Regelfall eine Aufschiebung nur dann erfolgen können, wenn sämtliche Gläubiger die Aufschiebung beantragen oder ihr zumindest zustimmen (nicht widersprechen). Die verpflichtete Partei selbst wird durch die Aufschiebung in der Regel nicht beschwert sein.

**Zu Z 146 bis 150 (derzeitige §§ 153a bis 161; nunmehrige §§ 190 bis 193; §§ 204 bis 208 EO):**

Die Reihenfolge der Bestimmungen wird neu geordnet; s. die Ausführungen zu §§ 148 ff.

Der in § 208 Abs. 2 derzeit erwähnte Fall, dass die Liegenschaft vom Verpflichteten nach der Anmerkung der Einleitung des Versteigerungsverfahrens belastet wurde, hindert nicht die Bewilligung des Pfandrechts, weil diesem nach Abs. 1 der Rang dieser Anmerkung zukommt. Diese Regelung hat keine eigene Bedeutung und soll daher nicht in § 152 übernommen werden (vgl. *Angst in Angst/Oberhammer*, EO<sup>3</sup> § 208 EO Rz 10).

**Zu Z 151 (§ 169 EO):**

Diese Bestimmung soll aus systematischen Gründen in § 167 geregelt werden.

**Zu Z 152 (§ 170 Z 8 und 8a; nunmehriger § 168 Z 8 EO):**

Ohne Anrechnung auf das Meistbot sind nach dem derzeitigen § 150 Abs. 1 erster Satz vom Ersteher Dienstbarkeiten, Ausgedinge und andere Reallasten zu übernehmen, sofern diese allen buchberechtigten betreibenden Gläubigern und Pfandgläubigern in ihrem Rang vorangehen (RIS-Justiz RS0002872). Das Gesetz bildet mit dieser Bestimmung die Grundlage für die gemäß dem derzeitigen § 170 Z 8 in das Edikt aufzunehmenden Lasten; vor der EO-Novelle 2000 war darüber mit anfechtbarem Beschluss zu entscheiden. Ein gesonderter Beschluss ergeht nur dann, wenn gemäß dem derzeitigen § 146 Abs. 1 Z 4 eine Abweichung von der gesetzlichen Regelung festgelegt wird.

Das Edikt dient seinem Wesen nach der öffentlichen Bekanntmachung relevanter Umstände, die sich aus anderen Grundlagen ergeben, weshalb grundsätzlich keine Anfechtungsmöglichkeit des Edikts gegeben ist. Nach geltendem Recht sind allerdings jene Lasten ohne Anrechnung auf das Meistbot in das Versteigerungsedikt aufzunehmen, die sich unmittelbar aus dem derzeitigen § 150 ergeben. Es ergeht daher kein Beschluss, der rechtsverbindlich das Bestehen oder Nichtbestehen einer solchen grundbücherlichen Last festhält. Da das Exekutionsgericht die Beurteilung über das Bestehen von Lasten im vorerwähnten Sinn selbst vornimmt, um diese mit Edikt zu verlaublichen, entspricht dieser Inhalt dem eines Beschlusses. Das Edikt entfaltet daher rechtsgestaltende Wirkung. Der Gegenstand der Versteigerung wird durch den Inhalt der Versteigerungsbedingungen und des Versteigerungsedikts festgelegt (RIS-Justiz RS0002851). Das Versteigerungsedikt ist insofern maßgeblich, als nur die in diesem angeführten Lasten der Ersteher zu übernehmen hat (*Angst in Angst/Oberhammer*, EO<sup>3</sup> § 150 Rz 2); das bedeutet, dass der sonst so weitreichende Schutz durch das Grundbuch nach Ablauf der Rekursfrist (zur Bekämpfung des Edikts) obsolet wird und dem Ersteher das Eigentum im Umfang der Ediktsbeschreibung zukommt. Im Versteigerungsedikt sind nicht nur die privatrechtlichen, sondern auch die öffentlich-rechtlichen und die ihnen gleichgestellten Lasten (siehe § 150 Rz 8) anzuführen, die der Ersteher ohne Anrechnung auf das Meistbot übernehmen muss. Bei den öffentlich-rechtlichen Lasten hat dies allerdings nur deklarative Bedeutung, weil sie vom Ersteher auch ohne Anrechnung auf das Meistbot zu übernehmen sind, wenn sie im Versteigerungsedikt nicht angeführt wurden (*Angst in Angst/Oberhammer*, EO<sup>3</sup> § 170 EO Rz 9).

Nicht verbücherte Servituten bleiben dem Ersteher gegenüber wirkungslos, wenn sie nicht bis zur Versteigerung gegen den Verpflichteten mit der Klage zur Geltendmachung der Dienstbarkeit durchgesetzt und exekutiv oder durch eine freiwillig ausgestellte Erklärung des Verpflichteten verbüchert wurden. Anderes gilt hingegen für offenkundige, nicht verbücherte Dienstbarkeiten; diese sind je nach dem ihnen zukommenden Rang entweder in oder ohne Anrechnung auf das Meistbot zu übernehmen, jedoch nur soweit das Servitut in der Verteilungsmasse Deckung findet (RS0003056).

Durch die Aufhebung der Z 8 des derzeitigen § 170 ist eine Nennung der im Grundbuch eingetragenen Dienstbarkeiten, Ausgedinge und anderer Reallasten im Versteigerungsedikt, die ohne Anrechnung auf das Meistbot zu übernehmen sind, nicht mehr vorzunehmen. Das Versteigerungsedikt soll nicht mehr ausschlaggebend für die durch den Ersteher zu übernehmenden Lasten sein. Vielmehr soll für die Beurteilung des Rechtsbestands direkt auf den Grundbuchstand abzustellen sein.

**Zu Z 153 (§§ 170a und 170b EO):**

Diese Bestimmungen sollen aus systematischen Gründen in §§ 169 und 170 geregelt werden.

**Zu Z 154 (§ 173 EO):**

Die Änderung beseitigt eine sprachliche Ungenauigkeit.

**Zu Z 155 (§ 176 EO):**

Die Änderung erfolgt aus sprachlichen Gründen.

**Zu Z 156 (§ 177 EO):**

Die Änderungen sind terminologisch bedingt; so wird der veraltete Begriff des Katasterauszugs durch den Auszug aus dem Grundstücksverzeichnis ersetzt.

**Zu Z 157 bis 160 (§§ 177a bis 181 EO):**

Der derzeitige § 177a wurde in den allgemeinen Teil übernommen; ebenso § 179 Abs. 2, § 180 und § 181. § 179 Abs. 1 wurde zu § 178 verschoben. Siehe die Ausführungen zu §§ 148 ff.

**Zu Z 161 (§ 188 EO):**

Der angefügte Abs. 4 entspricht dem derzeitigen § 151 Abs. 3.

**Zu Z 163 bis 165 (§§ 200 bis 202 EO):**

Siehe die Ausführungen zu §§ 148 ff. Außerdem erfolgen Zitanpassungen.

**Zu Z 166 (§ 203 EO):**

Der derzeitige § 203 soll im nunmehrigen § 153 geregelt werden; die Aufschiebung einer Zwangsversteigerung soll auf Antrag auch möglich sein, wenn die Forderung wahrscheinlich durch ein anderes Zwangsversteigerungsverfahren hereingebracht wird.

**Zu Z 167 bis 169 (§§ 205 bis 208 EO):**

Siehe die Ausführungen zu §§ 148 ff. Außerdem erfolgen Zitanpassungen.

**Zu Z 171 (§ 224 EO):**

Die Anpassung des § 224 beseitigt ein Redaktionsversehen (vgl. *Lecher* in *Burgstaller/Deixler-Hübner*, EO § 224 Rz 8).

**Zu Z 172 (§ 230 EO):**

Das Zitat ist an die neue Rechtslage durch das 2. ErwSchG anzupassen.

**Zu Z 174 (§ 238 EO):**

Es soll allgemein geregelt werden, dass die Bestimmungen über die Zwangsversteigerung von Liegenschaften auch auf die einzelnen Liegenschaftsanteile, Superädifikate auch Baurechte zu beziehen sind.

**Zu Z 175 bis 193 (§§ 240 bis 248 EO):**

Die besonderen Bestimmungen über die Exekution auf Gegenstände des Bergwerkseigentums sollen an die neueren Rechtsentwicklungen angepasst und terminologisch bereinigt werden. Inhaltliche Änderungen sind damit nicht verbunden.

**Zu Z 175 bis 177 (§ 240 EO):**

Es erfolgen rein terminologische Anpassungen und Aktualisierungen der Verweise.

**Zu Z 178 bis 181 (§ 241 EO):**

Bergbaudienstbarkeiten waren in § 191 Allgemeines Berggesetz 1854 geregelt. Für die Benützung von „Stollen, Schächten, Förderungs-, Wetterlösungs- oder Wasserhebe-Maschinen“ hatte der Besitzer eines dienenden Werks Anspruch auf Entgelt (§ 197 leg. cit.). In Z 1 kann der Bezug auf die „Erb- und Revierstollengebühren und anderen Beiträgen zu Revieranstalten, an Wasser-, Schacht- und Gestänggebühren“ als Entgelt für solche Bergbaudienstbarkeiten entfallen.

Die derzeitige Z 2 kann als gegenstandslos aufgehoben werden (vgl.

*Burgstaller/Deixler-Hübner*, Exekutionsordnung § 241 EO Rz 1). Die Regelung der Verhältnisse der nach dem allgemeinen Berggesetz errichteten oder noch zu errichtenden Bruderladen, RGBl. Nr. 1889/127, das die Bruderladen regelte, wurde mit § 36 Bergarbeiterversicherungs-Verordnung, BGBl. Nr. 326/1933, aufgehoben; seither gibt es keine Bruderladen mehr.

Die derzeitige Z 3 soll nunmehr zur Z 2 werden.

**Zu Z 182 (§ 242 EO):**

Gemäß dem derzeitigen Abs. 1 sind dem Exekutionsantrag eine Bescheinigung nach § 133 Abs. 1 Z 1 und 2, eine Abschrift aus dem Bergbuch, eine Ausfertigung des Exekutionstitels und eine Abschrift (Ausfertigung) der Verleihungsurkunde anzuschließen.

Der Hinweis auf § 133 Abs. 1 Z 1 und 2, woraus sich die Pflicht zur Vorlage einer Abschrift aus dem Bergbuch ableitete, ist überholt, weil es diese Gesetzesstelle seit der EO-Novelle 2000, BGBl. I Nr. 59/2000, nicht mehr gibt. § 55a sieht zwar vor, dass die Einsichtnahme in die Liegenschafts- und Bauwerkskartei für den Fall vorgesehen ist, dies jedoch nur wenn die Kartei beim entscheidenden Gericht geführt wird (*Angst/Jakusch/Mohr*, EO<sup>15</sup> [2012] § 55a).

Der Verweis auf § 133 soll daher durch eine Verpflichtung zur Vorlage einer Abschrift aus dem Bergbuch ersetzt werden. Die übrigen in Abs. 1 angeführten Urkunden, nämlich die Konzession von Hilfsbauten oder die Revierstollenkonzession oder beglaubigte Abzüge aus dem Verleihungs- oder Konzessionsbuch haben keine gesetzliche Grundlage mehr, sodass diese gegenstandslos geworden und damit zu streichen sind (*Mohr/Pimmer/Schneider*, EO<sup>16</sup> [2017] § 242).

**Zu Z 183 (§ 243 EO):**

Die Regelung zu Bergbaudienstbarkeiten ist gegenstandslos (siehe die Ausführungen zu § 241). Diese Bestimmung soll daher aufgehoben werden.

**Zu Z 184 (§ 244 EO):**

Es wird eine Überschrift eingefügt.

**Zu Z 185 bis 187 (§ 245 EO):**

Neben der Einfügung der Überschrift soll der erste Satz des Abs. 1 entfallen; die Bestimmungen über die vorläufige Feststellung des Lastenstandes (§ 164 alt) und über den Widerspruch wegen mangelnder Deckung pfandrechlich sichergestellter Ansprüche (§ 190 alt) wurden mit EO-Novelle 2000, BGBl. I Nr. 59/2000, aufgehoben.

**Zu Z 188 bis 191 (§ 246 EO):**

Z 1 soll an die neue Terminologie angepasst werden (vgl. § 120 Abs. 2 Z 3 des Entwurfs).

Die bisherige Z 3 kann entfallen (vgl. dazu die Erläuterungen zum Entfall der § 241 Z 2).

Die bisherige Z 4 erhält die Bezeichnung Z 3 (zu den Änderungen siehe die Erläuterungen zu § 241 Z 1).

**Zu Z 192 (§ 247 EO):**

Die Terminologie soll an jene des MinroG angepasst werden.

**Zu Z 193 (§ 248 EO):**

In § 248 findet sich eine Sonderregelung für die Zwangsversteigerung von Rechten zur Gewinnung von Erdharzen. Diese Sonderregelung wurde bereits durch § 16 des Gesetzes vom 11. Mai 1884, RGBL. 71/1884 idF RGBL. 7/1907 ersetzt. Erdharze gehören zu den Kohlewasserstoffen, die nunmehr gemäß § 4 Abs. 1 Z 2 MinroG bundeseigene mineralische Stoffe sind. Da Bergwerksberechtigungen nur bergfreie und nicht auch bundeseigene mineralische Rohstoffe zum Gegenstand haben können (vgl. insb. § 22 MinroG) und die §§ 240 ff nur für Bergwerksberechtigungen gelten, haben diese Bestimmungen für die Exekution auf das Recht zur Gewinnung von Erdharzen, dem gemäß § 270 MinroG ein bürgerlich-rechtlicher Vertrag zugrunde liegt, keine Bedeutung mehr (*Angst/Jakusch/Mohr*, EO<sup>15</sup> [2012] § 248). Die Bestimmung ist daher als gegenstandslos aufzuheben.

**Zu Z 195 (§ 249 Abs. 1 EO):**

Abs. 1 bestimmt derzeit, dass die Exekution auf bewegliche körperliche Sachen durch Pfändung und Verkauf derselben erfolgt. Welche Sachen erfasst werden, hat der betreibende Gläubiger zu bestimmen. Nach § 54 Abs. 1 Z 3 hat der Antrag auf Exekutionsbewilligung unter anderem die Vermögensteile zu bezeichnen, auf welche Exekution geführt werden soll, sowie den Ort, wo sich diese befinden. Dieser Angaben bedarf es nach § 54 Abs. 1 Z 3 idF des Entwurfs nicht mehr, wenn der betreibende Gläubiger um Exekution auf die beweglichen Sachen ansucht. Damit wird die Praxis berücksichtigt.

Bei der Exekution auf bewegliche Sachen hat der Gerichtsvollzieher alle in der Gewahrsame des Verpflichteten befindlichen beweglichen Sachen zu pfänden. Dieser Grundsatz soll – neben den bereits derzeit in Abs. 1 hervorgehobenen wesentlichen Schritten der Fahrnisexekution (Pfändung und Verwertung) – plakativ in Abs. 1 übernommen werden. Unter Sachen im Sinne dieser Abteilung sind bewegliche körperliche Sachen im Sinne des ABGB zu verstehen. Der Begriff „bewegliche Sache“ wird synonym mit „Gegenstand“ verwendet, wie dies auch das ABGB tut (Gegenstand zB in § 397 und § 1216c; Sache in § 1203 Abs. 1 zweiter Satz, der inhaltlich § 1216c Abs. 2 zweiter Satz entspricht).

Forderungen aus indossablen Papieren sowie solchen, deren Geltendmachung sonst an den Besitz des über die Forderung errichteten Papiers gebunden ist, werden derzeit nach § 296 dadurch gepfändet, dass das Vollstreckungsorgan diese Papiere zufolge Auftrags des Exekutionsgerichts unter Aufnahme eines Pfändungsprotokolls an sich nimmt und bei Gericht erlegt. Daher wird der Antrag auf Exekution auf Forderungen aus diesen Papieren üblicherweise mit dem Antrag auf Bewilligung der Fahrnisexekution verbunden (s. das Formblatt E Antr 1). In Zukunft soll daher die Bewilligung der Fahrnisexekution sowohl alle in der Gewahrsame des Verpflichteten befindlichen beweglichen Sachen als auch Forderungen aus indossablen Papieren sowie solche, deren Geltendmachung sonst an den Besitz des über die Forderung errichteten Papiers gebunden ist, umfassen.

**Zu Z 196 (§ 249 Abs. 2a EO):**

Derzeit ist gemäß § 18 Z 4 das für die Fahrnisexekution zuständige Bezirksgericht jenes, in dessen Sprengel sich zu Beginn des Exekutionsvollzuges die Sachen befinden. Werden jedoch Gegenstände außerhalb des Sprengels des Exekutionsgerichts gepfändet oder wird dort ein Vermögensverzeichnis aufgenommen, so hat nach Abs. 2a das Gericht seine Unzuständigkeit auszusprechen und das Verfahren dem zuständigen Exekutionsgericht zu überweisen.

Im Hinblick auf die Neuregelung der Zuständigkeit in diesem Entwurf, die zur Bewilligung und zum Vollzug der Exekution zur Hereinbringung einer Geldforderung auf das bewegliche Vermögen auf den allgemeinen Gerichtsstand des Verpflichteten abstellt (§ 4a), hat Abs. 2a keine Bedeutung mehr. Es wird daher vorgeschlagen, diesen Absatz zu streichen.

**Zu Z 197 (§ 249a EO):**

Die Kumulierung von Exekutionsmitteln ist derzeit in § 14 geregelt. Abs. 1 bestimmt, dass die gleichzeitige Anwendung mehrerer Exekutionsmittel gestattet ist, die Bewilligung allerdings auf einzelne Exekutionsmittel beschränkt werden kann, wenn aus dem Antrag hervorgeht, dass diese zur Befriedigung des betreibenden Gläubigers ausreichen. Abs. 2 nimmt Bezug auf den Fall, dass eine Fahrnisexekution mit einer Gehaltsexekution oder einer anderen Forderungsexekution auf fortlaufende Bezüge zusammentrifft,

und stellt klar, dass die Exekution auf bewegliche körperliche Sachen erst dann zu vollziehen ist, wenn die Exekution nach § 294a erfolglos geblieben ist, weil der Dachverband der Sozialversicherungsträger die Anfrage des Gerichts nach § 294a nicht positiv beantwortet hat (Z 1), der Drittschuldner in seiner Erklärung die gepfändete Forderung nicht als begründet anerkannt oder keine Erklärung abgegeben hat (Z 2). Tritt keine dieser Voraussetzungen ein, so ist die Fahrnisexekution nur auf Antrag des betreibenden Gläubigers zu vollziehen (Z 3).

§ 14 Abs. 2 betrifft die Fahrnisexekution und wird wegen des inhaltlichen Zusammenhangs zu diesem Abschnitt genommen. Es bedarf jedoch folgender Ergänzungen:

Die Praxis hat gezeigt, dass in nahezu allen Fällen von den betreibenden Gläubigern ein solcher Vollzugsantrag gestellt wird. Jährlich langen etwa 200.000 bis 300.000 derartige Anträge bei Gericht ein. Dies verursacht nicht nur bei den betreibenden Gläubigern einen entsprechenden Mehraufwand, sondern bindet auch Personalressourcen bei Gericht. Der Entwurf schlägt daher in Abs. 1 Z 3 vor, dass die Fahrnisexekution auch dann von Amts wegen zu vollziehen ist, wenn offenkundig ist, dass die hereinzubringende Forderung nicht innerhalb eines Jahres durch die Einziehung der gepfändeten Forderung getilgt werden kann.

Weiters berücksichtigt Abs. 2 die Zusammenfassung der Exekutionsmittel zu Exekutionspaketen. Wird ein Verwalter im Rahmen des erweiterten Exekutionspaketes nach § 20 bestellt, so soll das Primat der Gehaltsexekution nach Abs. 1 nicht gelten. Dem Verwalter soll die Entscheidung zukommen, welche Vermögensobjekte im Einzelfall unter Einbeziehung der Interessen des Gläubigers und Wahrung der Interessen des Verpflichteten zu pfänden und zu verwerten sind (siehe § 27 Abs. 3).

#### **Zu Z 198 (§ 250 EO):**

Der Begriff Kleingewerbetreibende wird in Abs. 1 Z 2 durch den Begriff Kleinunternehmer ersetzt, zumal es keine Veranlassung gibt, nur gewerbliche Unternehmen bei der Pfändung zu schützen. Vom Begriff des Unternehmens sind auch Landwirtschaften erfasst, sodass die Kleinlandwirte nicht mehr ausdrücklich erwähnt werden müssen.

Zur Abgrenzung zum Pfändungsschutz für Kleinunternehmer nach § 326 wird auf die Erläuterungen zu dieser Bestimmung verwiesen.

Abs. 1 Z 4 zählt Tiere auf, die nicht gepfändet werden dürfen. Insbesondere werden Haustiere erwähnt, zu denen eine gefühlsmäßige Bindung besteht. Zusätzlich wird derzeit eine Wertgrenze vorgesehen. Dies berücksichtigt zu wenig die besondere Stellung von Tieren. Der Entwurf sieht daher vor, dass die Wertgrenze in Z 4 entfällt, sodass Haustiere unabhängig von ihrem Wert nicht gepfändet werden dürfen.

#### **Zu Z 199 (§ 252e EO):**

Nach einem ergebnislosen Vollzugsversuch darf ein Antrag auf neuerlichen Vollzug gemäß § 252e erst nach Ablauf einer Sperrfrist von sechs Monaten gestellt werden. § 252f enthält eine verfahrenübergreifende Sperrfrist. Die Sperrfrist von sechs Monaten wird bei einem Vollzugsversuch ausgelöst, wenn in einem anderen Verfahren mangels pfändbarer Gegenstände kein Vollzug durchgeführt werden konnte. Dies deckt sich mit dem Begriff des ergebnislosen Vollzugsversuchs nach § 252e (s. *Mohr in Angst/Oberhammer*, EO<sup>3</sup> § 252e Rz 5).

Eine Ausnahme von der Sperrfrist wird vorgesehen, wenn ein Vollzugsversuch erfolversprechend ist. In § 252f wird dies ausdrücklich gesagt, in § 252e nicht, sondern eine Glaubhaftmachung verlangt, dass beim Verpflichteten zwischenzeitig pfändbare Gegenstände vorhanden sind oder der Gläubiger einen neuen Vollzugsort bekannt gibt.

Da sich die Voraussetzungen für die Auslösung und die Ausnahmen von der Sperrfrist inhaltlich decken, sollen sie in einer Bestimmung zusammengefasst werden. Hierbei werden folgende Änderungen vorgesehen:

Die Bestimmung hat nur bei Nichtunternehmern praktische Bedeutung. Ein weiterer Vollzugsversuch gegen einen Verpflichteten, der ein Unternehmen führt, wird immer als erfolversprechend angesehen, weil anzunehmen ist, dass der Verpflichtete neue Gegenstände erworben hat, die gepfändet werden können, oder eine Wegnahme von Bargeld möglich sein wird. Daher wurde aus der Praxis die Einschränkung der Sperrfrist auf Nichtunternehmer angeregt. Diese Anregung soll aufgegriffen werden; in Abs. 1 wird daher vorgesehen, dass die Sperrfrist nur gilt, wenn die verpflichtete Partei kein Unternehmen betreibt.

In der Praxis unterschiedlich wird die Frage beantwortet, ob der Ablauf der Sperrfrist für die Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses auch eine Ausnahme von der Sperrfrist des § 252f bildet. Nach hA ist dies der Fall (s. *Mohr in Angst/Oberhammer*, EO<sup>3</sup> § 252f Rz 6). Diese Auslegung ist praxisnah; sie bringt eine Straffung des Verfahrens mit sich, indem es ermöglicht, dass das Vollstreckungsorgan am Vollzugsort mit dem Verpflichteten das Vermögensverzeichnis aufnehmen und – was zweckmäßig ist – zugleich auch einen

Pfändungsversuch vornehmen kann. Es wird daher vorgesehen, dass die Sperrfrist nach einem ergebnislosen Vollzugsversuch auch dann nicht gilt, wenn während der Sperrfrist die Voraussetzungen zur Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses nach § 47 vorliegen.

Abs. 3 definiert unter Berücksichtigung der derzeitigen Gesetzeslage, wann ein Vollzugsversuch ergebnislos ist; Abs 4, wann ein solcher erfolversprechend ist.

#### **Zu Z 200 und 201 (§ 253a EO):**

Derzeit ordnet § 48 Abs. 1 letzter Satz an, dass das Vollstreckungsorgan den Verpflichteten zwangsweise vorzuführen hat, wenn dem Vollstreckungsorgan der Auftrag erteilt wurde, ein Vermögensverzeichnis aufzunehmen, und der Verpflichtete ungerechtfertigter Weise die Abgabe des Vermögensverzeichnisses verweigert. Aus dieser Formulierung wird zum Teil abgeleitet, dass bei einer erfolglosen Exekution gegen einen unbekanntem Drittschuldner dem Vollstreckungsorgan der Auftrag erteilt werden kann, ein Vermögensverzeichnis aufzunehmen; gemeint ist jedoch der in § 253a in die Form einer Rechtspflicht des Verpflichteten gekleidete Gesetzauftrag an das Vollstreckungsorgan, bei Vorliegen der dort genannten Voraussetzungen den Verpflichteten zur Abgabe des Vermögensverzeichnisses aufzufordern (s. ErläutRV EO-Nov 2003, 39 BlgNR 22. GP 33). Um die nicht beabsichtigte Auslegung zu vermeiden, wird der letzte Satz in § 48 Abs. 1 gestrichen und stattdessen die Bestimmung in **Abs. 2** aufgenommen.

Nach Abs.1 hat das Vollstreckungsorgan am Vollzugsort mit dem Verpflichteten ein Vermögensverzeichnis aufzunehmen, wenn die Voraussetzungen zur Aufnahme vorliegen.

Hat der Verpflichtete innerhalb eines Jahres bereits ein Vermögensverzeichnis abgegeben, so ist die Aufnahme eines neuerlichen Vermögensverzeichnisses erst zulässig, sobald die Jahresfrist abgelaufen ist. In der Praxis wird nach Ablauf der Jahresfrist oft nur die Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses beantragt. Aufgrund des bewilligten Antrags wird dem Gerichtsvollzieher der Auftrag zur Aufnahme eines Vermögensverzeichnisses erteilt. Der Gerichtsvollzieher ist nicht berechtigt, Gegenstände des Verpflichteten, die vorgefunden werden, zu pfänden.

Diese Vorgangsweise ist nicht zweckmäßig. Wie in § 252e sieht der Entwurf in **Abs. 4** eine Straffung des Verfahrens vor. Es wird im Gesetz ausdrücklich festgelegt, dass die Aufnahme des Vermögensverzeichnisses nur im Rahmen eines Vollzugsversuchs stattfinden soll, wie es auch von der Lehre vertreten wird. Es bedarf somit eines Antrags des betreibenden Gläubigers auf neuerlichen Vollzug, in dessen Rahmen auch ein Vermögensverzeichnis aufzunehmen ist.

Die Bewilligung des Antrags setzt lediglich voraus, dass die Sperrfrist des § 49 abgelaufen ist, weitere Voraussetzungen müssen nicht erfüllt sein.

#### **Zu Z 202 (§ 258 Abs. 1):**

§ 258 enthält Regelungen über die Geltendmachung von Pfand- und Vorzugsrechten Dritter. Nach Abs. 1 ist zur Entscheidung über die Klage des Dritten auf vorzugsweise Befriedigung aus dem Erlös der fraglichen Sache vom Beginn des Exekutionsvollzuges an das Exekutionsgericht zuständig. Da Bewilligungs- und Vollzugsgericht als exekutionsgericht bezeichnet werden und die Bestimmung die Pfändung voraussetzt, kann der Verweis auf den Beginn des Exekutionsvollzuges entfallen.

#### **. Zu Z 203 (§ 259 Abs. 2 EO):**

Derzeit bestimmt § 289, dass ein Rekurs gegen Beschlüsse, durch die die Verwahrung bewilligt wird, unzulässig ist. Wegen des inhaltlichen Zusammenhangs wird diese Regelung zu § 259 übernommen.

#### **Zu Z 204 (§ 264):**

Als Ergänzung zu § 249 Abs. 1, wonach die Exekution auf bewegliche körperliche Sachen durch Pfändung und Verkauf derselben erfolgt, legt Abs. 1 derzeit fest, dass es für den Verkauf der gepfändeten Sachen eines Antrags bedarf. Abs. 2 bestimmt, dass der Antrag auf Bewilligung des Verkaufs mit dem Antrag auf Bewilligung der Pfändung zu verbinden ist. Dies bedeutet, dass es auch eines darauf gerichteten Antrags bedarf.

Die Regelung bezweckt, die Bewilligung der Exekution und die Ausfertigung dieses Beschlusses mit Stampiglie zu ermöglichen. Da das Exekutionsverfahren auf EDV-Basis geführt wird, werden die Ausfertigungen nicht mehr mit Stampiglie hergestellt. Daher wäre es ein – unnötiger – Formalismus zu verlangen, dass der betreibende Gläubiger ausdrücklich die Pfändung und die Verwertung beantragt. Die Exekutionsschritte ergeben sich aus der EO, es bedarf keines darauf gerichteten Antrags des betreibenden Gläubigers. Der derzeitige § 264 kann daher entfallen. Die derzeitigen §§ 264a und 264b erhalten die Bezeichnungen §§ 264 und 264a.

**Zu Z 205 (§ 268 EO):**

Diese Bestimmung enthält Regelungen über den Freihandverkauf. Nach Abs. 1 sind Gegenstände, die einen Börsenpreis haben, durch Vermittlung eines Handelsmaklers oder Vollstreckungsorgans zum Börsenpreis aus freier Hand zu verkaufen. Dem Bericht über den Verkauf ist ein amtlicher Nachweis über den Börsenpreis des Verkaufstags und über die etwa bezahlte Maklerprovision und sonstige Auslagen anzuschließen. Gemäß Abs. 2 können Wertpapiere auch durch ein Kreditinstitut verkauft werden. Lautet ein Wertpapier auf Namen, so hat das Vollstreckungsorgan die Umschreibung auf die Namen des Käufers zu erwirken und alle zum Zweck der Veräußerung erforderlichen urkundlichen Erklärungen mit Rechtswirksamkeit anstelle des Verpflichteten abzugeben.

Die derzeitige Fassung des § 268 über den Freihandverkauf wird ohne inhaltliche Änderungen – als Abs. 1 Z 1 und 2 – beibehalten.

Nach § 20 Abs. 1 des Entwurfs kann der betreibende Gläubiger zur Hereinbringung einer Geldforderung das erweiterte Exekutionspaket beantragen, welches alle Arten der Exekution auf das bewegliche Vermögen (und die Aufnahme eines Vermögenverzeichnisses) erfasst. Zur Durchführung dieser Exekution hat das Gericht einen Verwalter zu bestellen. Die Vermögensrechte hat der Verwalter weiterhin in erster Linie durch Verkauf und nur subsidiär durch Versteigerung zu verwerten (§ 333). Dem Verwalter soll auch bei der Verwertung beweglicher Sachen mehr Flexibilität eingeräumt werden. Die Bestimmung wird daher um einen Abs. 2 ergänzt, welcher dem Verwalter die Möglichkeit gibt, bewegliche Sachen unter Berücksichtigung des Schätzwertes zu verkaufen. Diese Ergänzung entspricht auch der Gesetzeslage nach der Insolvenzordnung. Es hat sich in der Praxis bewährt, dass die Insolvenzverwalter primär freihändig verwerten, weil so meist ein höherer Erlös erzielt werden kann.

Der Freihandverkauf ist – im Unterschied zu der öffentlichen Versteigerung – nicht in der Ediktsdatei bekannt zu machen. Zur Information der Kaufinteressenten ist dennoch vor Durchführung des Freihandverkaufs offenzulegen, dass es sich um einen Freihandverkauf und nicht um eine Versteigerung handelt.

**Zu Z 206 (§ 269 EO):**

§ 269 bestimmt, dass die Regelung des gutgläubigen Eigentumserwerbs in § 367 ABGB für Sachen, die in einer öffentlichen Versteigerung veräußert werden, auch bei einem Verkauf aus freier Hand durch einen Handelsmakler, ein Kreditinstitut, ein Versteigerungshaus oder ein Vollstreckungsorgan gilt.

Damit werden alle Fälle der Verwertung im Rahmen der Fahrnisexekution erfasst. Da nach dem Entwurf auch einem Verwalter die Veräußerung von beweglichen Sachen obliegt, bedarf es einer Ergänzung. Die Regelung über den gutgläubigen Eigentumserwerb soll aber auch gelten, wenn an einer anderen Stelle auf die Bestimmungen über die Fahrnisexekution verwiesen wird, wie dies bei der Verwertung von Vermögensrechten der Fall ist. Um eben auch diese Fälle zu erfassen, wird vorgeschlagen, bei einem Verkauf aus freier Hand die Einschränkung „durch einen Handelsmakler, ein Kreditinstitut, ein Versteigerungshaus oder ein Vollstreckungsorgan“ entfallen zu lassen.

**Zu Z 207, 208 und 208a (§§ 270, 271 und 271a EO):**

§ 270 enthält derzeit Bestimmungen über die öffentliche Versteigerung. Demgemäß sind nach Abs. 1 alle Gegenstände ohne einen Börsenpreis, sofern sie dem Verkauf überhaupt unterliegen, öffentlich zu versteigern. Nach Abs. 2 sind auch Gegenstände, die aus freier Hand zu verkaufen sind, auf Antrag des betreibenden Gläubigers zu versteigern, wenn sie innerhalb von vier Wochen aus freier Hand nicht verkauft werden. Diese Bestimmungen werden inhaltlich unverändert als Abs. 1 und 2 beibehalten.

§ 271 enthält derzeit Bestimmungen für einen Übernahmsantrag. Diesem ist vom Gericht stattzugeben, wenn er spätestens 14 Tagen vor dem Versteigerungstermin unter gleichzeitiger Leistung einer Sicherheit in der Höhe von mindestens einem Viertel des Schätzwertes und die Übernahme der gepfändeten Sachen im Ganzen oder größere Partien derselben zu einem Preis, der den Schätzwert um mindestens ein Viertel übersteigt, gestellt wird. Darüber hinaus sind alle Exekutionskosten ohne Anrechnung auf den Übernahmepreis zu tragen.

§ 271a bezieht sich auf die Verwertung in anderer Weise. Gepfändeten Sachen, die nicht zu den in § 268 bezeichneten Gegenständen gehören und hinsichtlich deren auch kein Übernahmsantrag nach § 271 vorliegt, können in anderer Weise als durch öffentliche Versteigerung verwertet werden; doch muss der Antrag spätestens 14 Tage vor dem Versteigerungstermin gestellt werden. Der Verkauf aus freier Hand darf überdies nur gegen entsprechende Sicherheitsleistung und bei Zusicherung des namhaft gemachten Käufers, den bestimmten Kaufpreis zu bezahlen, bewilligt werden. Wird die Sicherheit erlegt, so ist der Versteigerungstermin abzusetzen.

Diese Alternativen zur Versteigerung werden in der Praxis selten genutzt; sie bedeuten einen erheblichen Verfahrensaufwand für Gläubiger und Gericht, sind aber auch nicht im Interesse des Verpflichteten, weil die Initiative hierzu nicht kurz vor der Versteigerung möglich ist. Im Gegensatz dazu wird bei einer Versteigerung im Internet ein Sofortkauf vorgesehen. Diese Art der Verwertung ist wesentlich einfacher und ist von der Praxis sehr gut angenommen worden. Daher soll dieses Instrument auch auf andere Fälle der Versteigerung ausgedehnt werden.

Der Entwurf sieht daher in § 271 vor, dass ein Verkauf einer gepfändeten Sache zu einem Preis, der ein Viertel über dem Schätzwert liegt, möglich ist, sofern die Versteigerung noch nicht begonnen hat und der Kaufpreis vor der Versteigerung erlegt wird. Da bei der Versteigerung, die nicht über das Internet erfolgt, die Erzielung eines Erlöses von einem Viertel über dem Schätzwert äußerst selten erreicht wird, ist davon auszugehen, dass ein Verkauf zu dieser Bedingung im Interesse des betreibenden Gläubigers und des Verpflichteten ist. Der Verfahren nach den derzeitigen §§ 271 und 271a bedarf es nicht mehr; die Bestimmungen sind daher aufzuheben.

§ 270 wird um einen neuen Abs. 3 ergänzt. Im Rahmen des erweiterten Exekutionspaktes nach § 20 wird ein Verwalter bestellt. Diesem obliegt die Ermittlung der Vermögensobjekte, die Auswahl der geeigneten Objekte und die Durchführung des Exekutionsverfahrens, daher auch die Pfändung und Verwertung beweglicher Sachen, die sonst dem Gerichtsvollzieher obliegen. Auf Ersuchen des Verwalters soll nun das Gericht einen Gerichtsvollzieher mit der Versteigerung beauftragen können, der reiche Erfahrungen mit der Durchführung öffentlicher Versteigerungen von beweglichen Sachen hat.

Weiters wird § 270 um einen neuen Abs. 4 ergänzt: Die gesetzliche Verankerung des Ausschlusses des Rücktrittsrechts und der Anwendung des FAGG sind erforderlich, um die Bestimmung im Kontext der Richtlinie 2011/83/EU über die Rechte der Verbraucher, ABl. Nr. L 304 vom 22.11.2011 S. 64 (Verbraucherrechte-Richtlinie, VRRL) entsprechend zu konkretisieren. Die Richtlinie normiert im ErwGr. 24, dass „öffentliche Versteigerungen“ nur dann vom Anwendungsbereich ausgenommen sind, wenn die Verbraucher dabei persönlich anwesend sind oder die Möglichkeit eingeräumt bekommen, anwesend zu sein. Versteigerungen über Online-Plattformen gelten ausdrücklich nicht als öffentliche Versteigerungen. In Art. 2 Z 3 wird allerdings klargestellt, dass Gegenstände, die aufgrund von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen oder anderen gerichtlichen Maßnahmen verkauft werden, ausdrücklich vom Warenbegriff im Sinne der Richtlinie ausgenommen sind. Damit findet die Richtlinie weder auf herkömmliche Versteigerungen noch auf Versteigerungen im Internet nach der AbgEO oder der EO Anwendung.

Im Rahmen der Umsetzung der VRRL wurde in § 3 Z 4 FAGG die „öffentliche Versteigerung“ entsprechend der Richtlinie so definiert, dass davon Online-Versteigerungen nicht umfasst sind. Der Ausschluss des Rücktrittsrechts in § 18 Abs. 3 FAGG gilt sohin für öffentliche Versteigerungen, nicht aber für Online-Versteigerungen. Versteigerungen nach der AbgEO oder der EO selbst finden im FAGG nicht explizit Erwähnung, sondern es ist eine Regelung in den einschlägigen Materiengesetzen zu treffen. Im Kontext der VRRL wurde daher mit BGBl. I Nr. 117/2016 in § 37 Abs. 5 AbgEO u.a. klargestellt, dass das Rücktrittsrecht ausgeschlossen ist und dass das FAGG nicht zur Anwendung kommt (ErläutRV 1352 BlgNR 25. GP 22). In Anlehnung an diese Bestimmung soll nunmehr auch in § 270 Abs. 5 ausdrücklich normiert werden, dass das FAGG und das Rücktrittsrecht – im Einklang mit der VRRL – auf gerichtliche Versteigerungen nicht zur Anwendung kommen. In diesem Zusammenhang darf auch auf die Sonderregelung zur Versteigerung im Internet in § 277a Abs. 3 Z 7 hingewiesen werden, wonach bereits jetzt eine Hinweispflicht zum Ausschluss des Rücktrittsrechts normiert ist.

Aus Gründen der Systematik soll der Ausschluss des Gewährleistungsrechts (§ 278 Abs. 3 letzter Satz und § 278a letzter Satz) nunmehr in dieser Bestimmung geregelt werden, wobei damit keine inhaltlichen Änderungen verbunden sind.

#### **Zu Z 209 bis 211 (§ 274 EO):**

§ 274 enthält Regelungen über den Versteigerungsort. **Abs. 3** listet jene Gegenstände auf, welche vom Verkauf in Auktionshallen und Versteigerungshäusern ausgeschlossen sind. Diese Ausnahmen sind auch bei einer Versteigerung im Internet angebracht. Mit der vorgeschlagenen Ergänzung im Einleitungssatz werden nun diese Ausnahmen auch auf die Versteigerung im Internet ausgedehnt.

Da eine Online-Versteigerung eine sehr große Weitenwirkung erzielt und eine Versteigerung pornographisches Material dem Ansehen der Justiz schaden könnte, wurde ein Verbot für pornographisches Material in die österreichischen Allgemeinen Versteigerungsbedingungen der Justizauktionen aufgenommen (siehe Punkt 2 der Allgemeinen Versteigerungsbedingungen auf [www.justiz-auktionen.at](http://www.justiz-auktionen.at)). Dieses Verbot soll nun – verallgemeinert – in Abs. 3 **Z 8** übernommen werden.



In den Allgemeinen Versteigerungsbedingungen der Justizauktionen findet sich auch ein Verbot der Versteigerung von Waffen. Auch dieses soll gesetzlich in **Abs. 3a** verankert werden. Allerdings ist es nicht geboten, dass das Verbot auf Auktionshallen und Versteigerungshäuser ausgedehnt wird, weil in diesem Fall eine Versteigerung an Personen, die zum Erwerb und Besitz nicht berechtigt sind, ausgeschlossen ist – eine Überprüfung der Berechtigung des Erwerbers (zB auf den Besitz eines Waffenscheins) kann vorgenommen werden.

**Zu Z 212 (§ 274g EO):**

§ 567 Geo. regelt das Zusammentreffen einer gerichtlichen mit einer Finanzvollstreckung; § 568 Geo. das Zusammentreffen einer gerichtlichen mit einer Verwaltungsvollstreckung.

Beide Bestimmungen sehen eine Bedachtnahme auf die Pfandrechte im gerichtlichen Vollstreckungsverfahren vor, und zwar nach § 567 Abs. 1 Geo. auf finanzbehördliche Pfandrechte, die von Finanzämtern im finanzbehördlichen Vollstreckungs- und Sicherungsverfahren begründet werden, und nach § 568 Abs. 1 Geo. auf Verwaltungspfandrechte. Das Gericht hat bei der Verwertung beweglicher körperlicher Sachen durch Zustellung des Versteigerungsediktes oder des Beschlusses über eine Verwertung das nach dem Wohnsitz (Sitz) des Verpflichteten zuständige Finanzamt (Wohnsitzfinanzamt) (§ 567 Abs. 2 Geo.) bzw. die Vollstreckungsbehörde, die dem Gericht das Bestehen eines Pfandrechtes nach § 568 Abs. 2 Geo. mitgeteilt hat (§ 568 Abs. 5 Geo.), zu verständigen.

Der Entwurf schlägt vor, diese Bestimmungen nach dem Vorbild der AbgEO, die Regelungen über das Zusammentreffen von einer finanzbehördlichen mit einer gerichtlichen Vollstreckung (§§ 79ff) enthält, als § 274g in die EO zu übernehmen. Damit wird die Rechtslage übersichtlicher.

Bei der Übernahme in die EO ist allerdings zu berücksichtigen, dass mit dem Finanzorganisationsreform-Gesetz, BGBl. I Nr. 104/2019, das Finanzamt Österreich mit bundesweiter Zuständigkeit anstelle der 40 (Wohnsitz-)Finanzämter ab 1.1.2021 eingerichtet wurde (Art 5 enthält die Änderung der BAO, § 49). Daher ist es geboten, diese Bestimmung dementsprechend anzupassen.

Der in § 567 Abs. 2 und § 568 Abs. 5 Geo. angeführte § 271 EO wird mit diesem Entwurf aufgehoben. Inhaltlich tritt an dessen Stelle § 270 Abs. 2, der daher anzuführen ist.

Aufgrund der Verständigung müssen finanzbehördliche und verwaltungsbehördliche Verwertungsverfahren nach § 567 Abs. 3 und § 568 Abs. 6 Geo. abgebrochen werden, soweit sie die gleichen Sachen erfassen. Für das finanzbehördliche Verwertungsverfahren findet sich eine gleichartige Regelung in § 79 Abs. 2 AbgEO. Einer Übernahme dieser Regelung in die EO bedarf es auch für verwaltungsbehördliche Verwertungsverfahren nicht, weil nur jene Bestimmungen in die EO übernommen werden, die die Gerichte betreffen.

**Zu Z 212a (§ 275 Abs. 6 EO):**

Da in § 27a Abs. 4 nunmehr die amtswegige Beauftragung eines Sachverständigen mit der Löschung von auf dem Vermögensgegenstand befindlichen personenbezogenen Daten und der Trennung von Verbindungen mittels derer auf solche Daten zugegriffen werden kann, vorgesehen wird, kann diese Bestimmung über eine Löschung personenbezogener Daten Dritter im Zuge der Schätzung auf Antrag des Verpflichteten entfallen.

**Zu Z 213 und 214 (§ 276 EO):**

§ 276 enthält Regelungen über die Durchführung der Versteigerung. Die gepfändeten Gegenstände werden durch das Vollstreckungsorgan, bei der Versteigerung im Versteigerungshaus durch einen Bediensteten des Versteigerungshauses und bei einer Versteigerung im Internet durch einen Versteigerer oder das Vollstreckungsorgan versteigert.

Der Entwurf schlägt in **Abs. 1** vor, die Versteigerung im Internet auch durch den Leiter der Auktionshalle zuzulassen. Dadurch kann – einem Wunsch der Praxis folgend – die Auktionshalle am BG Donaustadt als Verwahrungsort vor einer Versteigerung im Internet genutzt werden.

**Abs. 3** bestimmt derzeit, dass die Zuziehung eines Ausrufers bei Durchführung der Versteigerung unterbleiben kann. Der in der Praxis aufgrund von Personalmangel der Justiz nicht mehr hinzugezogene Ausrufer wird in § 85 Abs. 4 nicht mehr erwähnt. Daher bedarf es in Abs. 3 keiner Ausnahme von der Zuziehung eines Ausrufers.

**Zu Z 215 (§§ 277 bis 277c EO):**

§ 277 regelt derzeit die Versteigerungsangebote. Das geringste Gebot ist bei der Versteigerung der halbe Schätzwert; bei Gold- und Silbersachen zumindest der Metallwert (Abs. 1). Gemäß Abs. 2 dürfen Angebote,

die das geringste Gebot nicht erreichen, bei der Versteigerung nicht berücksichtigt werden. Abs. 3 schließt Bedienstete der Auktionshalle und des Versteigerungshauses vom Bieten aus.

Diese Bestimmungen werden in den Allgemeinen Teil der EO übernommen; § 277 ist daher aufzuheben. Dies ist auch der Anlass für die Umbenennung der §§ 277a bis 277c.

§ 277b (§ 277a in der Fassung des Entwurfs) bezieht sich auf den Sofortkauf bei Versteigerungen im Internet und bestimmt derzeit, dass der Sofortkauf bei Sachen mit Liebhaberwert ausgeschlossen werden kann. Die Erfahrung der letzten Jahre hat gezeigt, dass Pfandobjekte im Wege der Internetversteigerung um einen den Schätzwert ein Vielfaches übersteigenden Betrag zugeschlagen werden. Die derzeitige Regelung, den Sofortkauf nur bei Sachen mit Liebhaberwert ausschließen zu können, ist daher zu wenig flexibel. Die Entscheidung, einen Sofortkauf ausschließen zu dürfen, soll nicht nur bei Sachen mit Liebhaberwert möglich sein. Der Entwurf sieht daher vor, die Einschränkung auf den Liebhaberwert zu streichen. Der Gerichtsvollzieher soll die Möglichkeit haben, den Sofortkauf jedes Pfandobjekts ausschließen zu können. Ist im Rahmen des erweiterten Exekutionspakets kein Gerichtsvollzieher mit der Versteigerung beauftragt (§ 270 Abs. 4), so obliegt diese Entscheidung dem Verwalter.

#### **Zu Z 216 bis 218 (§§ 278 und 278a EO):**

§ 278 regelt die Erteilung des Zuschlags. Gemäß Abs. 1 erfolgt der Zuschlag an den Meistbietenden, wenn ungeachtet einer zweimaligen Aufforderung kein höheres Angebot abgegeben wird. Der letzte Satz bestimmt die Anwendung der Bestimmungen über unzulässige Bieterabsprachen (§ 177a), Aufforderung zum Bieten (§ 179), Zulassung von Anboten und Vertretern (§ 180 Abs. 1, 3 und 5) und Schluss der Versteigerung (§ 181 Abs. 1 und 3). Diese Bestimmung wird in den Allgemeinen Teil der EO übernommen; Abs. 1 hat daher zu entfallen.

Im Kontext der Umsetzung der VRRL wurde in § 270 ein Ausschluss des Rücktrittsrechts und der Anwendbarkeit des FAGG normiert, wobei hinsichtlich der Ausführungen auf die Erläuterungen zu § 270 verwiesen werden darf. Mit dieser Regelung soll nunmehr auch das Gewährleistungsrecht dort geregelt werden, sodass dieses in § 278 Abs. 3 letzter Satz und § 278a letzter Satz gestrichen werden kann. Inhaltlich sind mit dieser Streichung keine Änderungen verbunden.

#### **Zu Z 219 (§ 280 Abs. 1 EO):**

Abs. 1 regelt einen neuerlichen Verwertungsversuch durch die Auktionshalle oder das Versteigerungshaus von Gegenständen, die bei der Versteigerung das geringste Gebot nicht erzielt haben. Demnach können Gegenstände nach § 274 Abs. 2 (das sind technische Geräte, wertvolle Bild- und Tonträger, Zeitschriften, Bücher und Musikinstrumente sowie Gegenstände von großem Wert, Gold-, Silbersachen, Briefmarken, Münzen, hochwertige Möbelstücke und Sammlungen dergleichen) von Amts wegen innerhalb von drei Monaten nach dem Versteigerungstermin an Käufer, die sich in der Auktionshalle bzw. im Versteigerungshaus melden, ohne Verständigung der Parteien aus freier Hand verkauft werden. Diese Frist hat sich in der Praxis als zu kurz erwiesen; sie wird mit diesem Entwurf auf sechs Monate erhöht.

#### **Zu Z 220 (§ 281 Abs. 1 EO):**

Nach Abs. 1 erster Satz ist der Verpflichtete schriftlich aufzufordern, die nach § 280 Abs. 1 nicht verkauften oder nach § 280 Abs. 2 nicht versteigerten Gegenstände binnen 14 Tagen abzuholen. Eine Aufforderung zur Abholung ist auch geboten, wenn das Verfahren eingestellt wird. Daher schlägt der Entwurf vor, dass auch im Falle der Einstellung des Exekutionsverfahrens der Verpflichtete aufzufordern ist, die nicht verkauften und nicht versteigerten Gegenstände abzuholen.

#### **Zu Z 221 bis 225 (§§ 281b, 282, 282a, 283 und 285 EO):**

Die Änderungen sind redaktioneller Natur bzw. Zitat Anpassungen.

#### **Zu Z 226 (§ 285a EO):**

Diese Bestimmung übernimmt § 567 und § 568 Geo. Nach dem Vorbild der AbgEO, die auch Regelungen über das Zusammentreffen von mehreren nichtgerichtlichen Vollstreckungsverfahren (§§ 84ff AbgEO) enthält, schlägt der Entwurf vor, diese Bestimmungen der Geo. in die EO zu übernehmen. Damit wird die Rechtslage auch übersichtlicher.

Es ist jedoch das Finanzorganisationsreform-Gesetz, BGBl. I Nr. 104/2019, zu berücksichtigen, mit dem die aus dem Jahr 1949 stammende Abgabenexekutionsordnung an die Begriffe der neuen Organisationsstruktur der Bundesfinanzverwaltung angepasst wurde (Art. 6 enthält die Änderung der AbgEO). Begriffe wie „Finanzamt“ und „finanzbehördlich“ wurden durch „Abgabenbehörde“ und „abgabenbehördlich“ ersetzt. Daher ist es geboten, die Bestimmung ebenfalls anzupassen.

§ 567 Geo. enthält Regelungen über das Zusammentreffen einer gerichtlichen mit einer Finanzvollstreckung. Abs. 1 regelt die Bedachtnahme des Gerichts, Abs. 2 die Verständigung des

Finanzamts Österreich und Abs. 3 den Abbruch des Verwertungsverfahrens. Der Entwurf geht auf diese Bestimmungen in § 274g ein. Die Abs. 4 und 5 wurden inhaltsgleich als Abs. 3 und 5 übernommen.

Der Übernahme der Regelung des § 567 Abs. 6, wonach eine sinngemäße Anwendung der Bestimmungen für den Fall vorgesehen wird, wenn eine an den Gerichtsvollzieher herausgegebene bewegliche körperliche Sache verwertet wird, bedarf es nicht, weil § 330 Regelungen über die Verwertung sonstiger Vermögensrechte vorsieht.

Der Regelung des Abs. 7, wonach Finanzpfandrechte im Pfändungsregister nicht vermerkt werden, bedarf es ebenfalls nicht, weil taxativ geregelt wird, was im Pfändungsregister zu vermerken ist.

§ 568 Geo. enthält Regelungen über das Zusammentreffen einer gerichtlichen mit einer Verwaltungsvollstreckung.

Nach § 568 Abs. 2 Geo. haben die Verwaltungsbehörden den Gerichten von der Begründung von Verwaltungspfandrechten durch Übersendung ihrer Pfändungsprotokolle oder kurzer Auszüge daraus Nachricht zu geben. Abs. 3 enthält Regelungen für die Bediensteten, die das Pfändungsregister führen. Nach Abs. 4 ist das Protokoll vom Gericht zurückzusenden. Diese Absätze werden im Entwurf als Abs. 2 ohne inhaltliche Änderung übernommen, soweit sie die Aufgaben der Gerichte betreffen.

Auf die Bestimmungen über die Bedachtnahme des Gerichts (Abs. 1), die Verständigung der Vollstreckungsbehörde durch das Gericht nach Abs. 5 sowie über den Abbruch des Verwertungsverfahrens nach Abs. 6 geht der Entwurf ebenfalls in § 274g ein.

§ 568 Abs. 7 und 8 Geo. übernimmt der Entwurf inhaltsgleich als Abs. 4 und 5. Auch die Regelung des § 568 Abs. 9 Geo., wonach eine sinngemäße Anwendung der Bestimmungen für den Fall vorgesehen wird, wenn eine an den Gerichtsvollzieher herausgegebene bewegliche körperliche Sache verwertet wird, wird nicht übernommen, weil sich in § 330 eine Bestimmung über die Verwertung sonstiger Vermögensrechte findet.

#### **Zu Z 228 (§ 289 EO):**

Der derzeitige § 289, der regelt, dass gegen Beschlüsse, durch die die Verwahrung bewilligt wird, kein Rekurs zulässig ist, wird als § 259 Abs. 2 übernommen.

Der Entwurf legt in § 289 nunmehr den Grundsatz der Exekution auf Geldforderungen sowie eine Definition des Begriffs „Bezüge“ fest.

Abs. 1 erster Satz des Entwurfs stellt einleitend klar, dass die Exekution auf Geldforderungen durch Pfändung und Überweisung an den betreibenden Gläubiger oder durch Einziehung durch den Verwalter erfolgt. Dies wird von § 294 der derzeitigen Fassung – wegen des inhaltlichen Zusammenhangs und zur Herstellung eines Gleichklangs mit den Abschnitten Fahrnisexekution und Exekution auf Vermögensrechte – hierher übernommen.

Nach § 54 Abs. 3 hat der Antrag auf Exekutionsbewilligung unter anderem die Bezeichnung der anzuwendenden Exekutionsmittel und bei Exekution auf das Vermögen, die Bezeichnung der Vermögensteile, auf welche Exekution geführt werden soll, sowie des Ortes, wo sich dieselben befinden, und endlich alle jene Angaben, welche nach Beschaffenheit des Falles für die vom bewilligenden Gericht oder vom Exekutionsgerichte im Interesse der Exekutionsführung zu erlassenden Verfügungen von Wichtigkeit sind, zu enthalten. Dieser Angaben bedarf es nach dem Entwurf nicht, wenn der betreibende Gläubiger zur Hereinbringung einer Geldforderung die Exekution auf die beweglichen Sachen, auf die Forderungen oder auf die Vermögensrechte des Verpflichteten oder die Durchführung der Exekutionspakete beantragt. Zur – notwendigen – Ergänzung dazu wird in Abs. 1 geregelt, dass sich der Antrag auf alle Forderungen des Verpflichteten bezieht, wenn nichts anderes beantragt wird. Forderungen nach § 321, das sind Forderungen aus indossablen Papieren sowie solche, deren Geltendmachung sonst an den Besitz des über die Forderung errichteten Papiers gebunden ist, sind hier ausgenommen, weil diese vom Gerichtsvollzieher – wie bewegliche Sachen – zu pfänden sind und sie somit von der Exekution auf bewegliche Sachen erfasst sind (§ 249 Abs. 1).

Wenn sich die zu pfändenden Forderungen nicht aus der Exekutionsbewilligung ergeben, ist ein Verwalter zu bestellen, der, wenn möglich unter Zuziehung des Verpflichteten, unverzüglich pfändbare Forderungen zu ermitteln hat. Ihm obliegt auch die Durchsetzung der gepfändeten Forderungen und die Verteilung der hereingebrachten Beträge. Meist wird diese Art der Forderungsexekution nicht gesondert durchgeführt werden, sondern Teil des erweiterten Exekutionspakets sein, das auch die Fahrnisexekution und die Exekution auf Vermögensrechte umfasst.

Kein Verwalter ist zu bestellen, wenn die Exekutionsbewilligung nicht die Exekution auf die Vermögensrechte des Verpflichteten, sondern nur einzelne im Antrag genannte Forderungen oder die Exekution auf Geldforderungen bei unbekanntem Drittschuldner nach § 295 umfasst oder Exekution auf

einzelne im Antrag genannte Forderungen und auf Geldforderungen bei unbekanntem Drittschuldner nach § 295 geführt wird.

Ein großer Anteil der beantragten Exekutionen auf Geldforderungen stellt die Exekution in fortlaufende Bezüge dar (Lohn- oder Gehaltsexekution). Der Entwurf schlägt in Abs. 3 vor, den Begriff „Bezüge“ zu Beginn der Abteilung zu definieren. Damit wird der Gesetzestext leichter lesbar, wenn Bestimmungen nur auf Bezüge anwendbar sind.

**Zu Z 229 (§ 290 EO):**

Mit dem Entwurf wurde § 289 – geändert – zu diesem Abschnitt genommen. Die Überschriften sind daher vor diesem zu setzen und hier aufzuheben.

**Zu Z 230 (§ 291a Abs. 1 EO):**

Der pauschale Verweis auf § 293 Abs. 1 lit. a ASVG ist dahingehend auszulegen, dass bei der Berechnung des Existenzminimums – weiterhin – der Ausgleichszulagenrichtsatz für alleinstehende Personen nach § 293 Abs. 1 lit. a sublit. bb ASVG heranzuziehen ist. Dies ist zur Klarstellung im Gesetzestext festzulegen.

**Zu Z 231 (§ 291f EO):**

Hat der Verpflichtete mehrere Arbeitseinkommen, so werden diese zusammengerechnet und die Berechnungsgrundlage für den Freibetrag ermittelt. Erhält der Verpflichtete neben einem Arbeitseinkommen wiederkehrende Vergütungen für Arbeitsleistungen, die die Erwerbstätigkeit des Verpflichteten weder vollständig noch zu einem wesentlichen Teil in Anspruch nehmen, so verbleibt ihm das vom Arbeitseinkommen berechnete Existenzminimum, die sonstigen Vergütungen werden dabei jedoch nicht berücksichtigt.

Der Entwurf gewährt Verpflichteten nun auch von den sonstigen wiederkehrenden Leistungen, die Einkommensfunktion im Sinne des § 290a haben, jedoch die Erwerbstätigkeit des Verpflichteten zeitlich nicht wesentlich in Anspruch nehmen, einen unpfändbaren Betrag. Da der Verpflichtete den Grundbetrag des Existenzminimums aus dem Arbeitseinkommen erhält, wird vorgeschlagen, mit den wiederkehrenden Leistungen für Arbeitsleistungen jeglicher Art, die die Erwerbstätigkeit des Verpflichteten weder vollständig noch zu einem wesentlichen Teil in Anspruch nehmen, ein „Neben-Existenzminimum“ zu berechnen, sodass auch für diese Leistungen ein Teil unpfändbar ist und der Verpflichtete nicht schlechter gestellt ist als bei Zusammenrechnung von zwei Arbeitseinkommen.

Der Entwurf schlägt weiters vor, auch die Lohnsteuergutschrift, die der Verpflichtete im Rahmen seiner Arbeitnehmerveranlagung rückwirkend ausbezahlt bekommt, im System des Existenzminimums zu erfassen. Damit wird nun gesetzlich verankert, dass es sich bei dieser Auszahlung – so wie beim Arbeitsentgelt nach § 290a Abs. 1 Z 1 – um eine beschränkt pfändbare Forderung handelt. Da der Verpflichtete den Grundbetrag des Existenzminimums aus dem Arbeitseinkommen erhalten hat, wird vorgeschlagen, für die Gutschrift ein „Neben-Existenzminimum“ zu gewähren, sodass auch für diese Gutschrift ein Teil unpfändbar ist und über ein Jahr hin berechnet der unpfändbare Betrag nicht davon abhängt, ob steuerliche Begünstigungen sofort oder erst in der Arbeitnehmerveranlagung berücksichtigt werden. Mit der Regelung wird eine strittige Frage geklärt (als Nachzahlung iSd § 290c beurteilt: *Oberhammer* in *Angst/Oberhammer*, EO<sup>3</sup> § 290c Rz 10; RIS-Justiz RWN0000027; aA VwGH 2006/15/0155).

**Zu Z 232 und 233 (§§ 292a, 292b EO):**

§ 292a bezieht sich auf die Erhöhung des unpfändbaren Freibetrags und zählt Gründe auf, wann eine angemessene Erhöhung möglich ist. § 292b regelt, in welchen Fällen es zu einer Herabsetzung des unpfändbaren Freibetrages kommen kann.

Es wird aber derzeit weder in § 292a noch in 292b ausdrücklich geregelt, ab welchem Zeitpunkt nach Beschlussfassung durch das Gericht eine Erhöhung oder Herabsetzung des unpfändbaren Betrags wirksam sein soll. Es wird auf die Generalklausel des § 67 Abs. 1 abgestellt, wonach gerichtliche Beschlüsse im Exekutionsverfahren schon vor Ablauf der Rekursfrist – sohin vor ihrer Rechtskraft – in Vollzug gesetzt werden können und bereits ab ihrer Zustellung vollstreckbar sind (Zur Ausnahme bei der Einschränkung der Exekution zur zwangsweisen Pfandrechtsbegründung siehe § 96 Abs. 3). Entsprechend dieser Generalklausel wird nach der herrschenden Lehre die Erhöhung oder Herabsetzung mit Zustellung des Beschlusses, mit dem die Erhöhung oder Herabsetzung normiert wird, an den Drittschuldner wirksam, wobei die Zustellung an den Drittschuldner die Rechtskraft des Beschlusses eben gerade nicht voraussetzt (*Angst/Jakusch/Mohr*, EO<sup>15</sup> [2012] § 292a E 33). In der Praxis wird jedoch – entgegen der allgemeinen Regelung – teilweise die Rechtskraft abgewartet, bevor der Beschluss nach §§ 292a oder 292b dem Drittschuldner zugestellt wird. Dies wird der Intention des § 67 Abs. 1 nicht gerecht und berücksichtigt nicht ausreichend, dass bei Vorliegen der Voraussetzungen für die Erhöhung des Existenzminimums der

erhöhte Freibetrag dem Verpflichteten unverzüglich zukommen soll. Zur Klarstellung ist daher gesetzlich festzulegen, dass der Beschluss über die Erhöhung oder Herabsetzung des Existenzminimums dem Drittschuldner unverzüglich zuzustellen ist und damit die Erhöhung und Herabsetzung unverzüglich wirksam wird.

**Zu Z 234 (§ 292e EO):**

§ 292e enthält Bestimmungen über das verschleierte Entgelt. Erbringt der Verpflichtete dem Drittschuldner in einem ständigen Verhältnis Arbeitsleistungen, die üblicherweise vergütet werden, ohne oder gegen eine unverhältnismäßig geringe Gegenleistung, so gilt im Verhältnis des betreibenden Gläubigers zum Drittschuldner ein angemessenes Entgelt als geschuldet. Abs. 2 letzter Satz bestimmt jedoch, dass das Entgelt erst ab dem Zeitpunkt der Pfändung als vereinbart gilt.

Dies berücksichtigt nicht ausreichend, dass der Anspruch auf verschleiertes Entgelt wie ein vereinbarter Lohn zu behandeln ist. Daher soll auch ein für die Vergangenheit zustehendes verschleiertes Entgelt gepfändet werden können, wie auch offene Lohnforderungen von einer Pfändung erfasst werden. Um dies zu erreichen, ist der letzte Satz zu streichen.

**Zu Z 235 (§ 292i EO):**

§ 292i erfasst alle Kreditinstitute im Sinne des § 1 BWG. Der Verweis auf die Österreichische Postsparkasse kann daher entfallen. Damit wird auch der überholte Begriff der „Österreichischen Postsparkasse“ beseitigt.

**Zu Z 236 (§ 292f Abs. 3 und 4 EO):**

Im Zuge der Reform soll der derzeit fehlende § 292f wieder eingefügt werden. Der Entwurf schlägt daher eine Umbenennung des § 292j vor.

§ 292j enthält Bestimmungen zur Berechnung der Höhe von Aufwandsentschädigungen und zur Bewertung von Sachleistungen durch den Drittschuldner. Nach Abs. 3 darf der Drittschuldner Aufwandsentschädigungen nach § 290 Abs. 1 Z 1 höchstens mit einem der Werte berücksichtigen, die im Steuer- (Z 1), im Sozialversicherungsrecht (Z 2) oder in Rechtsvorschriften und Kollektivverträgen, die für einen Personenkreis gelten, dem der Verpflichtete angehört, vorgesehen sind. Nach § 50 Abs. 2 ASVG gilt die Verordnung des Bundesministers für Finanzen nach § 15 Abs. 2 Z 2 EStG 1988, mit der die Höhe geldwerter Vorteile festgelegt wird, auch für die Bewertung von Sachbezügen nach dem ASVG. Im Hinblick auf diesen Gleichklang kann der Verweis auf das Sozialversicherungsrecht entfallen.

Abs. 4 in der geltenden Fassung verweist bei der Berücksichtigung von Sachleistungen auf Abs. 3. Der Verweis auf die in Kollektivverträgen vorgesehenen Werte geht jedoch ins Leere, weil Kollektivverträge keine Regelungen enthalten, die festlegen, mit welchem Wert eine Sachleistung zu berücksichtigen ist. Daher wird statt des Verweises auf die in Abs. 3 genannten Werte zur besseren Lesbarkeit ausdrücklich auf die im Steuerrecht vorgesehenen Werte verwiesen.

**Zu Z 237 (§ 292g Abs. 1):**

Die Reform wird zum Anlass genommen, den derzeit fehlenden § 292g wieder einzufügen. Der Entwurf schlägt daher eine Umbenennung vor. In Abs. 1 Z 3 wird festgehalten, dass das Gericht auf Antrag des Drittschuldners zu prüfen hat, ob an der Gehaltsforderung oder einer anderen in fortlaufenden Bezügen bestehenden Forderung tatsächlich ein Pfandrecht begründet wurde. Es können jedoch auch einmalige Forderungen, wie die Abfertigung (§ 291d), eine Verpflichtung des Drittschuldners begründen. In Z 3 ist daher lediglich auf Forderungen abzustellen.

**Zu Z 238 (§ 292g Abs. 4, 5 und 6):**

Die derzeitige Fassung des § 292k Abs. 4 wird im Wesentlichen als § 292g beibehalten. Der Entwurf schlägt zur Verbesserung der Lesbarkeit lediglich eine numerische Aufzählung der Anträge vor.

Derzeit wirkt etwa ein Beschluss auf Zusammenrechnung von Bezügen nur gegenüber dem Gläubiger, der eine Zusammenrechnung erreichte. Dies bedeutet, dass der Mehrbetrag, der durch Zusammenrechnung einem Gläubiger zusteht, diesem auch dann zukommt, wenn er in der Rangfolge der Pfändungen nicht an erster Stelle steht. Erreicht später ein vorrangiger Gläubiger eine Zusammenrechnung, so steht dieser Betrag nunmehr dem vorrangigen Gläubiger zu und nicht mehr dem Gläubiger, der zuerst eine Zusammenrechnung erreichte. Dies bringt für die Drittschuldner eine erhebliche Mehrarbeit mit sich und zusätzlich eine Gefahr der Haftung, weil sie oft über diese Feinheiten des Exekutionsverfahrens nicht Bescheid wissen. Daher wird im Entwurf vorgesehen, dass Entscheidungen in Zwischenverfahren, zB über die Zusammenrechnung, gegenüber allen betreibenden Gläubigern wirken. Die umfassende Wirkung gegenüber allen betreibenden Gläubigern setzt voraus, dass alle betreibenden Gläubiger in das Zwischenverfahren einbezogen werden. Dies wird in Abs. 4 festgelegt. Überdies soll ein Beschluss auch gegenüber Gläubigern wirken, die erst

nach Erlass des Beschlusses Exekution auf den Bezug führen. Da diese jedoch in das Verfahren zur Zusammenrechnung der Bezüge nicht einbezogen wurden, ist ihnen die Möglichkeit einzuräumen, eine Änderung des Beschlusses zu beantragen. Dies wird in Abs. 6 festgelegt.

Die Rechtsprechung ordnet in Beschlüssen in Zwischenverfahren bisweilen an, dass diese Entscheidung nicht erst mit der Zustellung an den Drittschuldner wirksam wird, sondern sich auch auf bereits ausgezahlte Bezüge auswirkt. Dies bedeutet einen nicht zumutbaren Mehraufwand für den Drittschuldner, weil er nicht nur eine Neuberechnung vornehmen muss, sondern auch dem Verpflichteten Bezugssteile zukommen lassen muss, die er bereits an den betreibenden Gläubiger ausgezahlt hat. Daher hat er auch eine Teilrückzahlung von betreibenden Gläubiger zu erreichen. Die Anordnung der Rückwirkung ist auch nicht geboten, wenn es um die Berücksichtigung von Unterhaltspflichten geht, weil der Verpflichtete in der Exekutionsbewilligung aufgefordert wird, dem Drittschuldner allfällige Unterhaltspflichten bekanntzugeben. Dadurch ist es dem Drittschuldner möglich, sofort alle Unterhaltspflichten des Verpflichteten zu berücksichtigen. Zur Entlastung des Drittschuldners wird daher festgelegt, dass ein Beschluss über die Konkretisierung des Existenzminimums nur für die künftig fällig werdenden Bezugssteile wirkt (Abs. 4 letzter Satz).

Abs. 5 enthält eine Kostenersatzregelung; Abs. 5 in der Fassung des Entwurfs übernimmt die letzten beiden Sätze des Abs. 4 und stellt in seinem neuen letzten Satz klar, dass der Drittschuldner nicht zum Kostenersatz verpflichtet ist. Auch ein Kostenersatzanspruch steht ihm nicht zu.

#### **Zu Z 239 und 240 (§ 292j EO):**

Im Zuge der Umbenennung der vorhergehenden Paragraphen kann § 292i als § 292j bezeichnet werden. § 292j enthält Regelungen über die Aufstellung über die offene Forderung. Sowohl der Drittschuldner (Abs. 1) als auch der Verpflichtete (Abs. 2) können vom betreibenden Gläubiger eine Aufstellung über die offene Forderung verlangen, andernfalls sie die Einstellung der Exekution beantragen können.

Im Rahmen einer Forderungsexekution, die auf alle Forderungen des Verpflichteten gerichtet ist, oder des erweiterten Exekutionspakets nach § 20 des Entwurfs obliegt die Durchführung der Exekution einem bestellten Verwalter. Der Entwurf ergänzt daher Abs. 1, 2 und 4 um den Verwalter, weil auch in jenen Fällen, in denen ein Verwalter bestellt wurde, der Drittschuldner und der Verpflichtete eine Aufstellung über die offene Forderung einfordern können soll.

Allerdings soll es nicht zur Einstellung der Exekution kommen können, wenn der Verwalter der Verpflichtung zur Übersendung einer Aufstellung über die offene Forderung nicht nachkommt. In diesem Fall kann der Drittschuldner oder der Verpflichtete die Übersendung einer Aufstellung durch eine Beschwerde beim Exekutionsgericht erreichen, aufgrund derer das Gericht dem Verwalter die Weisung erteilen kann, die Aufstellung dem Drittschuldner oder dem Verpflichteten zu übersenden. Damit ist ausreichend gewährleistet, dass der Verwalter der Verpflichtung zur Übersendung einer Aufstellung nachkommt. Einer Einstellung der Exekution bedarf es nicht.

#### **Zu Z 241 (§ 294 EO):**

§ 294 enthält Regelungen über die Pfändung von Geldforderungen. Der erste Satz in Abs. 1, wonach die Exekution auf Geldforderungen durch Pfändung und Überweisung erfolgt, wird einleitend zu § 289 übernommen und damit dem Abschnitt Forderungsexekution vorangestellt, wie dies auch bei der Fahrnisexekution der Fall ist.

Die näheren Regelungen über die Pfändung, die durch Zustellung des Zahlungsverbots an den Drittschuldner geschieht, und das Verfügungsverbot an den Verpflichteten, sowie die Verpflichtung des Verpflichteten zur Bekanntgabe von allfälligen Unterhaltspflichten und das Einkommen der Unterhaltsberechtigten werden unverändert in Abs. 1 belassen.

Der derzeitige Hinweis auf § 296 in Abs. 1 – diese Regelung findet sich nunmehr in § 321 – ist unvollständig, weil auch § 320 eine Sonderregelung über die Pfändung enthält, und zwar bei bücherlich sichergestellten Forderungen. Sie ist auch nicht geboten, weil sich aus dem Zusammenhang ergibt, dass §§ 321 ff. *leges speciales* sind. Der Hinweis auf § 296 kann daher entfallen.

Die Bestimmung des Abs. 2, wonach die Zustellung des Zahlungsverbots nach den Vorschriften über die Zustellung von Klagen vorzunehmen sind, übernimmt der Entwurf wegen des inhaltlichen Zusammenhangs als letzten Satz in Abs. 1.

Wenn die Forderungsexekution alle Forderungen des Verpflichteten umfasst, sieht der Entwurf die Bestellung eines Verwalters vor; dem Verwalter obliegt die Durchführung der Exekution. Für diese Fälle bestimmt Abs. 2, dass die Verständigungen über die Pfändung durch den Verwalter zu erfolgen haben. Dies soll aber nicht ausnahmslos gelten, sondern nur dann, wenn der Verwalter die Forderungen, auf die im Exekutionsweg gegriffen werden soll, ermittelt. In allen anderen Fällen soll es bei der Zustellung durch das

Gericht bleiben, um eine nicht zu rechtfertigende Verzögerung zu vermeiden. Die Bestellung eines Verwalters geschieht nämlich nicht zugleich mit Bewilligung der Exekution, sondern erst nach Erlag eines Kostenvorschusses durch den betreibenden Gläubiger.

Die Regelung wird auch dahin ergänzt, dass der Verwalter den betreibenden Gläubiger von der Pfändung zu informieren hat.

**Zu Z 242:**

Der derzeitige § 294a erhält die Bezeichnung § 295. Aufgrund des systematischen Zusammenhangs wird die Regelung bei einer früheren Bewilligung einer Fahrnisexekution als § 296 eingefügt (siehe die Erläuterungen zu dieser Bestimmung), weshalb der bestehende § 295 die Bezeichnung „§ 297“ erhält.

Der bisherige § 297 enthält Sonderbestimmungen für bei Gericht erliegende Papiere. Diese Bestimmung über die Pfändung wird mit der Regelung über die Verwertung durch Überweisung zusammengefasst; sie wird als § 322 unverändert übernommen.

**Zu Z 243 (§ 295 Abs. 1 EO):**

Derzeit regelt § 294a die Exekution auf Geldforderungen bei einem unbekanntem Drittschuldner. Behauptet der Gläubiger, dass dem Verpflichteten Forderungen im Sinne des § 290a zustünden, er den Drittschuldner jedoch nicht kenne, ist im Exekutionsantrag das Geburtsdatum des Verpflichteten anzugeben. Das Exekutionsgericht hat beim Dachverband der Sozialversicherungsträger nachzufragen, ob nach den bei ihm gespeicherten Daten der Verpflichtete in einer Rechtsbeziehung steht, aus der ihm Forderungen im Sinne des § 290a zustehen können, und bejahendenfalls mit wem. Gibt der Dachverband einen oder mehrere Drittschuldner an, hat das Exekutionsgericht mit den in § 294 vorgesehenen Zustellungen vorzugehen.

Die Praxis verlangt nicht, dass der betreibende Gläubiger behauptet, dass dem Verpflichteten Forderungen im Sinne des § 290a zustehen und er den Drittschuldner nicht kenne. Auch das vom betreibenden Gläubiger zu verwendende Formblatt enthält diesen Zusatz nicht. Da diese Behauptung auch nicht erforderlich zu sein scheint, wird sie im Gesetz nicht mehr erwähnt. Das Gericht hat eine Auskunft vom Dachverband der Sozialversicherungsträger immer dann einzuholen, wenn der betreibende Gläubiger eine Exekution beantragt, die auch die Forderungsexekution auf das Arbeitseinkommen oder sonstige Bezüge erfasst. Dies setzt allerdings – wie derzeit – voraus, dass der betreibende Gläubiger das Geburtsdatum des Verpflichteten bekannt gibt. Die Einholung einer Auskunft vom Dachverband ist insbesondere auch beim erweiterten Exekutionspaket zweckmäßig. Im Rahmen des erweiterten Exekutionspakets nach § 20 des Entwurfs ist ein Verwalter für die Durchführung der Exekution zu bestellen. Als einen ersten Schritt hat der Verwalter die Vermögensobjekte auffindig zu machen und eine Vermögensübersicht aufzunehmen. Hierzu ist es notwendig, dass der Verwalter auch über – dem betreibenden Gläubiger unbekannt – Drittschuldner, gegen die dem Verpflichteten Forderungen im Sinne des § 290a zustehen, informiert ist.

Zur Frage, ob ein betreibender Gläubiger bei einem Exekutionsantrag nach § 294a bestimmte Drittschuldner vom Vollzug ausnehmen kann, bestehen divergierende Judikaturlinien (siehe *Mohr/Pimmer/Schneider*, EO<sup>16</sup> 520; LG Ried 6 R 351/09y; Senat 46 des LGZ Wien, vgl. ua. 46 R 425/15p, 46 R 50/16t; aA LGZ Wien 4 R 205/15v; Senat 47 des LGZ Wien, vgl. ua. 47 R 6/16d, 47 R 333/15s und 47 R 336/15g). Die EO kennt zwei Varianten der Forderungsexekution, mit und ohne Angabe des Drittschuldners durch den betreibenden Gläubiger. Der betreibende Gläubiger kann daher im Exekutionsantrag entscheiden, ob er auch den Drittschuldner angeben möchte. Es ist daher gerechtfertigt, dem betreibenden Gläubiger auch zu ermöglichen, bestimmte Personen als Drittschuldner auszuschließen. Dies wird nun in Abs. 1 letzter Satz vorgesehen.

**Zu Z 244 (§ 295 Abs. 4 EO):**

Abs. 4 regelt derzeit die Auskunftspflicht von Sozialversicherungsträgern gegenüber dem Gericht. Diese Bestimmung ist seit Inkrafttreten des § 89h GOG mit BGBl. Nr. 295/1990, in welcher ihr materieller Inhalt aufgegangen ist, gegenstandslos. Der derzeitige Abs. 4 kann daher ersatzlos entfallen.

Nach der Rechtsprechung ist die Fortsetzung der Exekution nach § 294a nach Bekanntgabe eines Drittschuldners, also wenn diese einmal „kanalisiert“ und in eine normale Forderungsexekution umgewandelt ist, durch neuerliche Anfrage an den Dachverband der Sozialversicherungsträger nicht mehr zulässig (LGZ Wien 47 R 438/05t, RPfIE 2006/72). Es bedarf eines neuen Exekutionsantrags und einer neuerlichen Exekutionsbewilligung, bei der das Exekutionsgericht neuerlich zu prüfen hat, ob die allgemeinen und besonderen Exekutionsvoraussetzungen erfüllt sind, insbesondere ob der Exekutionsantrag durch den Exekutionstitel gedeckt ist. Dieser Verfahrensaufwand ist vermeidbar; daher soll zur Verfahrensvereinfachung – solange die Exekution nicht eingestellt oder beendet wurde – auch bei einem Wechsel des Drittschuldners die Exekution fortgesetzt werden können. Dies entspricht der Gesetzeslage bei der Fahrnisexekution.

Nach Ansicht des OGH gilt für eine neuerliche Anfrage beim Dachverband eine Sperrfrist von drei Monaten (3 Ob 131/88 EvBl. 1989/61, 217). Dies soll im nunmehrigen Abs. 4 festgelegt werden.

**Zu Z 245 (§ 296 EO):**

§ 296 enthält derzeit Bestimmungen über die Pfändung von Forderungen aus Papieren. Nach Abs. 1 wird die Pfändung von Forderungen aus indossablen Papieren sowie solchen, deren Geltendmachung sonst an den Besitz des über die Forderung errichteten Papiers gebunden ist, dadurch bewirkt, dass das Vollstreckungsorgan diese Papiere zufolge Auftrags des Exekutionsgerichts unter Aufnahme eines Pfändungsprotokolls (§§ 253, 254 Abs. 1) an sich nimmt und bei Gericht erlegt. In Abs. 2 wird hinsichtlich einer Nachpfändung auf § 257 verwiesen.

Diese Bestimmung über die Pfändung soll mit der Regelung über die Verwertung durch Überweisung zusammengefasst werden; sie wird als § 321 unverändert übernommen.

Derzeit regelt § 14 Abs. 3, dass der betreibende Gläubiger, nachdem ihm zur Hereinbringung derselben Forderung bereits Fahrnisexekution bewilligt worden war, eine Gehaltsforderung nach § 294a erst nach Ablauf einer Sperrfrist von einem Jahr beantragen kann, es sei denn, er bescheinigt, dass er erst nach Einbringung des Antrages auf Fahrnisexekution von der Existenz einer Gehaltsforderung des Verpflichteten im Sinne des § 290a erfahren hat. Wegen des inhaltlichen Zusammenhangs wird diese Bestimmung unverändert als § 296 übernommen.

**Zu Z 246 (§ 299 Abs. 2 und 4 EO):**

Nach Abs. 2 wird durch Pfändung eines Diensteinkommens insbesondere auch dasjenige Einkommen getroffen, welches der Verpflichtete in Folge einer Erhöhung seiner Bezüge, in Folge Übertragung eines neuen Amtes, Versetzung in ein anderes Amt oder in Folge Versetzung in den Ruhestand erhält.

Nach dem zweiten Satz ist diese Bestimmung auf den Fall der Änderung des Dienstherrn nicht anzuwenden. Unstrittig ist, dass eine Gesamtrechtsnachfolge nicht als Änderung des Dienstherrn iSd Abs. 2 gesehen wird (*Oberhammer in Angst, EO<sup>3</sup> § 299 Rz 7*). Ob bei einem Betriebsübergang nach § 3 AVRAG das Pfandrecht aufrecht bleibt, ist strittig; überwiegend wird dies bejaht (siehe OGH 9 Ob 9/18s). Dieser Lösungsansatz, der dem Drittschuldner ermöglicht, aber nicht verpflichtet, bei Wechsel des Arbeitgebers innerhalb eines Konzerns die Pfändungen weiter zu berücksichtigen, entlastet die Parteien, weil die Pfändung weitergeführt werden kann, ohne dass die Pfändungen neu erfasst und eine Drittschuldnererklärung abgegeben werden muss. Aus der Regelung ergibt sich auch, dass bei einem sonstigen Wechsel des Arbeitgebers das Pfandrecht nicht übergeht. Abs. 2 zweiter Satz über die Änderung des Dienstherrn wird dadurch entbehrlich. Damit wird auch der überholte Begriff des „Dienstherrn“ beseitigt.

§ 294 Abs. 3 enthält Regelungen für jene Fälle, in denen es fälschlich zu einer Zustellung an eine nach dem Inhalt des Zahlungsverbots gar nicht als Drittschuldner gemeinte Gesellschaft kommt. Wenn Schuldner der Forderung ein anderes Unternehmen im selben Konzern ist, ist der Empfänger des Zahlungsverbots berechtigt, dieses auf Gefahr des betreibenden Gläubigers an das andere Konzernunternehmen weiterzuleiten.

Von der Praxis wurde angeregt, einen Wechsel des Arbeitnehmers innerhalb eines Konzerns wie die Zustellung des Zahlungsverbots an einen falschen Drittschuldner zu regeln. Der Entwurf übernimmt daher den Ansatz des § 294 Abs. 3. Der bisherige Drittschuldner kann das Zahlungsverbot an das andere Konzernunternehmen auf Gefahr des betreibenden Gläubigers weiterleiten.

**Zu Z 247 (§ 300 Abs. 1):**

§ 296 wird aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs als § 321 übernommen. Der Verweis ist daher anzupassen.

**Zu Z 248 (§ 300a Abs. 2):**

Diese Ergänzung dient nur der grammatikalischen Richtigstellung.

**Zu Z 249 und 250 (§ 301 EO):**

In § 301 wird der Auftrag zur Abgabe der Drittschuldnererklärung geregelt. Dieser Auftrag ist derzeit vom Gericht zu erteilen. Nach dem Entwurf ist der vom Gericht erteilte Auftrag dem Drittschuldner durch den Verwalter zuzustellen, wenn die Zustellung des Zahlungsverbots dem Verwalter obliegt (§ 294). Um dies zum Ausdruck zu bringen, wurde in **Abs. 1** der Einleitungssatz offener gestaltet.

**Abs. 2** dieser Bestimmung regelt, wem gegenüber der Drittschuldner seine Erklärung abzugeben hat. Für den Fall, dass kein Verwalter bestellt ist, hat die Erklärung – wie bereits derzeit – gegenüber dem Gericht und dem betreibenden Gläubiger zu erfolgen. Ist ein Verwalter bestellt, so ist diesem an Stelle des betreibenden Gläubigers die Drittschuldnererklärung zu übersenden.



Die derzeitige Möglichkeit des zweiten Satzes in Abs. 2, die Drittschuldnererklärung vor dem Exekutionsgericht oder dem Bezirksgericht des Aufenthalts zu Protokoll zu geben, wird in der Praxis nicht genutzt, weil im Internet auf der Website der Justiz unter Bürgerservice ausführliche Informationen zur Verfügung gestellt werden. Der zweite und dritte Satz können daher entfallen.

#### **Zu Z 251 (§ 303 EO):**

Abs. 1 bestimmt derzeit, dass die gepfändete Geldforderung dem betreibenden Gläubiger nach Maßgabe des für ihn begründeten Pfandrechts bis zur Höhe der vollstreckbaren Forderung auf Antrag zur Einziehung oder an Zahlungsstatt zu überweisen ist.

Bei der Überweisung an Zahlungsstatt geht die Forderung mit der Überweisung auf den betreibenden Gläubiger über, der dadurch als befriedigt gilt, und die Forderungsexekution ist beendet. Weil in diesem Fall der betreibende Gläubiger das Risiko der Einbringlichkeit trägt, hat die Überweisung an Zahlungsstatt keine praktische Bedeutung. Die Wendung „oder an Zahlungsstatt“ kann daher entfallen.

Überdies wird mit dem Entwurf diese Bestimmung um den Fall ergänzt, dass ein Verwalter bestellt ist, dem die Einbringung obliegt.

Abs. 2 bestimmt derzeit, dass der Antrag auf Überweisung mit dem Antrag auf Bewilligung der Pfändung zu verbinden ist und dass das Gericht über beide Anträge zugleich zu entscheiden hat. Da das Exekutionsverfahren auf EDV-Basis geführt wird und die Bewilligung nicht mehr mit Stampiglie erfolgt, wäre es ein unnötiger Formalismus dennoch zu verlangen, dass der betreibende Gläubiger ausdrücklich die Pfändung und die Verwertung beantragen muss. Die Exekutionsschritte ergeben sich aus der EO; es bedarf keines auf die Überweisung gerichteten Antrags des betreibenden Gläubigers. Der derzeitige Abs. 2 kann daher entfallen.

Mit der Exekutionsordnungs-Novelle 1991 wurde das Recht der Lohnpfändung übersichtlicher gestaltet und zur Entlastung des Drittschuldners (Arbeitgebers) vereinfacht. Auch die Gefahr der Haftung des Drittschuldners wurde vermindert. Die Zahlung des Drittschuldners wirkt nach § 292j Abs. 1 (§ 292f Abs. 1 im Entwurf) immer dann schuldbefreiend, wenn ihn weder Vorsatz noch grobe Fahrlässigkeit trifft. Eine weitere Vereinfachung brachte etwa die Exekutionsordnungs-Novelle 2016, und zwar bei der Zusammenrechnung der Bezüge. Die Tätigkeit der Drittschuldner wurde auch durch die Zurverfügungstellung von Existenzminimumtabellen auf der Website der Justiz und einer Drittschuldnerbroschüre erleichtert. Dessen ungeachtet wurde eine weitere Entlastung der Drittschuldner angeregt, insbesondere die Übertragung der Berechnung des Existenzminimums auf einen Dritten. Die ASB, die Dachorganisation der staatlich anerkannten Schuldenberatungen, wies darauf hin, dass sich eine Lohnpfändung am Arbeitsmarkt und bei der Arbeitssuche oft als hinderlich erweise (Wege aus der Schuldenfalle, rechts- und sozialpolitische Forderungen der Schuldenberatungen (2019) 8). Die Verwirklichung der Anregung hätte für den Drittschuldner den Vorteil, dass er nicht die Berechnung des Existenzminimums vornehmen muss, er hat aber stattdessen die für die Berechnung erforderlichen Unterlagen zur Verfügung zu stellen oder Auskünfte zu erteilen. Überdies muss gewährleistet werden, dass der Verpflichtete den unpfändbaren Betrag unverzüglich nach Fälligkeit des Bezugs erhält.

Da die Bestellung eines Dritten zur Berechnung des Existenzminimums die dem betreibenden Gläubiger zukommenden Beträge schmälert, und zwar um die Vergütung des Dritten, und sich dadurch auch für den Verpflichteten die Zeitspanne bis zur Abdeckung der hereinzubringenden Forderungen verlängert, soll die Anregung nicht für jeden Fall ausgegriffen werden. Nur wenn ein Verwalter bereits bestellt ist, weil der betreibende Gläubiger auf alle Forderungen des Verpflichteten Exekution führt oder das erweiterte Exekutionspaket gewählt hat, soll der Verwalter die Berechnung des Existenzminimums vorzunehmen haben, wenn dies im Interesse der Parteien, worunter auch der Drittschuldner fällt, ist. Ein Interesse der Parteien wird etwa dann gegeben sein, wenn der Verpflichtete mehrere Bezüge hat, die zusammengerechnet werden können, es wird jedoch fehlen, wenn der Drittschuldner häufig mit Lohnpfändungen zu tun hat und ihm deren Durchführung keinerlei Schwierigkeiten bereitet. Ob die Berechnung des Verwalters im Interesse der Parteien ist, können sie durch eine Beschwerde an das Exekutionsgericht prüfen lassen. Um dies zu ermöglichen, hat der Verwalter die Parteien vorweg darüber zu informieren, dass er auch den unpfändbaren Teil des Bezugs geltend machen wird, um das Existenzminimum zu berechnen.

Festgelegt wird weiters, dass der Verwalter den unpfändbaren Betrag unverzüglich, längstens innerhalb von 3 Tagen dem Verpflichteten zu überweisen hat und dass er berechtigt ist, vom Drittschuldner die zur Berechnung des Existenzminimums erforderlichen Informationen zu erhalten.

#### **Zu Z 252 (§ 304 EO):**

§ 304 enthält Regelungen über die Überweisung von Forderungen aus indossablen Papieren sowie solchen, deren Geltendmachung an den Besitz des über die Forderung errichteten Papiers gebunden ist.

Der Entwurf sieht vor, die Bestimmungen über die Verwertung durch Überweisung mit den Regelungen über die Pfändung solcher Papiere zusammenzufassen. Die Regelung des § 304 wird daher zu § 323 als Abs. 2 übernommen; § 303a wird als § 304 bezeichnet.

**Zu Z 253 (§ 305 Abs. 1 EO):**

§ 305 enthält Regelungen über die Durchführung der Überweisung. Da der Entwurf die Zusammenfassung der Bestimmungen über die Verwertung durch Überweisung mit den Regelungen über die Pfändung solcher Papiere vorsieht, verbleibt hier lediglich der erste Halbsatz des derzeitigen Abs. 1. Da es jedoch nicht mehr eines Antrags auf Überweisung bedarf, wird die Bestimmung umformuliert.

Die Regelung des zweiten Satzes, dass die Überweisung von Forderungen aus indossablen Papieren sowie solchen, deren Geltendmachung an den Besitz des über die Forderung errichteten Papiers gebunden ist, durch Übergabe des mit der erforderlichen schriftlichen Übertragungserklärung versehenen Papiers an den betreibenden Gläubiger, dem die Forderung überwiesen wurde, erfolgt, wird in § 323 Abs. 1 übernommen.

Die Bestimmungen betreffend die Wirkung der Übergabe der Sparurkunde werden wegen des inhaltlichen Zusammenhangs als § 324 eingeordnet.

**Zu Z 254 (§ 306 EO):**

Nach dieser Bestimmung hat der Verpflichtete dem betreibenden Gläubiger die zur Geltendmachung der überwiesenen Forderung nötigen Auskünfte zu erteilen und ihm die über die Forderung vorhandenen Urkunden herauszugeben. Wenn sich die Überweisung auf einen Teil der gepfändeten Forderung beschränkt, hat der Gläubiger für die Rückstellung der die ganze Forderung betreffenden Urkunden Sicherheit zu leisten.

Ist ein Verwalter bestellt, so ist er zur Geltendmachung der Forderung berechtigt. Es ist daher die Bestimmung um den Verwalter zu ergänzen. Im zweiten Satz über die Leistung einer Sicherheit wird der Verwalter bewusst nicht erwähnt. Er soll nämlich zur Leistung einer Sicherheit nicht verpflichtet sein (Siehe die Ausführungen zu § 81 Abs. 6).

Der derzeitige Abs. 2, wonach gegen den Verpflichteten die Ausfolgung der Urkunden auf Antrag des betreibenden Gläubigers im Wege der Exekution erwirkt werden kann, kann entfallen, weil nunmehr § 27a eine allgemeine im Rahmen des Exekutionsverfahrens durchsetzbare Mitwirkungspflicht des Verpflichteten vorsieht. Der derzeitige Abs. 3 wird als Abs. 2 umbenannt.

**Zu Z 255 (§ 307 Abs. 1 EO):**

Nach herrschender Lehre soll das Hinterlegungsrecht sowohl bei unklarer Sach- oder Rechtslage bestehen (*Resch in Burgstaller/Deixler-Hübner*, EO § 307 Rz 11). Dieser Redaktionsfehler soll daher beseitigt werden.

**Zu Z 256 und Z 257 (§ 308 Abs. 1 EO):**

Diese Bestimmung regelt die Rechte des betreibenden Gläubigers, dem die Forderung überwiesen wurde. Ist ein Verwalter bestellt, so ist er zur Geltendmachung der Forderung berechtigt. Es ist daher die Bestimmung um den Verwalter zu ergänzen. Derzeit ist der betreibende Gläubiger nicht berechtigt, einen Vergleich über die gepfändete Forderung abzuschließen; im Gegensatz dazu steht dem Insolvenzverwalter ein solches Recht zu (zur Mitteilungspflicht an das Gericht s § 116 IO). Dies ist zweckmäßig; daher sieht der Entwurf einen Vergleichsabschluss mit Zustimmung des Exekutionsgerichts vor.

In § 308 wird zwischen den Befugnissen des betreibenden Gläubigers und des Verwalters unterschieden. Eine Ergänzung des § 308a Abs. 1 erster Satz um den Verwalter wird nicht vorgeschlagen. Diese Bestimmung regelt das Klagerecht des Verpflichteten, wenn der betreibende Gläubiger eine beschränkt pfändbare Forderung, die gepfändet und ihm überwiesen wurde, nicht bereits gerichtlich geltend gemacht hat. In diesem Fall kann auch der Verpflichtete den pfändbaren Teil zugunsten des betreibenden Gläubigers gerichtlich geltend machen. Einer Ergänzung dieser Bestimmung auf den Fall, dass das Klagerecht dem Verwalter zusteht, bedarf es nicht, weil der Verwalter der Überwachung des Gerichts unterliegt, das ihm von Amts wegen oder aufgrund einer Beschwerde nach § 84 die Weisung erteilen kann, Klage zu erheben. Zur Befolgung der Weisung kann das Gericht den Verwalter durch Geldstrafen anhalten oder einen besonderen Verwalter bestellen. Es kann ihn auch entheben. Damit ist eine Klagsführung des Verwalters ausreichend gewährleistet.

**Zu Z 258 (§ 308 Abs. 4 EO):**

Abs. 4 ermöglicht, dass das Gericht – auch dann, wenn ein Verwalter bestellt ist – auf Antrag des betreibenden Gläubigers diesem die Forderung zur Einziehung überweisen kann.

**Zu Z 259 (§§ 309 und 310 EO):****Zu § 309 EO:**

§ 309 regelt die Rechte des betreibenden Gläubigers, dem die Forderung überwiesen wurde, wenn die Leistung des Drittschuldners von der als Gegenleistung zu bewirkenden Übergabe von Sachen, die sich im Vermögen des Verpflichteten befinden, abhängig ist. Ist ein Verwalter bestellt, so sollen ihm diese Rechte zustehen. Abs. 1 ist daher um den Verwalter zu ergänzen.

Die Änderung des Textes des Abs. 2 ist einer Vereinheitlichung der Formulierung geschuldet.

Abs. 3 erster Satz über die Zuständigkeit wurde gestrichen; die Zuständigkeit des Exekutionsgerichts ergibt sich daraus, dass die Herausgabeentscheidung im Exekutionsverfahren zu treffen ist.

**Zu § 310 EO:**

§ 310 enthält Regelungen über die Streitverkündung. Gemäß Abs. 1 hat der betreibende Gläubiger, der die überwiesene Forderung einklagt, dem Verpflichteten den Streit zu verkünden. Ist ein Verwalter bestellt, so hat er diese Verpflichtung. Es ist daher die Bestimmung um den Verwalter zu ergänzen.

Abs. 2 räumt jedem Gläubiger, für welchen die eingeklagte Forderung gleichfalls gepfändet ist, das Recht ein, dem anhängigen Drittschuldnerprozess als Nebenintervenient beizutreten. Diese Bestimmung ist ebenfalls um den Verwalter zu ergänzen.

Abs. 3 enthält eine Haftungsbestimmung, wonach der betreibende Gläubiger dem Verpflichteten sowie den übrigen auf dieselbe Forderung Exekution führenden Gläubigern für die verzögerte und unterlassene Beitreibung einer zur Einziehung überwiesenen Forderung haftet. In diese wird der Verwalter nicht einbezogen, weil für diesen sowieso die allgemeine Haftungsbestimmung des § 81a Abs. 2 des Entwurfs gilt.

Nach Abs. 4 kann im Falle der Verzögerung der Beitreibung jeder andere auf dieselbe Forderung Exekution führende Gläubiger den Antrag stellen, dass die Überweisung der Forderung an den säumigen Gläubiger aufgehoben und ein Kurator bestellt wird. Dieses Antragsrecht soll auch dem Verwalter eingeräumt werden. Nach herrschender Lehre (*Oberhammer in Angst/Oberhammer*, EO<sup>3</sup> § 310 Rz 13 (Stand 1.7.2015, rdb.at) und Rechtsprechung (RIS-Justiz RS0004198) hat auch die verpflichtete Partei ein Antragsrecht nach Abs. 4 dieser Bestimmung. Dies soll auch im Gesetz zum Ausdruck kommen.

**Zu Z 260 (§ 312 EO):**

§ 312 enthält Bestimmungen über die Zahlung des Drittschuldners. Die Absätze 2 und 3 werden wegen des inhaltlichen Zusammenhangs zu § 325 genommen.

**Zu Z 261 (§ 313 EO):**

Diese Bestimmung regelt die Befreiung des Drittschuldners von seiner Verbindlichkeit durch Zahlung an den betreibenden Gläubiger. Die Bestimmung ist um den Verwalter zu ergänzen.

**Zu Z 262 (§ 314 Abs. 1 EO):**

Die Regelung des § 304 Abs. 1 übernimmt der Entwurf in § 323 Abs. 2. Der Verweis war daher anzupassen.

**Zu Z 263 (§ 314 Abs. 3 EO):**

Die Stellung des Kurators entspricht der des Verwalters; daher ist auf diese Regelungen zu verweisen.

**Zu Z 264 (§ 315 EO):**

§ 315 regelt derzeit die Rechte des Kurators. Nach Abs. 1 erster Satz kommen dem Kurator alle Rechte zu, die durch das Gesetz dem betreibenden Gläubiger eingeräumt sind, dem eine Forderung zur Einziehung überwiesen wurde. Im zweiten Satz wird festgehalten, dass das Exekutionsgericht die Tätigkeit des Kurators zu überwachen hat und von Amts wegen oder infolge von Erinnerungen, die von den Gläubigern oder vom Verpflichteten gegen das Verhalten des Kurators vorgebracht werden, auf Abstellung wahrgenommener Verzögerungen oder anderer Mängel sowie auf tunlichst rasche Ausführung des erteilten Auftrages zu dringen hat.

Der Entwurf sieht in § 314 Abs. 3 vor, dass die Stellung des Kurators der des Verwalters entspricht; daher bedarf es der Regelung des ersten Satzes nicht mehr. Auch der zweite Satz kann entfallen, weil sich die Überwachung des Kurators durch das Gericht nunmehr aus dem Verweis auf die Bestimmungen zum Verwalter aus § 84 ergibt.

In Abs. 2 ist derzeit geregelt, dass die vom Drittschuldner bezahlten Beträge gerichtlich zu erlegen und nach den §§ 285 bis 287 mit der Maßgabe zu verteilen sind, dass die dem Kurator im Prozess gegen den Drittschuldner zugesprochenen Kosten zur Verteilungsmasse zu ziehen und die durch die Bestellung und

Tätigkeit des Kurators erwachsenden Kosten gleich den Kosten des Versteigerungsverfahrens vor allen anderen Forderungen zu berichtigen sind.

Der Entwurf behält diese Bestimmung im Wesentlichen bei. Allerdings soll zur Entlastung der Gerichte ein Erlag bei Gericht nicht mehr vorgesehen werden. Dies entspricht auch der Gesetzeslage im Insolvenzverfahren.

Die Verteilung richtet sich weiterhin nach den Regelungen der Fahrnisexekution, allerdings soll dem Verwalter die Erstellung des Verteilungsentwurfs und die Durchführung der Verteilung obliegen, wie sich aus § 87a ergibt – dies ist in dieser Bestimmung zu berücksichtigen.

Die durch die Bestellung und Tätigkeit des Kurators erwachsenden Kosten sind gleich den Kosten des Versteigerungsverfahrens vor allen anderen Forderungen zu berichtigen. Diese Bestimmung wird auf den Verwalter ausgedehnt. Die Berichtigung der Vergütung setzt aber voraus, dass diese auf seinen Antrag hin bestimmt wurde.

**Zu Z 265 (§§ 316 EO):**

Die Überweisung an Zahlungsstatt ist mangels Bedeutung in der Praxis zu streichen.

**Zu Z 266 und 267 (§ 317 Abs. 1 und 2 EO):**

§ 317 enthält Regelungen über eine anderweitige Verwertung, also eine Verwertung jenseits von Überweisung und Geltendmachung durch den Verwalter. An Stelle der Überweisung kann das Exekutionsgericht auf Antrag eines Gläubigers eine andere Art der Verwertung anordnen. Der Entwurf sieht vor, dass die anderweitige Verwertung dem Verwalter obliegt. Der Einleitungssatz in **Abs. 1** ist daher anzupassen.

Abs. 1 in der Fassung des Entwurfs sieht vor, dass die andere Art der Verwertung dem Verwalter obliegt. Dies soll auch gelten, wenn eine Forderung einem betreibenden Gläubiger überwiesen wurde und kein Verwalter bestellt ist. In diesem Fall soll es nach dem neu eingefügten Abs. 2 – wie der derzeitige Einleitungssatz des Abs. 1 festlegt – dem Gericht obliegen, auf Antrag des betreibenden Gläubigers eine andere Art der Verwertung anzuordnen. Legt das eine solche Verwertung fest, so hat es zugleich einen Verwalter zu bestellen.

Der derzeitige **Abs. 2** regelt die Einvernahme der Gläubiger sowie des Verpflichteten vor der Beschlussfassung über den Antrag des Gläubigers auf eine andere Art der Verwertung. Abs. 2 wird – wegen der Einfügung eines neuen Abs. 2 – als Abs. 3 übernommen.

**Zu Z 268 und 269 (§ 318 EO):**

Der Entwurf sieht in § 317 Abs. 1 vor, dass die anderweitige Verwertung dem Verwalter obliegt. Dies ist in Abs. 1 zu berücksichtigen.

§ 305 Abs. 1 wird aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs als § 323 Abs. 1 übernommen. Der Verweis ist daher anzupassen.

Nach § 87 Abs. 2 des Entwurfs hat das Exekutionsgericht bei der Verteilung des Erlöses aus der Verwertung nach den Bestimmungen über die Exekution auf bewegliche Sachen vorzugehen. Dieser Pauschalverweis ersetzt die jeweiligen Verweise in den Abschnitten, Abs. 2 ist daher zu streichen.

**Zu Z 270 bis 272 (§ 319 Abs. 1 EO):**

§ 319 enthält Regelungen über den Verkauf durch Versteigerung oder aus freier Hand. Der Einleitungssatz des Abs. 1 ordnet derzeit an, dass die Bewilligung zum Verkauf mittels öffentlicher Versteigerung nicht erteilt werden darf, wenn einer der folgenden Gründe gegeben ist. Der Entwurf sieht vor, dass die öffentliche Versteigerung dem Verwalter obliegt. Der Einleitungssatz war daher anzupassen.

Derzeit ist in § 321 geregelt, dass bürgerlich sichergestellte Forderungen nicht durch Verkauf mittels öffentlicher Versteigerung verwertet werden dürfen. **Z 7** übernimmt nun diese Regelung.

**Zu Z 273 (§ 319 Abs. 2 und 3 EO):**

Nach dem derzeitigen Abs. 2 kann die Bewilligung zum Verkauf der Forderung aus freier Hand nur erteilt werden, wenn dem Gericht vom betreibenden Gläubiger oder vom Verpflichteten ein Käufer namhaft gemacht wird, der sich bereit erklärt, die Forderung zu angemessenen Bedingungen zu übernehmen.

Da nach dem Entwurf die Versteigerung dem Verwalter obliegt, der auch ohne Bewilligung die Forderung verkaufen kann, bedarf es dieser Einschränkung nicht mehr.

Derzeit bestimmt Abs. 3 die Anwendbarkeit der §§ 334 bis 339, sofern die Zwangsverwaltung von Forderungen bewilligt wird. Die Bestimmungen der §§ 334 bis 339 werden in § 331 übernommen (siehe dazu die Erläuterungen zu § 331). Der Entwurf übernimmt diese Regelung als Abs. 2 mit entsprechend

angepasstem Verweis und berücksichtigt dabei, dass der Verwalter eine andere Art der Verwertung festlegen kann; hierzu bedarf er keiner Bewilligung des Gerichts. Gegen die Festlegung können die Parteien aber Beschwerde nach § 84 in der Fassung des Entwurfs erheben.

**Zu Z 274 (§ 319a EO):**

§ 319a regelt die Verwertung der Forderung aus einer Sparurkunde und wird aufgrund des inhaltlichen Zusammenhangs als § 324 übernommen.

**Zu Z 275 und 276 (§ 320 EO):**

§ 320 enthält besondere Bestimmungen über die Exekution auf bürgerlich sichergestellte Forderungen. Nach Abs. 2 schließt der Antrag auf Bewilligung der Pfändung einer bürgerlich sichergestellten Forderung den Antrag auf Bewilligung der bürgerlichen Pfandrechtsinverleibung in sich. Dieser Satz ist zu streichen, weil es nach dem Entwurf nicht mehr eines Antrags auf Bewilligung der Pfändung und Überweisung bedarf. Die Exekutionsschritte ergeben sich aus der EO.

Weiters berücksichtigt der Entwurf den Fall, dass ein Verwalter bestellt ist: ihm soll die Antragstellung auf Einverleibung des Pfandrechts obliegen. Im Grundbuch ist nicht nur die Exekutionsbewilligung, sondern auch der Verwalter anzumerken.

Ist kein Verwalter bestellt, so ist – weiterhin wie derzeit – die Überweisung zur Einziehung an den betreibenden Gläubiger im Grundbuch anzumerken.

Derzeit ordnet § 322 Abs. 2 an, dass der betreibende Gläubiger, dem die Forderung überwiesen wurde, neben den in § 308 angeführten Berechtigungen die Befugnis hat, die bürgerliche Anmerkung der Aufkündigung und der Hypothekarklage zu erwirken und alle Erklärungen namens des Verpflichteten abzugeben, welche zur bürgerlichen Löschung des für die überwiesene Forderung einverleibten Pfandrechts erforderlich sind. Diese Bestimmung wird als Abs. 5 übernommen und um den Verwalter ergänzt.

§ 323 regelt derzeit die amtswegige Löschung der Anmerkung der Überweisung. Diese Bestimmung wird unverändert als Abs. 6 übernommen und ebenfalls um den Verwalter ergänzt, falls dieser auf die Einziehung verzichtet.

**Zu Z 277 (§§ 321 bis 324 EO):**

Derzeit sind die Bestimmungen über den Zugriff auf Forderungen aus Papieren in der EO verstreut zu finden. Es ist zweckmäßig, diese zusammenzufassen. Der Entwurf schlägt vor, dies in den §§ 321 bis 324 zu regeln.

**Zu § 321 EO:**

Der derzeitige § 321 über die Verwertung einer bürgerlich sichergestellten Forderung wird als § 319 Abs. 1 Z 7 übernommen.

§ 296 regelt derzeit die Pfändung von Forderungen aus indossablen Papieren sowie solchen, deren Geltendmachung an den Besitz des über die Forderung errichteten Papiers gebunden ist. Der nunmehrige § 321 übernimmt diese Regelung des § 296. In Abs. 1 entfallen allerdings die Worte „zufolge Auftrags des Exekutionsgerichts“, weil es keines ausdrücklichen Auftrags bedarf. Der Vollzugsauftrag umfasst auch die Pfändung.

Ist ein Verwalter bestellt und will er – im Rahmen des erweiterten Exekutionspakets – auf Forderungen aus Papieren greifen, so hat er wie ein Vollstreckungsorgan vorzugehen und die Papiere an sich zu nehmen. Der Verwalter hat nämlich nach § 81 Abs. 1 die Befugnisse eines Vollstreckungsorgans. Er soll aber nicht verpflichtet sein, die Papiere bei Gericht zu erlegen. Dies ergibt sich aus § 81 Abs. 6.

**Zu § 322 EO:**

§ 322 enthält Sonderbestimmungen für bei Gericht erliegende Papiere und übernimmt die Regelung des § 297. Die Bestimmung wird um den Verwalter ergänzt. Weiters sieht der Entwurf keine Notwendigkeit der Ermächtigung des Exekutionsgerichts vor, weil der Gerichtsvollzieher – wie der Verwalter – auch ohne Ermächtigung des Exekutionsgerichts diese Handlungen vornehmen können soll. Dies entspricht der Erweiterung des Aufgabenkreises des Gerichtsvollziehers, die zu einer – von der Praxis gut angenommenen – Straffung und Entschlackung des Fahrnisexekutionsverfahrens geführt hat.

Die Abs. 2 und 3 werden zu einem Absatz zusammengefasst, um auszudrücken, dass die Bestellung eines Kurators nur dann notwendig ist, wenn im Exekutionsverfahren kein Verwalter bestellt worden ist.

**Zu § 323 EO:**

§ 321 enthält Regelungen über die Überweisung von Forderungen aus indossablen Papieren sowie solchen, deren Geltendmachung sonst an den Besitz des über die Forderung errichteten Papiers gebunden ist, an

Zahlungsstatt. Da dieses Exekutionsmittel mangels praktischer Bedeutung nicht mehr zur Verfügung stehen soll, wird § 324 gestrichen.

Der Entwurf übernimmt in Abs. 1 die Regelung aus § 305 Abs. 1, wonach die Überweisung durch Übergabe des Papiers erfolgt.

In Abs. 2 wird die Regelung des § 304 Abs. 1 übernommen, wonach die Überweisung nur im Gesamtbetrag der gepfändeten Forderung oder nach Sicherstellung zulässig ist.

Da es bei Bestellung eines Verwalters keiner Überweisung bedarf, wird § 323 nicht um den Verwalter ergänzt.

#### **Zu § 324 EO:**

§ 324 übernimmt die Bestimmung des § 319a Abs. 1, demzufolge die Forderung aus einer Sparkurkunde vom Vollstreckungsorgan einzuziehen ist. Der Gerichtsvollzieher hat jedoch keine Sicherheit zu leisten, wie sich aus dem Ausschluss des § 323 Abs. 2 ergibt. Da das Gesetz dem Gerichtsvollzieher die Befugnis zur Einziehung einräumt, bedarf es keiner Überweisung an ihn. Daher wird die derzeit in § 305 Abs. 1 letzter Satz enthaltene Bestimmung über die Wirkung der Übergabe einer Sparurkunde nicht übernommen.

Die Bestimmung gilt nur bei einer Einziehung durch einen Gerichtsvollzieher. Der Verwalter wird nicht erwähnt; bereits aus §§ 81 und 303 ergibt sich, dass er zur Einziehung von Forderungen befugt ist.

Eine Überweisung der gepfändeten verbrieften Forderung kommt auch in Betracht, allerdings – wie derzeit – nur bei Scheitern der Einziehung durch den Gerichtsvollzieher, wie Abs. 2 bestimmt. Zur Einklagung der Forderung ist der Gerichtsvollzieher – wie derzeit – nicht berechtigt.

Wenn ein Verwalter bestellt ist, ist eine amtswegige Überweisung der Forderung zur Einziehung an den betreibenden Gläubiger nicht zielführend. Abs. 2 wird daher auf jene Fälle beschränkt, in denen kein Verwalter bestellt ist. Auf Antrag des betreibenden Gläubigers kann die Forderung dem Verwalter vom Gericht zur Einziehung überwiesen werden.

#### **Zu § 325 EO:**

Abs. 1 und 2 übernehmen die Regelung des § 312 Abs. 2 und 3 über die Zahlung des Drittschuldners. Gemäß Abs. 2 hat der betreibende Gläubiger das Mehrempfangene gegen Rückstellung der von ihm geleisteten Sicherheit entweder unmittelbar den bezugsberechtigten Pfandgläubigern auszufolgen oder zu Gericht zu erlegen oder dem Verpflichteten zu übergeben, soweit diesem wegen teilweiser Befreiung der Forderung von der Exekution ein Teil der Zahlung gebührt oder der eingegangene Betrag von niemand anderem in Anspruch genommen wird. Diese Regelung hat nur bei der Überweisung von Forderungen aus Papieren Bedeutung und ist daher wegen des inhaltlichen Zusammenhangs in § 325 zu übernehmen.

Ist ein Verwalter bestellt, so hat auch dieser das Mehrempfangene zurückzuzahlen. Es ist daher die Bestimmung um den Verwalter zu ergänzen. Der Passus „gegen Rückstellung der geleisteten Sicherheit“ bezieht sich jedoch nur auf den betreibenden Gläubiger, weil der Verwalter keine Sicherheit zu leisten hat.

Abs. 2 übernimmt § 312 Abs. 3.

#### **Zu § 326 EO:**

§ 326 legt den Anwendungsbereich für die Exekution auf Vermögensrechte fest, wie es der derzeitigen Gesetzeslage des § 331 Abs. 1 erster Satz entspricht. Der Anwendungsbereich wird dadurch zum Ausdruck gebracht, dass nur solche Exekutionsobjekte für das Verfahren in Frage kommen, die nicht von §§ 88 bis 325 erfasst sind. Damit ist die Regelung auch als Auffangtatbestand zu verstehen, der gewährleistet, dass zur Hereinbringung einer Geldforderung auf alle zur Befriedigung geeigneten Vermögensobjekte gegriffen werden kann.

Nach derzeitiger Rechtsprechung stellt die Befugnis eines Miteigentümers, Teilung der im gemeinsamen Eigentum stehenden Sache zu begehren, kein Vermögensrecht im Sinne der §§ 331 ff. dar und kann daher nicht nach dieser Gesetzesstelle einer Exekution unterzogen werden. Exekution auf Liegenschaftsanteile kann damit nur durch zwangsweise Pfandrechtsbegründung, Zwangsverwaltung oder Zwangsversteigerung geführt werden (RS0004202, 3 Ob 98/04i, 3 Ob 89/11a). Demgegenüber wird dem Insolvenzverwalter die Teilungsklage unter Hinweis darauf zugestanden, dass dieser in das Massevermögen betreffenden Angelegenheiten alle Rechte wahrnehmen kann, die sonst dem Schuldner zustehen (7 Ob 72/08a mwN). Da nun auch für die Exekution von Vermögensrechten ein Verwalter zu bestellen ist, kann diese auch auf den Teilungsanspruch des Miteigentümers einer Liegenschaft als selbständig pfändbares Recht ausgedehnt werden.

Abs. 2 zählt jene Rechte auf, die der Exekution entzogen sind. Die Aufzählung ist zwar taxativ, bedeutet aber nicht, dass etwa bei der Pfändung und Verwertung der Rechte aus einem Schrankfach die sich darin

befindlichen Sachen und Vermögensgegenstände jedenfalls pfändbar sind; die Unpfändbarkeitsbestimmungen der §§ 250 und 251 sind zu beachten.

Abs. 2 Z 1 übernimmt den Regelungsinhalt des derzeitigen § 330 über die Unpfändbarkeit des Anspruchs auf Aufteilung ehelichen Gebrauchsvermögens und ehelicher Ersparnisse. Aufgrund der selben Interessenlage ist zu ergänzen, dass auch der Anspruch auf Aufteilung des Gebrauchsvermögens und der Ersparnisse einer eingetragenen Partnerschaft (§§ 24 bis 39 Eingetragene Partnerschaft-Gesetz) unpfändbar ist.

Mit Abs. 2 Z 2 wird klargestellt, dass die Verwertbarkeit eines Rechts im Exekutionsweg voraussetzt, dass das Recht übertragen werden kann. So ist etwa für Gesellschaftsanteile an Personengesellschaften weiterhin § 124 Abs. 3 UGB zu beachten, wonach Ansprüche des Gesellschafters gegen die Gesellschaft oder die Gesellschafter weder übertragbar noch pfändbar sind. Damit ist die exekutive Pfändung eines OG- oder KG-Anteils im Ganzen nur möglich, wenn sie im Gesellschaftsvertrag vorgesehen ist oder sämtliche anderen Gesellschafter zustimmen. Ausgenommen sind das Geschäftsführungsentgelt, soweit Befriedigung vor der Auseinandersetzung verlangt werden kann, der Gewinnanteil und das Auseinandersetzungsguthaben. Mit der Pfändung grundsätzlich nicht verbunden sind aber das Stimmrecht, Bucheinsichtsrecht oder sonstige Informationsrechte.

Auch Anteile an ausländischen Gesellschaften können im Exekutionsweg verwertet werden, sofern sie im Inland belegen sind, etwa weil alle Beteiligten (Schuldner, Mitgesellschafter, die betroffene Gesellschaft als Drittschuldner) ihren Wohnsitz bzw. ihre Zweigniederlassung im Inland haben. Dabei werden jene Vorschriften anzuwenden sein, die ihrem Inhalt nach die Rechtsnatur und Struktur der ausländischen Gesellschaft am ehesten erfassen (s. BGH, Beschluss vom 3.4.2019 – VII ZB 24/17).

Auch die dem Stifter gegenüber der Privatstiftung zustehenden Gesamtrechte unterliegen ungeachtet des § 3 Abs. 3 PSG nach den von der Rechtsprechung entwickelten Kriterien weiterhin der Exekution (RIS-Justiz RS0120752).

Abs. 2 Z 3 entspricht § 325 Abs. 4.

Abs. 2 Z 4 übernimmt modifiziert die derzeit in § 341 vorgesehene Unpfändbarkeitsregelung von handwerksmäßigen oder konzessionierten Gewerben. Es wird aber nicht mehr auf Gewerbe abgestellt, zumal grundsätzlich keine Rechtfertigung erkennbar ist, die Unpfändbarkeit auf solche Unternehmen einzuschränken. Der Pfändungsschutz soll entsprechend dem Normzweck – und wie bereits derzeit in der Rechtsprechung und Literatur vertreten wird (vgl. RPfLE 1988/91; *Oberhammer in Angst/Oberhammer EO*<sup>3</sup> § 331 Rz 97 mwN) – auf alle Unternehmen ausgeweitet werden, die derart durch die Person des Unternehmers geprägt sind, dass eine (ertragbringende) Verwaltung oder Verpachtung des Unternehmens ohne die persönliche Arbeitskraft des Unternehmers nicht möglich wäre. Vom Begriff Unternehmen sind auch Landwirtschaften umfasst, sodass sie nicht ausdrücklich erwähnt werden müssen. Nicht umfasst sind Unternehmen, deren Träger juristische Personen sind, weil für die Prägung des Unternehmens die persönliche Arbeitskraft des Unternehmers selbst, und nicht etwa eines angestellten Geschäftsführers (der einem Verwalter auch weiterhin zur Verfügung stehen kann), maßgeblich ist.

Die derzeitige Einschränkung der Unpfändbarkeit auf Gewerbe, die vom Gewerbeinhaber allein oder mit höchstens vier Hilfsarbeitern ausgeübt werden, wird nun als gesetzliche Vermutung für Kleinunternehmer übernommen. Dies erleichtert die Beurteilung, ob Unpfändbarkeit gegeben ist. Statt des Begriffs „Hilfsarbeiter“ soll jedoch auf den Arbeitnehmer abgestellt werden. Als Arbeitnehmer gilt hierbei eine Vollzeitkraft beziehungsweise die einer Vollzeitkraft entsprechende Anzahl an Teilzeitkräften.

Der Pfändungsschutz dieser Bestimmung deckt sich nicht mit der Unpfändbarkeitsbestimmung des § 250 Abs. 1 Z 2. Eine Angleichung ist nicht zweckmäßig, zumal ein Verlust der Erwerbsquelle des Verpflichteten, den § 250 verhindern will, einen wesentlich gravierenderen Eingriff in die Sphäre des Verpflichteten bedeutet als die Verwaltung seines Unternehmens, bei der ihm das Unternehmen mit allen Assets erhalten bleibt. Aus der Arbeitnehmergrenze des § 326 Abs. 2 Z 4 lässt sich daher nichts für die Definition des Kleinunternehmers nach § 250 Abs. 1 Z 2 gewinnen. Die darüber hinaus von der Rechtsprechung entwickelten Kriterien für die Einordnung als Kleinunternehmen nach § 250 Abs. 1 Z 2 (zB Umfang der Produktion, Umsatz, maschinelle Einrichtung, Anzahl und Größe der Betriebsräume: Näheres s. *Mohr in Mohr/Pimmer/Schneider, EO*<sup>16</sup> (2017) 415) können jedoch auch für die Einstufung als Kleinunternehmen oder Kleinlandwirtschaft nach § 326 Abs. 2 Z 4 herangezogen werden.

Abs. 3 der Regelung übernimmt § 325 Abs. 3. Künftig wird jedoch nicht mehr auf den rechtlichen Zusammenhang zwischen Geld- und Sachforderung abgestellt und damit Kongruenz zur Zusammenrechnung von Sachleistungen nach § 292 hergestellt. Nach *Frauenberger* ist § 325 Abs. 3 bereits nach geltender Rechtslage so zu verstehen, dass er die Anspruchsexekution auf alle Sachforderungen, die nicht der kombinierten Forderungsexekution gem § 292 unterliegen, beschränkt.

Darauf soll die Wortfolge „rechtlicher Zusammenhang“ hinweisen, ein weitergehender normativer Gehalt ist dieser Wendung nicht zu entnehmen, insbesondere ist es nicht notwendig, dass die Forderungen demselben Vertragsverhältnis entspringen (*Frauenberger* in *Burgstaller/Deixler-Hübner*, Exekutionsordnung § 325 Rz 1). Durch die Bestimmung soll eine mehrfache Exekutionsführung und die daraus für den Verpflichteten entstehende Kostenbelastung vermieden werden (vgl. auch ErläutRV 181 BlgNR 18. GP 48).

#### **Zu § 327 EO:**

Nach § 54 Abs. 1 Z 3 hat der Antrag auf Exekutionsbewilligung unter anderem die Bezeichnung der anzuwendenden Exekutionsmittel und bei Exekution auf das Vermögen die Bezeichnung der Vermögensteile, auf welche Exekution geführt werden soll, sowie des Ortes, wo sich dieselben befinden, und endlich alle jene Angaben, welche nach Beschaffenheit des Falles für die vom bewilligenden Gericht oder vom Exekutionsgerichte im Interesse der Exekutionsführung zu erlassenden Verfügungen von Wichtigkeit sind, zu enthalten. Dieser Angaben bedarf es nach dem Entwurf nicht, wenn der betreibende Gläubiger zur Hereinbringung einer Geldforderung die Exekution auf die beweglichen Sachen, auf die Forderungen oder auf die Vermögensrechte des Verpflichteten oder die Durchführung der Exekutionspakete beantragt.

Da der betreibende Gläubiger meist nicht oder nur ungenau darüber Bescheid weiß, welche Vermögensrechte der Verpflichtete hat, soll die Auswahl der Vermögensrechte, auf die im Exekutionsverfahren gegriffen werden soll, einem Verwalter obliegen. Daher wird der Grundsatz aufgestellt, dass die Exekution alle Vermögensrechte des Verpflichteten erfasst. Allerdings kann der betreibende Gläubiger die Exekution auch nur auf einzelne Vermögensrechte beantragen.

Das Exekutionsgericht hat einen Verwalter zu bestellen. Die Bestellung soll auch dann erfolgen, wenn der betreibende Gläubiger das Vermögensrecht, auf das im Exekutionsweg gegriffen werden soll, im Exekutionsantrag angibt, weil – anders als bei der Forderungsexekution – die Verwertung nicht dem Gläubiger überlassen werden kann. Daher soll keine Ausnahme von der Verwalterbestellung vorgesehen werden.

Aus § 79 ergibt sich, dass das Gericht hierfür einen Kostenvorschuss zu verlangen hat und dass der Verwalter erst nach dessen Erlag zu bestellen ist. Die Person des Verwalters hat die Anforderungen der §§ 80 ff. zu erfüllen; dessen Befugnisse ergeben sich aus §§ 81, 82 und § 329.

Zur Bestellung des Verwalters im Allgemeinen siehe die Erläuterungen im Allgemeinen Teil.

Die Pfändung der Vermögensrechte geschieht dadurch, dass dem Verpflichteten das Gebot zugestellt wird, sich jeder Verfügung über das Recht zu enthalten. Ist eine bestimmte Person zu Leistungen verpflichtet, so ist die Pfändung erst dann als bewirkt anzusehen, wenn dieser dritten Person das gerichtliche Verbot, an den Verpflichteten zu leisten, zugestellt wurde. Die zu pfändenden Vermögensrechte werden vom Verwalter ausgewählt; sie werden sich meist aus den Angaben des Verpflichteten, aber auch aus vom Verwalter durchgesehenen Geschäftsunterlagen ergeben. Hierbei ist es geboten, dass die Pfändung unverzüglich erfolgt. Es soll das Verfügungs- oder Drittverbot daher schon vom Gericht in der Exekutionsbewilligung erlassen – wie Abs. 2 festlegt – und dann konkretisiert vom Verwalter dem Verpflichteten oder dem Drittschuldner mitgeteilt oder zugestellt werden.

#### **Zu § 328 EO:**

Diese Bestimmung legt die Grundsätze für die Pfändung der Vermögensrechte fest. Diese braucht der betreibende Gläubiger in seinem Exekutionsantrag nicht zu nennen, der Verwalter hat sie – unter Mitwirkung des Verpflichteten – zu ermitteln. Wie nach der derzeitigen Gesetzeslage soll nach Abs. 1 die Pfändung grundsätzlich durch die Zustellung des Verfügungsverbots an die verpflichtete Partei bewirkt werden. Ist ein Drittschuldner vorhanden, soll jedoch – um den Gleichklang mit der Forderungsexekution herzustellen – nicht mehr (wie derzeit) auf die Zustellung beider Verbote, sondern nur noch auf die Zustellung des Leistungsverbots an den Dritten abgestellt werden. Bei verbücherten Rechten ist die Einverleibung im öffentlichen Buch maßgeblich. Die Verbote hat das Gericht zu erlassen (s. § 327 Abs. 2), die Zustellung obliegt zur Verfahrensbeschleunigung grundsätzlich dem Verwalter (Abs. 2). Auch der betreibende Gläubiger ist vom Verwalter über die Pfändung zu verständigen. Nur dann, wenn die zu pfändenden Vermögenswerte nicht vom Verwalter bestimmt werden, sind die Verbote sowie die Mitteilung an den betreibenden Gläubiger vom Gericht zuzustellen.

Verfügt der Verpflichtete über Vermögensrechte, bei deren Verwertung der Erlös die hereinzubringende Forderung übersteigt, so ist § 283 Abs. 4 zu beachten. Der Verwalter hat jene Vermögensrechte zur Pfändung und Verwertung auszuwählen, die die umfassendste und schnellste Befriedigung des betreibenden Gläubigers bringen, wobei auch auf die Wahrung der Interessen des Verpflichteten Bedacht zu nehmen ist, insbesondere inwieweit ihn der Verlust des Vermögensrechts beeinträchtigt (§ 27 Abs. 3).



Nach Abs. 1 letzter Satz der geltenden Fassung kann eine pfandweise Beschreibung des in Exekution gezogenen Rechts vorgenommen werden, insoweit es nach der Natur der Sache tunlich ist. Das soll bleiben, aber insoweit eingeschränkt werden, als nach Abs. 3 nicht mehr auf die Tunlichkeit, sondern auf die Erforderlichkeit abgestellt wird. Wenn sich das Vermögensrecht auf eine bereits bei der Pfändung (oder auch im Antrag) hinreichend individualisierte Sache oder ein solches Recht bezieht (zB Leasingobjekt), bedarf es in Zukunft keiner pfandweisen Beschreibung mehr. Sie ist nur geboten, wenn Unklarheiten über den Umfang der Vermögensrechte, insbesondere von Gesamtsachen, gegeben sind (s. auch die Sonderbestimmung für Schrankfächer in § 336 Abs. 3). Durch die pfandweise Beschreibung wird somit das Exekutionsobjekt konkretisiert. Festzuhalten ist, dass die pfandweise Beschreibung – wie auch im Fall des § 134 – nicht zur Begründung eines Pfandrechts führt, sondern lediglich der Beseitigung von Unklarheiten über den Umfang der in Exekution gezogenen Rechte dient und nach der Rechtsprechung auf den Rang des Pfandrechts an sich keine Auswirkung hat (vgl. RS0028107, 3 Ob 54/94).

Mit Abs. 4 soll die Frage des Ranges und der Entstehung des Pfändungspfandrechts geklärt werden, wenn es eines Zwischenschritts bedarf, um einen Erlös zu erzielen. Kann der Verpflichtete kraft des gepfändeten Rechts die Ausfolgung einer Vermögensmasse oder die Teilung derselben und die Ausscheidung des ihm gebührenden Anteils beanspruchen, so sind zwei Schritte geboten, die Geltendmachung des Rechts des Verpflichteten in dessen Namen einerseits und die Verwertung der dadurch hervorgekommenen Vermögenswerte andererseits, sofern sie nicht in einer Geldforderung bestehen (daher wird auch von einem zweistufigen Verwertungsverfahren gesprochen). Wie bereits derzeit in der Literatur vertreten (*Oberhammer* in *Angst/Oberhammer* EO<sup>3</sup> § 333 Rz 6 mwN), soll im Gesetz ausdrücklich festgelegt werden, dass nach der erfolgreichen Ausübung des Rechtes durch den Verwalter keine (neuerliche) Pfändung der hervorkommenden Aktiven erforderlich ist. Das Pfandrecht erfasst auch die durch die Auseinandersetzung oder Teilung des gepfändeten Rechts entstehenden Forderungen und Ansprüche oder daraus erlangte Sachen. Hat der Verwalter den Anspruch des Verpflichteten auf Herausgabe einer Sache gepfändet, so erstreckt sich das Pfandrecht auch auf die herausgegebene Sache. Der Pfandrang wird im Zeitpunkt der Zustellung des Verfügungsverbotes an die verpflichtete Partei oder bei einem Doppelverbot durch die Zustellung des Verbots an den Drittschuldner begründet und wirkt fort für die Befriedigung aus der Verwertung des freigewordenen Vermögens. Bei verbücherten Rechten ist die Einverleibung im öffentlichen Buch maßgeblich. Anwendungsfälle für diese erstreckte Wirkung des Pfandrechts sind insbesondere die Pfändung des Auseinandersetzungsguthabens bei Anteilen an Personengesellschaften, die Pfändung des Rechtes des Verpflichteten gegen die Bank auf Mitwirkung bei der Öffnung des Safes (diese begründet gleichzeitig den Pfandrang für die darin enthaltenen pfändbaren Gegenstände), die Pfändung des Anspruchs auf Herausgabe und Leistung von beweglichen Sachen und die Pfändung des Anwartschaftsrechts des Eigentumsvorbehaltskäufers.

#### **Zu § 329 EO:**

Derzeit hat das Exekutionsgericht bei Rechten, welche zur Ausfolgung einer Vermögensmasse oder zur Teilung derselben oder zur Ausscheidung eines Anteils berechtigen, den betreibenden Gläubiger auf Antrag zu ermächtigen, dieses Recht im Namen des Verpflichteten geltend zu machen. Die Bestellung eines Verwalters ermöglicht es, den betreibenden Gläubiger hievon zu entlasten. Es wird festgelegt, dass der Verwalter auch die Befugnisse hat, das Vermögensrecht geltend zu machen. Ist hiezu eine Teilung geboten, so steht ihm auch dieses Recht zu. Auch zur Einleitung des Auseinandersetzungsverfahrens und zur Kündigung ist er befugt.

Nach Geltendmachung des Rechts ist – wie § 333 derzeit bestimmt – das auf diese Weise herangezogene Vermögen nach Beschaffenheit seiner verschiedenen Bestandteile im Wege einer der in diesem Gesetz zugelassenen Exekutionsmittel zur Befriedigung des betreibenden Gläubigers zu verwenden. Für die Bewilligung dieser Exekutionen ist das Gericht zuständig, bei welchem der betreibende Gläubiger in erster Instanz den Antrag zu stellen hatte, ihn zur Geltendmachung des gepfändeten Rechtes zu ermächtigen. Dies bedeutet, dass die Verwertung des durch die Ausübung des Rechts freigewordenen Vermögens im Rahmen eines weiteren Exekutionsverfahrens zu verwerten ist; es bedarf derzeit somit eines neuerlichen Exekutionsantrags und einer neuerlichen Exekutionsbewilligung. Diese Vorgangsweise soll wesentlich vereinfacht werden, indem nach Abs. 2 die Verwertung dem Verwalter obliegt, ohne dass ein weiterer Exekutionsantrag oder eine erneute Exekutionsbewilligung nötig ist. Daher wird auch § 333 Abs. 2 letzter Satz über die Zuständigkeit des Exekutionsgerichts zur Bewilligung der Exekution nicht übernommen. Das Verfahren wird gestrafft; Zwischenschritte sind nicht mehr geboten.

Dem Verpflichteten wird in Abs. 3 untersagt, das gepfändete Recht zu kündigen, um zu verhindern, dass dadurch die Exekution vereitelt wird.

**Zu § 330 EO:**

Derzeit hat das Exekutionsgericht die Art der Verwertung des Rechts auf Antrag des betreibenden Gläubigers nach Einvernehmung des Verpflichteten und aller Gläubiger, zu deren Gunsten Pfändung erfolgte, zu bestimmen (§ 331 Abs. 2 geltende Fassung). Zukünftig soll die Exekution auf alle Vermögensrechte des Verpflichteten der Regelfall sein. In diesem Fall obliegen dem Verwalter nicht nur die Auswahl geeigneter Vermögensrechte, sondern auch die Bestimmung der Art der Verwertung und deren Durchführung. Auch bei deren Festlegung hat der Verwalter eine Interessenabwägung zwischen dem Interesse des betreibenden Gläubigers, die umfassendste und schnellste Befriedigung zu erlangen, und dem Interesse des Verpflichteten, in seinen Rechten nur soweit als nötig beeinträchtigt zu werden, vornehmen (§ 27 Abs. 3). Abs. 1 zählt jene Verwertungsarten demonstrativ auf, die für die Exekution auf Vermögensrechte in Betracht kommen und die bereits nach geltendem Recht anzuwenden sind.

Bei bestimmten Verwertungen, die einen weitreichenden Eingriff in die Sphäre des Verpflichteten oder Dritten bedeuten können, ist jedoch die Einholung einer gerichtlichen Genehmigung erforderlich, wie dies in § 112 bei der Zwangsverwaltung von Liegenschaften vorgesehen ist. Der Genehmigung des Gerichts bedürfen zum einen Geschäfte, die nicht zur ordentlichen Verwaltung eines Rechts gehören, wie etwa die Verpachtung eines Unternehmens oder die Verpachtung oder Veräußerung einer Liegenschaft, zum anderen Rechtshandlungen, die auf die Sphäre von unbeteiligten Dritten Einfluss haben, wie dies bei der Zwangsverwaltung oder dem Verkauf eines Gesellschaftsanteils oder der Kündigung eines Gesellschaftsverhältnisses der Fall sein könnte. Diese Geschäfte werden daher ausdrücklich und taxativ in Abs. 2 genannt.

**Zu § 331 EO:**

§ 334 Abs. 1 sieht derzeit die Anwendbarkeit der Zwangsverwaltung bei Rechten, die den wiederholten Bezug von Früchten oder eine andere zu Gunsten des betreibenden Gläubigers verwertbare Benützung beweglicher oder unbeweglicher Sachen gewähren, bei Gewerbeberechtigungen, bei Industrieprivilegien, bei Jagd- und Fischereirechten, bei Freischurfberechtigungen u.ä., vor. Diese Bestimmung soll im Wesentlichen beibehalten werden. Zukünftig sollen jedoch Gewerbeberechtigungen nicht mehr erwähnt werden, weil diese nur sehr vereinzelt einen von dem auf ihrer Grundlage betriebenen Unternehmen gesonderten Wert darstellen. Die Gewerbeordnung 1973 hat die radizierten Gewerbe abgeschafft und die Bedarfsbindung für Gewerbe stark reduziert; nur im Rahmen dieser Bedarfsbindung kann der Gewerbeberechtigter als solcher ein vom Unternehmen, das auf ihrer Grundlage betrieben wird, verschiedener Wert zukommen, der den möglichen Gegenstand einer Exekution durch Verwaltung (§ 334) oder Verpachtung (§ 340) rechtfertigen kann. Im Übrigen kann jedermann bei gegebenen Voraussetzungen, insbesondere der erforderlichen Befähigung, ohne zahlenmäßige Beschränkung Gewerbeberechtigungen erwerben.

Zudem soll künftig das Wort „Industrieprivilegien“ entfallen, zumal diese in der Praxis keine Bedeutung mehr haben. Dasselbe gilt für Freischurfberechtigungen. Die derzeit in § 334 Abs. 3 geregelte Verständigungspflicht des zuständigen „Revierbergamtes“ ist somit ebenfalls aufzuheben.

Abs. 2 erster Satz übernimmt § 334 Abs. 2; er verweist für die Durchführung der Verwaltung von Rechten auf die Bestimmungen über die Zwangsverwaltung von Liegenschaften.

Abs. 2 zweiter Satz entspricht im Wesentlichen § 337 der geltenden Fassung. Die Diktion wird an § 84 angepasst, der Begriff Erinnerungen durch den Begriff Beschwerden ersetzt.

Abs. 3 entspricht im Wesentlichen § 336. Die mittlerweile gegenstandslos gewordene Regelung, bei der Verwaltung einer dem Vater am Vermögen seines Kindes eingeräumten Fruchtnießung auch Leistungen für den standesgemäßen Unterhalt des Kindes zu berichtigen, soll allerdings nicht mehr erwähnt werden.

Abs. 4 übernimmt § 339 der geltenden Fassung. Die Bestimmung stellt klar, dass die Zwangsverwaltung mit dem Untergang des gepfändeten Rechts endet.

§ 335 wird nicht übernommen. Durch die Neuregelung der Zuständigkeiten kann diese Bestimmung entfallen.

**Zu § 332 EO:**

Diese Bestimmung übernimmt weitgehend den Inhalt des § 340 der geltenden Fassung. Abs. 1 entspricht im Wesentlichen dem derzeitigen Abs. 1. Entscheidend dafür, ob das Vermögensrecht zu verpachten ist, ist, ob hierbei unter Berücksichtigung der Kosten ein höherer Erlös als bei einer Zwangsverwaltung erzielt werden kann. Dies entspricht auch der derzeitigen Gesetzeslage, die auf die vorteilhaftere Verwertung abstellt. Dabei spielen die Kosten der Verwaltung eine große Rolle. Vorteilhaftigkeit kann daher auch bei niedrigen Verwaltungskosten gegeben sein; die Bestimmung wird daher offener formuliert.

Die Anordnung der Verpachtung durch das Gericht ist bei Bestellung eines Verwalters nicht mehr erforderlich, weshalb diese künftig entfällt.

Die Bestellung eines Verwalters bietet die Möglichkeit, von der derzeit in § 340 Abs. 2 vorgesehenen öffentlichen Versteigerung der Verpachtung an den Meistbietenden abzugehen und nur noch eine Verpachtung durch Vertrag („Freihandverpachtung“) vorzusehen. Es obliegt dem Verpächter, den Pachtvertrag zu entwerfen und Vertragsverhandlungen mit Pachtinteressenten zu führen. Durch die vertragliche Verpachtung kann auf die Bedürfnisse beider Vertragsparteien im Einzelfall besser eingegangen werden als durch die starren Vorgaben eines Versteigerungsverfahrens, wodurch die Verwertung erleichtert wird und ein höherer Erlös erzielt werden kann.

Nach Abs. 2 ist der Pachtvertrag spätestens 14 Tage vor dem Vertragsabschluss an den Gläubiger und den Verpflichteten zu übersenden, die dagegen Beschwerde an das Exekutionsgericht erheben können.

Derzeit ist nicht geregelt, ob die Säumnis des Pächters mit der Bezahlung des Pachtzinses zu einer Auflösung des Pachtverhältnisses führen kann. Nachdem der Zweck der Verpachtung aber gerade im Erhalt des Pachtzinses zur Befriedigung des Gläubigers besteht, soll dies in Abs. 3 nun gesetzlich klargestellt werden, auch wenn eine Kündigungsmöglichkeit bei der Verpachtung durch Vertrag zumeist ohnehin vereinbart werden wird.

#### **Zu § 333 EO:**

Derzeit sieht § 332 eine Subsidiarität des Verkaufs durch öffentliche Versteigerung in der Verwertung von anderen Vermögensrechten vor; der Verkauf durch öffentliche Versteigerung ist demnach nur zulässig, wenn eine andere Verwertungsart (Freihandverkauf, Verwaltung, Verpachtung, Vermietung) überhaupt nicht oder nur mit unverhältnismäßig großem Kostenaufwand ausführbar ist. Nach dem Entwurf wird die Entscheidung, welche Verwertungsart gewählt wird, grundsätzlich dem Verwalter überlassen, der nach § 27 Abs. 3 darauf Bedacht zu nehmen hat, für die umfassendste und schnellste Befriedigung des betreibenden Gläubigers zu sorgen sowie die Interessen des Schuldners zu wahren. Auch zukünftig soll die Versteigerung subsidiär zum Verkauf sein, weil bei diesem meist ein höherer Erlös erzielt wird, wie die Erfahrungen im Insolvenzverfahren zeigen (s § 119 IO). Überhaupt nicht dürfen nach herrschender Meinung wiederkehrende Leistungen durch Verkauf oder Versteigerung verwertet werden.

#### **Zu § 334 EO:**

Es ist möglich, dass ein Vermögensrecht den Anspruch des Verpflichteten auf Einverleibung des Eigentumsrechts an einer Liegenschaft umfasst. Denkbar ist dies etwa nach Geltendmachung der Befugnisse nach § 329 Abs. 1 durch den Verwalter – beispielsweise durch Teilungsklage – aber auch aufgrund eines Herausgabeanspruchs oder aus dem Gesamtrecht des Verpflichteten als Erben.

Die Verwertung von Liegenschaften soll dem Verwalter nur beschränkt übertragen werden. Auch bei unbeweglichen Sachen soll vor einer Versteigerung zunächst der Verkauf durch den Verwalter versucht werden, wenn dadurch ein höherer Erlös zu erwarten ist. Auf Antrag des Verwalters hat das Exekutionsgericht die Anmerkung der Exekutionsbewilligung, unter Angabe der Person des Verwalters und der betriebenen Forderung, im Grundbuch zu veranlassen, sobald der Verpflichtete außerbücherialich Eigentum erworben hat oder die Liegenschaft sowie die zur Einverleibung des Eigentumsrechts erforderlichen Urkunden an den Verwalter übergeben wurden. Durch die Anmerkung der Exekution im Grundbuch kann eine Rangwahrung für den betreibenden Gläubiger gewährleistet werden; § 138 gilt sinngemäß.

Die Vermögensrechte eines Erben, die dieser mit der Abgabe seiner Erbantrittserklärung erworben hat, bilden als Gesamtrecht ein taugliches Exekutionsobjekt. Einzelne Vermögensgegenstände können erst nach Einantwortung in Exekution gezogen werden. Ist das Eigentum der verpflichteten Partei als Erbe einer Liegenschaft noch nicht verbüchert, so kann der Erbengläubiger derzeit nur nach Verbücherung des Eigentumsrechtes verwerten (*Oberhammer in Angst/Oberhammer, EO<sup>3</sup> § 331 Rz 65*). Der Eigentumsübergang erfolgt jedoch schon mit Einantwortung. Die Verbücherung des Eigentums der verpflichteten Partei als Zwischenschritt vor der exekutiven Verwertung der Liegenschaft soll künftig nicht mehr erforderlich sein, wie dies derzeit etwa schon nach § 328 Abs. 2 für den Fall der Zwangsversteigerung einer Liegenschaft der Fall ist. Der Entfall dieses Zwischenschritts bedeutet eine finanzielle Entlastung des Verpflichteten und des betreibenden Gläubigers und trägt zu einer schnelleren Befriedigung des betreibenden Gläubigers bei.

In anderen Fällen – etwa bei Geltendmachung eines Herausgabeanspruchs des Verpflichteten durch den Verwalter – hat die Anmerkung zu erfolgen, sobald die Liegenschaft sowie die zur Einverleibung des Eigentumsrechts erforderlichen Urkunden tatsächlich an den Verwalter herausgegeben wurden.

Dem Verwalter wird für den Verkauf eine Frist von drei Monaten ab Übergabe der Liegenschaft an ihn oder ab Einantwortung eingeräumt. Wie bei einem Verkauf durch den Insolvenzverwalter soll auch hier die

Einverleibung des Eigentumsrechts des Käufers im Grundbuch durch Vorlage des Kaufvertrags, der Bestellungsurkunde des Verwalters und des Genehmigungsbeschlusses des Exekutionsgerichts, sowie allenfalls des Einantwortungsbeschlusses bewirkt werden können.

Gelingt der Verkauf innerhalb dieser Frist nicht, so hat der Verwalter den betreibenden Gläubiger vom Unterbleiben des Verkaufs zu verständigen. Sofern durch einen Verkauf kein höherer Erlös als bei einer Versteigerung zu erwarten ist, muss der Verwalter die Frist nicht abwarten, sondern kann den Gläubiger gleich verständigen.

Der betreibende Gläubiger hat sodann die Möglichkeit, innerhalb weiterer drei Monate ab Verständigung die Zwangsversteigerung oder Zwangsverwaltung der unbeweglichen Sache zu beantragen. Der Verwalter hat die unbewegliche Sache dem bestellten Zwangsverwalter oder dem Verpflichteten zu übergeben. Die bürgerliche Anmerkung nach § 334 Abs. 1 wird durch die Anmerkung der Zwangsverwaltung (§ 98 Abs. 1) oder die Anmerkung der Zwangsversteigerung (§ 137 Abs. 1) rangwährend ersetzt.

Unterbleibt ein Verkauf und beantragt der betreibende Gläubiger nicht fristgerecht die Zwangsverwaltung oder Zwangsversteigerung der Liegenschaft, so hat der Verwalter die unbewegliche Sache dem Verpflichteten zu überlassen und von deren Verwertung abzusehen.

Die Anmerkung im Grundbuch ist nach Verwertung der Liegenschaft durch Verkauf auf Antrag des Käufers, bei Absehen von der Verwertung und Überlassung der Liegenschaft an den Verpflichteten auf dessen Antrag zu löschen. Wird das Exekutionsverfahren eingestellt, so erfolgt die Löschung der Anmerkung von amtswegen.

Die Bestimmung gilt für die Verwertung von Superädifikate sinngemäß.

#### **Zu § 335 EO:**

Nach herrschender Meinung ist das Anwartschaftsrecht des Vorbehaltskäufers als Gesamtrecht, das sich aus dem aufschiebend bedingten Eigentum und dem Gestaltungsrecht auf Erwerb des Eigentums durch Zahlung des (Rest-)Kaufpreises zusammensetzt, Exekutionsobjekt (*Oberhammer in Angst/Oberhammer*, EO<sup>3</sup> § 331 Rz 52 mwN). Die Pfändung eines Anwartschaftsrechts wird durch Zustellung des Verfügungsverbots an die verpflichtete Partei (Anwartschaftsberechtigter) bewirkt. Eines Leistungsverbot an den Vorbehalts Eigentümer bedarf es derzeit nicht.

Die „Verwertung“ erfolgt derzeit durch Ermächtigung des betreibenden Gläubigers zur Zahlung des Restkaufpreises. Durch die Zahlung wird dem Verpflichteten Eigentum verschafft. Da der Entwurf bei der Exekution auf Vermögensrechte die Bestellung eines Verwalters vorschlägt, kann von der Ermächtigung abgesehen werden. Es ist Aufgabe des Verwalters, für die Zahlung des Restkaufpreises zu sorgen: entweder zahlt er den Restkaufpreis selbst, nachdem ihm der erforderliche Betrag vom betreibenden Gläubiger zur Verfügung gestellt wurde, oder er veranlasst die Zahlung durch den betreibenden Gläubiger.

Der bezahlte Restkaufpreis gehört zu den weiteren Exekutionskosten; er ist vom Gericht als solche zu bestimmen.

Durch die Zahlung erwirbt der betreibende Gläubiger ein Pfandrecht an der Sache selbst, welches denselben Rang hat wie sein Anwartschaftsrecht (s. auch § 328 Abs. 4). Die Verwertung der Sache obliegt dem Verwalter. Sie richtet sich nach der Bestimmung des § 333, die eine Subsidiarität des Verkaufs durch öffentliche Versteigerung gegenüber dem Freihandverkauf vorsieht.

Bislang hinderte die Pfändung den Verkäufer nicht, seine vertraglichen Rechte bei Zahlungsverzug des Käufers auszuüben (*Oberhammer in Angst/Oberhammer*, EO<sup>3</sup> § 331 Rz 54 mwN). Mit Abs. 3 soll nun (vorübergehend) verhindert werden, dass die Exekution durch einen Rücktritt des Verkäufers vereitelt wird. Ein kurzfristiges Zuwarten von 14 Tagen ist dem Verkäufer zuzumuten. Im Sinne eines Interessenausgleichs soll – nach dem Vorbild des § 11 Abs. 2 IO – ein sofortiger Rücktritt dann zulässig sein, wenn dieser zur Abwendung schwerer persönlicher oder wirtschaftlicher Nachteile des Vorbehaltsverkäufers unerlässlich ist.

#### **Zu § 336 EO:**

Diese Bestimmung enthält ergänzende Regelungen für die Rechte aus einem typischen Schrankfachvertrag. Charakteristisch hierfür ist, dass die Öffnung des Schrankfachs der Mitwirkung der verpflichteten Partei bedarf. Es sind also die Rechte des Verpflichteten gegenüber der Bank aus dem abgeschlossenen Schrankfachvertrag zu pfänden. Ist die Bank bereit, die Exekution in den Inhalt des Schrankfachs zu dulden (dies wird insbesondere dann der Fall sein, wenn die Bank selbst betreibende Gläubigerin ist), so kann der Inhalt im Rahmen der Fahrnisexekution gepfändet werden.

Die Pfändung der Rechte aus einem Schrankfachvertrag wird durch Doppelverbot bewirkt; sie umfasst auch das Recht des Verpflichteten gegen die Bank auf Mitwirkung bei der Öffnung des Safes. Der Verwalter ist

gegenüber der Bank zu all dem berechtigt, zu dem zuvor der Verpflichtete berechtigt war. In Ergänzung zu § 27a konkretisiert Abs. 1 die Mitwirkungspflicht für Rechte aus einem Schrankfachvertrag. Im Rahmen der Mitwirkungspflicht hat der Verpflichtete dem Verwalter den Safeschlüssel zu überlassen oder ihm das Lösungswort mitzuteilen. Dies kann nach § 27a durchgesetzt werden. Weigert sich der Verpflichtete, den Safeschlüssel herauszugeben, so kann das Gericht auch anordnen, dass der Gerichtsvollzieher ihm diesen abnimmt (§ 26). Wenn diese Vorgangsweise nicht möglich ist, weil etwa der Verpflichtete die Schlüssel nicht herausgibt oder die Öffnung des Schrankfaches die Kenntnis eines Lösungswortes voraussetzt, das der Verpflichtete bekannt zu geben nicht bereit ist, ist nach § 354, dh also mit Zwangsstrafen zur Durchsetzung dieser insofern unvertretbaren Handlungen vorzugehen. Zudem kann der Verwalter verlangen, dass er von der Bank so behandelt wird, als wären Schlüssel oder etwaige Urkunden verloren oder das Lösungswort vergessen worden. Sofern der Verpflichtete in diesem Fall die gewaltsame Öffnung des Safes, verbunden mit der Änderung des Schlosses und der Anfertigung neuer Schlüssel verlangen kann, steht dieses Recht (bei Bevorschussung der Kosten durch die betreibende Partei) auch dem Verwalter zu. Die gewaltsame Öffnung hat durch die Bank im Beisein des Verwalters zu erfolgen, der die pfandweise Beschreibung vorzunehmen und die pfändbaren Gegenstände in Verwahrung zu nehmen hat. Sollte sich die Bank weigern, an der gewaltsamen Öffnung mitzuwirken, müsste sie vom Verwalter geklagt werden (§ 329 Abs. 1). Anders als derzeit soll jedoch ein klagsstattgebendes Urteil nicht mehr mit einer gesonderten Exekution gegen die Bank durchgesetzt werden müssen. Liegt ein klagsstattgebendes Urteil vor, das die Bank zur Duldung der gewaltsamen Öffnung des Schrankfaches verpflichtet, soll das Gericht die Öffnung auf Antrag des Verwalters unter Beiziehung eines Vollstreckungsorgans anordnen können, ohne dass es einer weiteren Exekutionsbewilligung bedarf (vgl. auch § 329 Abs. 2).

Die Kosten für die Öffnung des Banksafes sind in Anlehnung an § 26a vom betreibenden Gläubiger vorzustrecken und als Exekutionskosten geltend zu machen.

Das Pfandrecht an den Rechten aus dem Schrankfachvertrag erfasst auch – soweit diese pfändbar sind – die durch die Verwertung des gepfändeten Rechts hervorkommenden Sachen (siehe auch § 328 Abs. 4 in der Fassung des Entwurfs). Der Inhalt des Schrankfaches ist pfandweise zu beschreiben. Der Verwalter trifft nach Sichtung der Gegenstände die Entscheidung, ob und welche Gegenstände in welcher Form verwertet werden sollen.

#### **Zu § 337 EO:**

In Abs. 1 werden weitgehend die Bestimmungen der derzeitigen §§ 325 Abs. 1 und 2 übernommen, die die Pfändung von Herausgabeansprüchen auf bewegliche und unbewegliche körperliche Sachen regeln.

Anstatt der Herausgabe an die Vollstreckungsorgane ist nun jene an den Verwalter vorgesehen. Weigert sich der Drittschuldner, die Sache herauszugeben, so kann der Verwalter mit Drittschuldnerklage gegen ihn vorgehen. Auch die Verwertung ist vom Verwalter vorzunehmen. Aufgrund der neuen Zuständigkeitsregeln kann auf die Übernahme der bisherigen Regelungen über den sprengelübergreifenden Vollzug (§ 327 Abs. 3) verzichtet werden.

Wie sich aus § 87 Abs. 2 ergibt, hat die Verteilung des Verkaufserlöses aus der Verwertung herausgegebener beweglicher Sachen nach den Bestimmungen §§ 283 bis 287 zu erfolgen. Damit wird im Wesentlichen § 327 Abs. 4 übernommen. Für die Verwertung unbeweglicher Sachen gilt § 334 in der neuen Fassung. § 326 wird nicht übernommen, weil es die Überweisung an Zahlungsstatt nicht mehr gibt.

Die Sondervorschriften über die Exekution auf Ansprüche auf Herausgabe von unbeweglichen Sachen, die bisher in § 328 enthalten waren, wurden in §§ 334, 337 Abs. 1 neu gefasst.

In Abs. 3 wird der Inhalt des derzeitigen § 329 übernommen. Es wird aber vorgesehen, dass kein Verwahrer zu bestellen, sondern die Sache an den Verwalter zu übergeben ist, wenn sie sich nicht zum gerichtlichen Erlag eignet.

#### **Zu § 338 EO:**

##### **Zu Abs. 1:**

Nach geltender Rechtslage kommt dem Privatgläubiger eines Gesellschafters einer GesbR, OG, KG, stillen Gesellschaft oder EWIV ein besonderes Recht zur Aufkündigung der Gesellschaft – sechs Monate vor dem Ende des Geschäftsjahres für diesen Zeitpunkt – zu (§§ 135, 161 Abs. 2, § 184 Abs. 1 UGB, § 1212 ABGB, § 10 EWIVG). Voraussetzung ist die nach erfolgloser Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen des Gesellschafters erwirkte Pfändung und Überweisung des Auseinandersetzungsanspruchs aufgrund eines nicht bloß vorläufig vollstreckbaren Titels. Dies ermöglicht es dem Gläubiger, auf die in der Gesellschaft gebundenen Vermögenswerte des Gesellschafters zu greifen.

Diese Kündigungsmöglichkeit wird nun in § 338 Abs. 1 in die EO übernommen. Das Kündigungsrecht des Verwalters geht damit über das eigene Kündigungsrecht des Gesellschafters hinaus – da es dem Verwalter

auch bei befristeten Gesellschaften oder auch dann zusteht, wenn der Gesellschaftsvertrag eine längere Frist vorsehen würde – und erleichtert damit den Zugriff auf das im Gesellschaftsanteil gebundene Vermögen des Schuldners.

Da nach dem Entwurf der Verwalter für die Verwertung von Gesellschaftsanteilen verantwortlich ist, kann auf die derzeitigen besonderen Voraussetzungen der Privatgläubigerkündigung verzichtet werden. Der Verwalter hat nach § 27 Abs. 3 für die umfassendste und schnellste Befriedigung des betreibenden Gläubigers zu sorgen, dabei aber auch auf die Wahrung der Interessen des Schuldners Bedacht zu nehmen. Das Erfordernis, dass innerhalb der letzten sechs Monate vergeblich versucht wurde, Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen des Gesellschafters zu führen, kann daher entfallen.

Ebenso wird nicht mehr auf das Vorhandensein eines „nicht bloß vorläufig vollstreckbaren Schuldtitels“ abgestellt. Dieser Begriff entstammt der deutschen Rechtsprache und meint dort einen Schuldtitel, der mit ordentlichen Rechtsmitteln nicht mehr anfechtbar ist. Auf österreichische Verhältnisse umgelegt bedeutet das, dass ein Exekutionstitel nicht ausreichend ist, wenn dieser vor Rechtskraft vollstreckbar ist (*Jabornegg/Artmann in Jabornegg/Artmann UGB<sup>2</sup>, § 135 Rz 14 mwN*). Solche Exekutionsverfahren kommen in Österreich in der Praxis sehr selten vor. Unzureichend wäre auch künftig eine bloße Exekution zur Sicherstellung iSd §§ 370ff., weil die Kündigung Teil der Verwertung ist (s. auch die Erläuterungen zu § 374).

Die Pfändung des Auseinandersetzungsanspruches bleibt jedoch als Zulässigkeitsersfordernis erhalten. Der Inhalt, die Form und die Adressaten der Kündigung richten sich nach den allgemeinen Bestimmungen zur Gesellschafterkündigung; besondere Formerfordernisse bestehen nicht.

#### **Zu Abs. 2:**

In Abs. 2 wurde das Kündigungsrecht des Privatgläubigers eines Genossenschafters in die EO übernommen. Nach § 59 GenG kann der Privatgläubiger eines Genossenschafters, der nach fruchtlos vollstreckter Exekution in dessen Privatvermögen die Exekution in das demselben für den Fall seines Ausscheidens aus der Genossenschaft zukommende Guthaben erwirkte – unabhängig davon, ob die Genossenschaft auf bestimmte oder unbestimmte Zeit eingegangen wurde – nach von ihm zuvor geschehener Kündigung, das Ausscheiden des Genossenschafters verlangen.

Derzeit ist strittig, ob das in § 59 GenG geregelte Kündigungsrecht des Privatgläubigers zu dessen Befriedigung aus dem Auseinandersetzungsguthaben nur für die Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung oder auch für die Genossenschaft mit beschränkter Haftung gilt. Während nach der Rsp auch bei der GenmbH ein Kündigungsrecht nach § 59 zugestanden wurde, wurde dies von Teilen der Lehre unter Hinweis auf die Möglichkeit des Privatgläubigers eines Genossenschafters einer GenmbH, die Geschäftsanteile des Schuldners pfänden zu lassen, bestritten. Bei der Verwertung sollte in diesem Fall wegen des Zustimmungsvorbehalts nach § 83 GenG zur Übertragung der Geschäftsanteile § 76 Abs. 4 GmbHG angewendet werden. Daneben könne nach § 333 EO der Gläubiger ermächtigt werden, das Kündigungsrecht des Genossenschafters auszuüben (s. *Dellinger in Dellinger/Steinböck, GenG § 59 Rz 1 und § 77 Rz 18 mit zur hL abweichender Meinung*).

In der Neufassung der Bestimmung in Abs. 2 wird keine Unterscheidung zwischen Genossenschaften mit beschränkter und unbeschränkter Haftung getroffen, wodurch nun klargestellt wird, dass das besondere Kündigungsrecht in beiden Fällen anzuwenden ist.

Auch die Kündigung einzelner Geschäftsanteile ist möglich, falls es zur Befriedigung des Gläubigers nicht der Verwertung sämtlicher Auseinandersetzungsguthaben bedarf (*Dellinger aaO, § 59 Rz 3*).

#### **Zu § 339 EO:**

§ 76 Abs. 4 GmbHG enthält derzeit eine Sonderbestimmung für die Verwertung von Gesellschaftsanteilen, deren Übertragung an die Zustimmung der Gesellschaft gebunden ist. Bei dieser hat das Gericht auch die Gesellschaft und alle Gläubiger, die bis dahin die Pfändung des Geschäftsanteils erwirkt haben, von der Bewilligung des Verkaufs unter Bekanntgabe des Schätzwertes zu benachrichtigen. Die Schätzung kann gemäß Abs. 4 Satz 2 unterbleiben, wenn zwischen dem betreibenden Gläubiger, dem Verpflichteten und der Gesellschaft eine Einigung über den Übernahmepreis zustande kommt. Verstreicht die Frist ungenutzt, so ist ein Verkauf nach den Bestimmungen der EO möglich, ohne dass es der Zustimmung der Gesellschaft bedürfte. Eine gleichartige Regelung sieht § 62 Abs. 4 AktG bei vinkulierten Aktien vor.

In § 339 Abs. 1 sollen nun die derzeitigen Bestimmungen des § 76 Abs. 4 GmbHG und § 62 Abs. 4 AktG zu einer Sonderregelung zur exekutiven Verwertung vinkulierter Gesellschaftsanteile von Kapitalgesellschaften zusammengeführt werden. In Rechtsprechung (3 Ob 223/11g mwN) und Lehre wurde überwiegend befürwortet, § 76 Abs. 4 GmbHG auf den Fall eines in der Satzung normierten Zustimmungsrechts eines Gesellschafters analog anzuwenden. Zumindest wenn das Zustimmungsrecht allen Gesellschaftern eingeräumt wurde, besteht eine gleiche Interessenlage mit jener der Gesellschaft

darin, dass den Gesellschaftern nicht ein unerwünschter neuer Gesellschafter aufgedrängt werden soll. Es soll daher die Regelung auf den nach der Satzung zustimmungsberechtigten Gesellschafter ausgedehnt werden. Zustimmungsrechte, die nicht bereits in der Satzung oder dem Gesellschaftsvertrag eingeräumt werden, haben keine Drittwirkung. Die Regelung soll nicht zum Umkehrschluss führen, dass auch die Zustimmung Dritter gültig und zu beachten wäre; dies wäre nur bei auf einer Liegenschaft eingetragenen Veräußerungs- und Belastungsverboten der Fall.

Von der Pfändung eines vinkulierten Gesellschaftsanteils einer Kapitalgesellschaft sind daher künftig die Gesellschaft (oder ein nach der Satzung zustimmungsberechtigter Gesellschafter) sowie alle Gläubiger, die bis dahin die Pfändung des Gesellschaftsanteils erwirkt haben, zu benachrichtigen. Gleichzeitig ist ihnen der Schätzwert bekannt zu geben. Die Schätzung kann wie derzeit unterbleiben, wenn der Gesellschaftsanteil einen Börsenpreis hat oder zwischen dem betreibenden Gläubiger, dem Verpflichteten und der Gesellschaft (oder dem zustimmungsberechtigten Gesellschafter) eine Einigung über den Übernahmepreis zustande kommt. Kann der Anteil nicht innerhalb von zwei Monaten an einen von der Gesellschaft (oder dem zustimmungsberechtigten Gesellschafter) zugelassenen Käufer zum Schätzwert verkauft werden, so kann der Verkauf ohne Zustimmung erfolgen. Mit dieser Regelung wird sichergestellt, dass der Gesellschaft (oder dem zustimmungsberechtigten Gesellschafter) kein unerwünschter neuer Gesellschafter aufgedrängt wird, der betreibende Gläubiger aber zumindest den Schätzwert erhält.

Hat der Verpflichtete als Gesellschafter das Recht, den Gesellschaftsvertrag zu kündigen, so steht auch dem Verwalter – unabhängig von der besonderen Kündigungsmöglichkeit des § 339 Abs. 1 – dieses Kündigungsrecht zur Verfügung. Für den exekutiven Verkauf eines Geschäftsanteils einer GmbH ist die Errichtung eines Notariatsaktes nicht erforderlich (RS0002208, 3 Ob 451/51).

Die Unzulässigkeit der Verwaltung von GmbH-Anteilen wurde bisher aus § 76 Abs. 4 GmbHG abgeleitet, war aber umstritten. Es ist jedoch zweckmäßig, auch die Verwaltung und Verpachtung von Gesellschaftsanteilen an Kapitalgesellschaften zuzulassen, etwa wenn diese mit ständigen Bezugsrechten verknüpft sind, sodass eine Veräußerung für den betreibenden Gläubiger nachteiliger wäre. Da nach der Verwaltung die Gesellschafterstruktur wiederhergestellt wird, kann diese unter Umständen auch dem Zweck der Vinkulierung besser gerecht werden. Vor Bestellung des Zwangsverwalters ist der Zustimmungsberechtigte einzuvernehmen. Damit erhält er die Möglichkeit, Vorschläge für aus seiner Sicht geeignete Zwangsverwalter zu erstatten; die Auswahl liegt jedoch im Ermessen des Gerichts. Die Vorlage eines Dreivorschlages, aus dem das Gericht dann im Regelfall einen Zwangsverwalter bestellt, könnte sich in der Praxis – ähnlich wie bei der Bestellung eines Prüfers nach § 3 Abs. 2 GesAusG – als zweckmäßig erweisen.

Im neuen Abs. 3 soll nun klargestellt werden, dass auch Aufgriffsrechte anderer Gesellschafter bei der Verwertung von Gesellschaftsanteilen zu berücksichtigen sind. Durch ein Aufgriffsrecht eines Gesellschafters soll nicht der Verkauf des Gesellschaftsanteils verhindert, sondern nur der Verkauf an gesellschaftsfremde Personen erschwert werden. Auch damit soll die Kontrolle über den künftigen Gesellschaftsbestand gesichert werden. Die Aufgriffsberechtigung ist von einem Zustimmungsrecht im Sinn eines „Vetos“ weiter entfernt als von einem Vorkaufsrecht (vgl. *Frauenberger*, Pfändung und Anordnung des Freihandverkaufs des Geschäftsanteils des Alleingeschafters einer GmbH bei Aufgriffsrecht der übrigen Gesellschafter, GesRZ 2009, 179).

Nach herrschender Rechtsprechung ist eine Regelung in der Satzung einer Personengesellschaft oder einer GmbH wegen Gläubigerbenachteiligung sittenwidrig, wenn sie den Entgeltanspruch eines Gesellschafters im Wesentlichen nur für den Fall seines durch Konkursöffnung bedingten Ausscheidens, nicht aber in einem vergleichbaren Fall auf weniger als den Verkehrswert beschränkt (6 Ob 142/05h). Sittenwidrigkeit liegt nahe, wenn der für den Fall des Konkurses oder der Zwangsvollstreckung vorgesehene Preis sich von demjenigen in vergleichbaren Fällen unterscheidet (6 Ob 150/08i). In seiner Entscheidung vom 30.3.2016 (6 Ob 35/16i) erkannte der Oberste Gerichtshof in grundsätzlicher Fortführung dieser Rechtsansicht zudem, dass durch die Normierung eines Aufgriffsrechts gezielt für den Insolvenzfall die Gläubiger im Fall der Insolvenz eines Gesellschafters schlechter gestellt werden als sie außerhalb der Insolvenz stünden. Ein redlicher Schuldner würde eine derartige Vereinbarung nicht abschließen, weil sich diese Vereinbarung nur zu Lasten der Befriedigung der Gläubiger auswirkt, dem aber kein schutzwürdiges Interesse der Gesellschaft gegenübersteht. Die Gläubigerbefriedigung geht den Interessen der Gesellschaft vor, sodass die Gläubiger jedenfalls den Schätzwert des Anteils erhalten sollen. In der Literatur wurde diese Entscheidung darin kritisiert, dass sie die Frage offen lasse, ob ein unter dem Schätzwert liegender Aufgriffspreis im Exekutions- und Insolvenzfall zulässig sei, sofern für (alle) vergleichbaren Fälle derselbe Aufgriffspreis vereinbart wurde und dieser daher nicht spezifisch gläubigerdiskriminierend sei, oder die Gläubiger im Insolvenz- und Exekutionsfall mindestens den Schätzwert erhalten müssen, unabhängig davon, welcher Aufgriffspreis für andere Fälle vereinbart worden sei (*Alexander Schopper/Mathias Walch*, Aufgriffsrechte in der Insolvenz eines GmbH-Gesellschafters, NZ 2019/155).

In Weiterentwicklung der – zutreffenden - Judikatur des OGH sieht Abs. 3 vor, dass dem gesellschaftsvertraglich Aufgriffsberechtigten nach der Pfändung und vor der Verwertung der Geschäftsanteile zur Übernahme anzubieten ist. Ist in der gesellschaftsvertraglichen „Aufgriffsklausel“ kein besonderer Aufgriffspreis vorgesehen, so hat der übernehmende Gesellschafter den Schätzwert abzugelten. Wurde ein Aufgriffspreis vereinbart, soll dieser nur maßgeblich sein, wenn durch diesen der Gläubiger nicht benachteiligt wird. Es ist jedenfalls der höchste gesellschaftsvertraglich für (irgend)einen Fall des Ausscheidens vereinbarte Aufgriffspreis zu zahlen.

#### **Zu § 340 EO:**

Abs. 1 übernimmt verallgemeinert § 341 Abs. 1; der Pfändungsschutz für Kleingewerbetreibende und Kleinlandwirte (nunmehr Kleinunternehmen) wurde zu § 326 Abs. 4 übernommen. Die Zwangsverwaltung und Zwangsverpachtung des Unternehmens ermöglicht dem Verpflichteten nach Befriedigung des Gläubigers den Wiedereintritt in den Betrieb des Unternehmens. Unter einem Unternehmen im Sinn dieser Bestimmung ist eine organisierte Erwerbsgelegenheit zu verstehen. Es ist dies die aus dem Willen des Unternehmers entspringende Zusammenfassung von körperlichen Sachen (wie Liegenschaften, Einrichtungsgegenständen, Maschinen, Warenvorräten), Rechten (wie Mietrechte, Rechte aus Lieferverträgen, Geldforderungen, Patente, Lizenzen, Urheberrechte, aber auch eine allfällige Gewerbeberechtigung) und wirtschaftlichen Chancen (wie Lage, Ruf, Kundenstock, Geschäftserfahrung) zum Zweck der Ertragszielung (*Jakusch in Angst/Oberhammer*, EO<sup>3</sup> § 341 Rz 3).

Dabei kommt es nicht auf die Ausübung eines Gewerbes an, weshalb keine Veranlassung besteht, nur auf gewerbliche Unternehmen einzuschränken. Aufgrund wiederholter Anregungen aus der Praxis wurde der Ausdruck „Fabriksetablisements“ nicht übernommen, zumal dieser weder der Gesetzessprache angehört noch der modernen unternehmerischen Ausdrucksweise. Auch der Ausdruck „Handelsbetriebe“ kann entfallen, weil der Begriff „Unternehmen“ auch Handelsbetriebe umfasst. Es soll zudem nicht mehr von Unternehmungen, sondern von Unternehmen gesprochen werden.

Nur das ganze wirtschaftliche Unternehmen kann Gegenstand der Exekution nach dieser Bestimmung sein. Hat der Verpflichtete nur einen Anteil am Unternehmen, so ist nach §§ 338 f. vorzugehen. Zum Unternehmen gehörige Bestandteile bilden Unternehmenszubehör (vgl. RS0012670, MietSlg. 8980) und sollen gemeinsam mit dem Unternehmen verwertet werden können. Dadurch soll gewährleistet werden, dass die wirtschaftliche Einheit erhalten bleibt, weil durch eine gemeinsame Verwertung oft ein höherer Erlös erzielt werden kann. Eingeleitet wird der Vollzug der Exekution auf Unternehmen durch Pfändung, die nach den Regeln des § 328 in Form des an den Verpflichteten gerichteten Verfügungsverbot zu erfolgen hat. Das Pfandrecht umfasst das Unternehmen in seiner Gesamtheit, nicht aber die darin zusammengefassten einzelnen Bestandteile (Maschinen, Forderungen, etc.), die das Unternehmen bilden. Dem Verpflichteten ist durch das Verfügungsverbot dennoch untersagt, über die einzelnen Vermögensrechte des Unternehmens zu verfügen und damit die Verwertung des Unternehmens zu beeinträchtigen. Die Reichweite der exekutiven Verstrickungswirkung bei der Unternehmenspfändung wurde in der Praxis uneinheitlich beurteilt (*Oberhammer aaO*, § 331 Rz 85). Die – nicht taxative – Aufzählung in Abs. 2 dient der Klarstellung, dass die dort genannten Verfügungen unter keinen Umständen getroffen werden dürfen. Ein vorsätzliches Zuwiderhandeln könnte bei Erfüllung der übrigen Tatbestandsmerkmale einen Verstrickungsbruch nach § 271 StGB bedeuten.

Da die Ausübung des Gewerbes oder der Betrieb eines anderen Unternehmens durch einen Stellvertreter keiner Genehmigung der Verwaltungsbehörden mehr bedarf, ist die Bestimmung zur Vorlage des Exekutionsbewilligungsbeschlusses an die Verwaltungsbehörde obsolet und kann daher entfallen.

Nach dem Vorbild der Zwangsverwaltung von Liegenschaften sollen auch bei der Zwangsverwaltung von Unternehmen gegen das Verfügungsverbot verstoßende Verfügungen gegenüber den Gläubigern unwirksam sein.

#### **Zu § 341 EO:**

Derzeit ist nur bei im Firmenbuch eingetragenen Verpflichteten von Amts wegen die Veröffentlichung der Bewilligung der Zwangsverwaltung des Unternehmens im Firmenbuch zu veranlassen. Das Exekutionsgericht kann veranlassen, dass die Zwangsverwaltung und der Zwangsverwalter durch Anzeige in den öffentlichen Büchern oder auf andere ortsübliche Weise verlautbart wird.

Auf die Zwangsverwaltung finden die Bestimmungen über die Zwangsverwaltung von Liegenschaften sinngemäß Anwendung (§ 331 Abs. 2). In sinngemäßer Anwendung von § 99 Abs. 2 ist der Bestellungsbeschluss daher dem betreibenden Gläubiger, dem Verpflichteten, dem Zwangsverwalter und den öffentlichen Organen, die zur Eintreibung der vom Unternehmen zu entrichtenden Steuern und öffentlichen Abgaben berufen sind, zuzustellen.



Zukünftig soll bei allen Unternehmen, für die eine Zwangsverwaltung geführt wird, von Amts wegen eine Eintragung der Verwaltung und der Person des Zwangsverwalters in die Ediktsdatei erfolgen, um von vorne herein aussichtslose Exekutionsanträge anderer betreibender Gläubiger auf Vermögensobjekte des Unternehmens hintanzuhalten. Die Exekution auf einzelne Vermögensobjekte des Unternehmens ist künftig nach Bekanntmachung der Exekutionsbewilligung gemäß § 341 Abs. 3 nämlich nicht mehr zulässig.

Da das Pfandrecht das Unternehmen in seiner Gesamtheit umfasst, nicht aber dessen einzelne Bestandteile, kann nach derzeitiger Rechtslage auf diese Vermögenswerte gesondert Exekution gegen den Verpflichteten geführt werden, selbst wenn dadurch der Betrieb des Unternehmens unmöglich gemacht werden sollte und die Exekution nach (derzeit) § 341 daher ins Leere geht. Nach Bekanntmachung der Bestellung des Verwalters soll künftig nach dem Vorbild des § 103 Abs. 1 eine Exekution auf einzelne Vermögensobjekte des Unternehmens nicht zulässig sein, solange eine Exekution auf ein Unternehmen anhängig ist. Damit soll die Aushöhlung der Unternehmensexekution hintangehalten werden. Nach erfolgter Bekanntmachung der Bestellung des Verwalters in der Ediktsdatei kann damit in das Unternehmensvermögen nicht mehr gesondert Exekution geführt werden.

#### **Zu § 342 EO:**

Abs. 1 und 3 entsprechen im Wesentlichen § 343 Abs. 1 und 3 der derzeitigen Fassung. In Abs. 1 wird die Wendung „der durch das Vollstreckungsorgan in das zu verwaltende Unternehmen einzuführen ist“ nicht übernommen, weil sie nicht geboten ist und es auch bei der Zwangsverwaltung von Liegenschaften eine Einführung nicht mehr gibt.

Der Zwangsverwalter ist – nach Art einer Generalhandlungsvollmacht – zu allen Geschäften und Rechtshandlungen befugt, welche der Betrieb eines Unternehmens von der Art des zu verwaltenden gewöhnlich mit sich bringt. Die Vertretungsmacht des Zwangsverwalters ist auf den Verwaltungszweck beschränkt.

Abs. 2 regelt die speziellen Befugnisse eines Zwangsverwalters bei der Zwangsverwaltung eines Unternehmens.

#### **Zu §§ 343 EO und zu Z 278 (344 EO):**

§ 344 übernimmt in Abs. 1 weitgehend die Regelung des § 344 der derzeitigen Fassung. Im Sinn einer aktualisierten Terminologie sind jedoch gewerbliche Unternehmungen, Fabriksetablisements, Handelsbetriebe und ähnliche wirtschaftliche Unternehmungen unter den Begriff „Unternehmen“ zusammenzufassen (siehe § 340) und der Ausdruck „Kostgeld“ zu streichen. Grundsätzlich sind für die Verwaltung von Rechten gemäß § 334 (wird in § 331 Abs. 2 übernommen) die Bestimmungen über die Zwangsverwaltung von Liegenschaften sinngemäß anzuwenden. Die Bestimmung des Abs. 1 hat daher nur klarstellende Bedeutung.

Eine Abweichung zu den Bestimmungen über die Zwangsverwaltung von Liegenschaften soll künftig in Abs. 2 vorgesehen werden. Nach Abs. 2 kann der Verwalter vor der Bewilligung fällig gewordene Forderungen begleichen, wenn das der Forderung zugrundeliegende Rechtsgeschäft wiederkehrende Leistungen umfasst und diese für den Betrieb des Unternehmens geboten sind. Diese Regelung soll der Weiterführung des Unternehmens dienen, zumal die Vertragspartner solcher Rechtsgeschäfte bei Zahlungsverzug auf Grund andernfalls vorrangig zu befriedigender Forderungen zu einer Kündigung des Vertrages veranlasst sein könnten. Dies würde wiederum den Fortbestand des Unternehmens gefährden, sofern es sich beim Vertragsgegenstand um eine für den Betrieb des Unternehmens gebotene Leistung handelt.

#### **Zu Z 279 bis 283 (§ 345 EO):**

Diese Bestimmung regelt, gegen welche Beschlüsse, die im Rahmen der Forderungsexekution oder der Exekution auf Vermögensrechte gefasst werden, kein Rekurs zulässig ist. Die Änderungen in den Bestimmungen dieser Abschnitte werden berücksichtigt.

#### **Zu Z 284 und 285 (§§ 347 und 348 EO):**

Es werden Überschriften eingefügt.

#### **Zu Z 286 (§ 349 EO):**

Die Einstellung der Exekution nach § 39 erfolgt zum Teil nur auf Antrag, zum Teil auch von Amts wegen. Für die Einstellung nach § 39 Abs. 1 Z 6, das heißt, wenn der Gläubiger das Exekutionspaket zurückgezogen hat, wenn er auf den Vollzug der bewilligten Exekution überhaupt oder für eine einstweile noch nicht abgelaufene Frist verzichtet hat, oder wenn er von der Fortsetzung des Exekutionsverfahrens abgestanden ist, erfolgt die Einstellung nur auf Antrag. Dies führt dazu, dass bei

Räumungsexekutionsverfahren betreibende Gläubiger vielfach von der Fortsetzung der Exekution abstehen, weil der Zahlungsrückstand, der zur Auflösung des Bestandvertrags und damit zur Räumungsexekution führte, beglichen wurde, die Exekution aber fortsetzen, sobald neuerlich ein Rückstand aufläuft. Hierbei kommt es in einer nicht unbeträchtlichen Anzahl von Fällen zu wiederholten Abstandnahmen und Fortsetzungen der Räumungsexekutionen, obwohl die Hereinbringung des Bestandentgelts nicht Teil des Räumungsexekutionsverfahrens ist. Es soll daher eine Einstellung von Amts wegen bei Abstandnahme von der Exekution vorgesehen werden.

**Zu Z 287 und 288 (§ 350 EO):**

Der letzte Satz in Abs. 2 wird terminologisch angepasst. Abs. 7 ist gegenstandslos und soll daher aufgehoben werden.

**Zu 289 und 290 (§ 351 Abs. 1 und 2 EO):**

Der Beschluss des Außerstreitgerichts über ein Grenzberichtigungsverfahren nach §§ 850 ff. ABGB und das Urteil in einem Grenzfestsetzungsverfahren sind nach § 351 zu vollstrecken (*Klicka* in *Angst/Oberhammer*, EO<sup>3</sup> § 351 EO). Die Bezugnahme auf die Grenzberichtigung in § 351 ist daher gegenstandslos und wird gestrichen.

**Zu Z 291 und 292 (§ 352b Z 1 und Z 3 EO):**

Die Verweise sind anzupassen.

**Zu Z 293 bis 299 (§§ 353, 354, 356, 357, 358, 361 und 362 EO):**

Es sollen Überschriften eingefügt bzw. geändert werden.

**Zu Z 300 und 301 (§ 363 EO):**

Es wird eine Überschrift eingefügt. Außerdem wird berücksichtigt, dass sich die Regelung des § 54f nunmehr in § 63a befindet.

**Zu Z 302 (§ 364 EO):**

Die Bestimmung ist überholt und wird daher aufgehoben.

**Zu Z 303 bis 309 (§§ 365, 366; 370 bis 373 EO):**

Es werden Überschriften eingefügt.

**Zu Z 310 und 311 (§ 374 EO):**

Es wird eine Überschrift eingefügt.

Die in § 374 Abs. 1 abschließend geregelten, bei der Sicherstellungsexekution zulässigen Exekutionsmittel werden um die Zwangsverwaltung von Unternehmen und Gesellschaftsanteilen eingeschränkt, die einen weitreichenden Eingriff in die Sphäre des Verpflichteten oder von unbeteiligten Dritten bedeuten kann.

Die Zwangsverwaltung von Unternehmen berührt unmittelbar die Erwerbsgrundlage des Schuldners. Durch die Exekution auf Gesellschaftsanteile wird auch die Rechtssphäre unbeteiligter Dritter intensiv beeinträchtigt; schon bisher war auf Grundlage einer Exekution zur Sicherstellung in die Auseinandersetzungsforderung eine Kündigung der Gesellschaft nicht möglich. Dies wird beibehalten (s. Erl. zu § 338). Bereits die Zwangsverwaltung eines Gesellschaftsanteils führt jedoch dazu, dass den übrigen Gesellschaftern zumindest vorübergehend ein unter Umständen unerwünschter „neuer Gesellschafter“ aufgedrängt wird und soll daher nur möglich sein, soweit der Bestand der Schuld rechtskräftig festgestellt wurde.

Diese besonders eingriffsintensiven Exekutionsmittel sollen daher künftig der Sicherstellungsexekution entzogen sein.

**Zu Z 312 und 313 (§ 375 EO):**

Es wird eine Überschrift eingefügt und berücksichtigt, dass sich die Regelung des § 54f nunmehr in § 63a befindet.

**Zu Z 314 und 315 (§§ 376 und 377 EO):**

Es werden Überschriften eingefügt.

**Zu Z 316 (§ 377 Abs. 3 EO):**

Es wird berücksichtigt, dass sich die Regelung des § 33 nunmehr in § 16 befindet.

**Zu Z 317 (§ 379 EO):**

Die Überschrift soll geändert werden.

**Zu Z 318 (§ 379a EO):**

Die pfandweise Beschreibung ist derzeit im „Hofdecret vom 5ten November 1819, an sämtliche Appellations-Gerichte, im Einverständnisse mit der Hofcommission in Justiz-Gesetztsachen“, JGS Nr. 1621/1819, geregelt. Diese Vorschrift tritt mit 31.12.2021 außer Kraft (siehe Anlage des Zweiten Bundesrechtsbereinigungsgesetzes – 2. BRBG) und soll – ohne inhaltliche Änderung – in der EO geregelt werden. Festgeschrieben werden soll aber die herrschende Ansicht, dass nach Einbringung der entsprechenden Klage weder die Bescheinigung des Anspruches noch die Glaubhaftmachung einer Gefahr erforderlich ist (RIS-Justiz RS0005182) und dass die Anmeldung im Insolvenzverfahren einer Zinsklage gleichzuhalten ist (Lovrek in *Rummel/Lukas*, ABGB<sup>4</sup> § 1101 ABGB Rz 27).

**Zu Z 319 und 320 (§§ 380, 381 EO):**

Es sollen nur die Überschriften eingefügt bzw. geändert werden.

**Zu Z 321 bis 325 (§§ 382 und 382a EO):**

Neben der Einfügung der Überschriften erfolgen nur redaktionelle Änderungen.

**Zu Z 326 (§ 382b EO):**

Diese Bestimmung entspricht dem derzeitigen § 382b Abs. 1. Abs. 2 und 3 sollen nunmehr in § 382e des Entwurfs geregelt werden.

**Zu Z 327 und 328 (§ 382c EO):**

Diese Bestimmung entspricht dem derzeitigen § 382e Abs. 1. Die Abs. 2 und 3 des derzeitigen § 382e sollen nunmehr in §§ 382e, 382g und 382h des Entwurfs geregelt werden.

**Zu Z 329 (§ 382k EO):**

Diese Bestimmung entspricht dem derzeitigen § 382f.

**Zu Z 330 (§ 382d EO):**

Diese Bestimmung entspricht dem derzeitigen § 382g Abs. 1. Die derzeitigen Abs. 2 und 3 des § 382g sollen nunmehr in § 382e des Entwurfs geregelt werden. Der derzeitige § 382d Abs. 4 wird in § 382i des Entwurfs geregelt.

**Zu Z 331 (§ 382j EO):**

Diese Bestimmung entspricht dem derzeitigen § 382h. Es erfolgen Zitanpassungen.

**Zu Z 332 (§§ 382e, 382f, 382g, 382h und 382i EO):****Zu § 382e EO:**

In dieser Bestimmung wird die Dauer einer einstweiligen Verfügung zum Schutz vor Gewalt in Wohnungen, zum allgemeinen Schutz und zum Schutz vor Eingriffen in die Privatsphäre geregelt.

**Abs. 1** regelt die Dauer der Verfügung zum Schutz vor Gewalt in Wohnungen (§ 382b).

**Abs. 2** regelt die Dauer der Verfügungen nach §§ 382c und 382d.

**Abs. 3** entspricht dem derzeitigen § 382b Abs. 2 zweiter Satz, auf den mit dem bisherigen § 382e Abs. 2 und dem bisherigen § 382g Abs. 2 verwiesen wurde.

**Abs. 4** entspricht dem derzeitigen § 382b Abs. 3.

**Zu § 382f EO:**

Mit § 1 Abs. 3 der Verordnung der Bundesministerin für Justiz, mit der besondere Vorschriften für die Einbringung von Eingaben bei Gericht erlassen werden (1. COVID-19 Ziviljustiz-VO), BGBl. II Nr. 163/2020, wurden für die Dauer von Einschränkungen der Bewegungsfreiheit aufgrund von COVID-19 in den betroffenen Gebieten Erleichterungen bei der Einbringung von Schriftsätzen in Verfahren zum Schutz vor Gewalt und zum Schutz vor Eingriffen in die Privatsphäre vorgesehen. Da sich diese Bestimmung in der Praxis bewährt hat, soll sie nunmehr mit **Abs. 1** in Anlehnung an § 192 IO, der die Vertretung des Schuldners durch eine anerkannte Schuldenberatungsstelle im Schuldenregulierungsverfahren regelt, in den „Regelbetrieb“ übergeführt werden. Vorgesehen wird eine eingeschränkte Vertretungsbefugnis von Opferschutzeinrichtungen im Sinn des § 25 Abs. 3 SPG (das sind insbesondere die Gewaltschutzzentren und die Interventionsstelle zum Schutz vor Gewalt). Diese Einrichtungen sollen in Verfahren nach §§ 382b, 382c und 382d den Antrag auf Erlassung der einstweiligen Verfügung sowie weitere Schriftsätze im Verfahren erster Instanz im Namen der antragstellenden Partei einbringen können. Nicht erfasst sind Rechtsbehelfe (wie etwa der Widerspruch nach § 397) und Rechtsmittel. Um die Handhabung und Abwicklung zu erleichtern und zu beschleunigen, soll sich die Opferschutzeinrichtung auf die erteilte Vollmacht berufen können.

**Abs. 2** und **Abs. 3** entsprechen dem derzeitigen § 382c Abs. 1 und 2. Die derzeitigen Abs. 3 und 4 des § 382c sollen nunmehr in § 382h des Entwurfs geregelt werden. Der derzeitige § 382c Abs. 4 wird in § 382g des Entwurfs geregelt.

**Zu § 382g EO:**

Diese Bestimmung entspricht dem derzeitigen § 382c Abs. 4. Die Terminologie soll an § 38a SPG in der Fassung des Gewaltschutzgesetzes 2019 angepasst werden.

**Zu § 382h EO:**

Diese Bestimmung soll übersichtlich die Verständigungspflichten zusammenfassen. Abs. 1 entspricht dem derzeitigen § 395 Abs. 3, Abs. 1 dem derzeitigen § 382c Abs. 3.

**Zu § 382i EO:**

Diese Bestimmung regelt den Vollzug der einstweiligen Verfügungen nach §§ 382b, 382c und 382d.

**Abs. 1** behandelt den Vollzug einer Verfügung nach § 382b und entspricht im Wesentlichen dem derzeitigen § 382d: Abs. 1 erster Satz dem derzeitigen § 382d Abs. 1, Z 1 dem derzeitigen § 382d Abs. 2, Z 2 dem derzeitigen § 382d Abs. 3 und Z 3 derzeitigen § 382d Abs. 5.

**Abs. 2** regelt den Vollzug durch die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes und entspricht den derzeitigen Regelungen in § 382d Abs. 4, § 382e Abs. 4 und in § 382g Abs. 3.

**Abs. 3** erklärt den Vollzug nach §§ 355 ff. EO für zulässig und fasst damit die Regelungen in den derzeitigen §§ 382d, 382e und 382g zusammen.

**Zu Z 333 und 334 (§ 383 EO):**

Es wird eine Überschrift eingefügt. Außerdem erfolgen Anpassungen von Zitaten und redaktionelle Änderungen.

**Zu Z 335 (§ 384 EO):**

Es wird eine Überschrift eingefügt.

**Zu Z 336 (§ 385 EO):**

In dieser Bestimmung erfolgt eine Anpassung eines Zitats.

**Zu Z 337 und 338 (§ 386 EO):**

Es wird eine Überschrift eingefügt. Außerdem wird der letzte Satz in Abs. 3 sprachlich neu gefasst.

**Zu Z 339 und 340 (§ 387 EO):**

Die Änderungen in **Abs. 3** sind redaktionell bedingt.

Für einstweilige Verfügungen zum Schutz vor Gewalt und zum Schutz vor Eingriffen in die Privatsphäre soll nach **Abs. 4** einheitlich das Bezirksgericht zuständig sein, bei dem die gefährdete Partei ihren allgemeinen Gerichtsstand in Streitsachen hat. Etwas anderes gilt nach Abs. 1 nur, wenn ein entsprechendes Hauptverfahren bereits eingeleitet ist.

**Zu Z 341 und 342 (§ 390 EO):**

Es werden eine Überschrift eingefügt und Abs. 4 sprachlich vereinfacht.

**Zu Z 343 bis 360 (§§ 391 bis 395, 398 bis 402 und 419 EO):**

Neben der Einfügung der Überschriften werden Verweise angepasst.

**Zu Z 361 (§ 427 EO):**

Derzeit können Gläubiger zur Beurteilung, ob ein Rechtsstreit oder ein Exekutionsverfahren eingeleitet oder weitergeführt werden soll, bestimmte Daten über Exekutionsverfahren abfragen. Diese Abfrage, die sich grundsätzlich bewährt hat, soll – Anregungen aus der Praxis folgend – erweitert werden. Durch die Änderungen in Abs. 1 soll die Abfrage auch zur Beurteilung, ob ein Insolvenzverfahren eingeleitet werden soll, ermöglicht werden. § 429 Abs. 1 steht nicht entgegen, dass das Abfrageergebnis dem Insolvenzantrag zur Bescheinigung angeschlossen wird.

Nach Abs. 1 Z 4 soll auch eine rechtskräftig gewordene Feststellung der offenkundigen Zahlungsunfähigkeit des Verpflichteten nach § 49a des Entwurfs abgefragt werden können. Dabei ist auf den Zeitraum von drei Jahren vor der Abfrage abzustellen; das entspricht jenem Zeitraum, nach dem die Eintragung zu löschen ist (§ 71a Abs. 2b des Entwurfs).

**Zu Z 362 (§ 428 Abs. 3 EO):**

Zu Dokumentationszwecken und zur Ermöglichung der Kontrolle soll bei der Durchführung der Abfrage ergänzend anzugeben sein, ob die Abfrage der Klärung, ob ein Insolvenzverfahren eingeleitet werden soll, dient.

**Zu Z 364 (§ 435 bis 483 EO):****Zu § 435 EO:**

Die Bestimmung des § 54a Abs. 2 wird aus systematischen Gründen zum Vierten Teil übernommen.

**Zu § 436 EO:**

Vorbild für diese Bestimmung ist der derzeitige § 107a. Z 6 wurde verallgemeinert, sodass sie sowohl auf den Verwalter als auch auf den Zwangsverwalter zutrifft. Aufgrund der Übernahme dieser Regelung als allgemeine Bestimmung betreffend den Verwalter, ist der derzeitige §107a aufzuheben.

**Zu § 437 EO:**

Es ist in der EO nicht näher geregelt, welches Gericht bei einer Neuorganisation eines Bezirksgerichtssprengels, nämlich wenn ein neues Bezirksgericht errichtet wird, für ein zu diesem Zeitpunkt bereits an einem anderen Gericht anhängigen Exekutionsverfahren zuständig ist, wenn dieses in die Zuständigkeit des neuen Bezirksgerichtes gefallen wäre.

Im Zuge der Neuorganisation im Bezirksgerichtssprengel Amstetten wurde in § 1 der Bezirksgerichte-Verordnung, BGBl. II Nr. 80/2017, vorgesehen, dass die Bezirksgerichte Haag und Waidhofen an der Ybbs, welche im Jahr 2014 geschlossen wurden, ab dem 1.9.2017 wieder bestehen sollen. Dies hat am Bezirksgericht Amstetten zu Unsicherheiten hinsichtlich den am 1.9.2017 bereits anhängigen Zwangsversteigerungsverfahren betreffend Liegenschaften im (neuen) Sprengel des Bezirksgerichtes Haag oder Waidhofen an der Ybbs geführt. Fraglich war, ob diese Verfahren vom Bezirksgericht Amstetten fortgeführt werden sollen, wohingegen etwa die grundbücherliche Plombe bereits in Haag bzw. Waidhofen an der Ybbs gesetzt worden sei.

Eine Perpetuierung der Zuständigkeit nach der geltenden Regelung des § 29 JN ist bei Exekutionsverfahren unzweckmäßig, weil dadurch der exekutionsrechtliche Grundsatz der Einheitlichkeit des Verwertungsverfahrens nicht sichergestellt werden kann. Diese Überlegungen waren laut den Materialien bereits für § 8 Abs. 2 des Bezirksgerichts-Organisationsgesetzes für Wien, BGBl. Nr. 203/1985, und für § 2 Abs. 2 der 3. Novelle zum Bezirksgerichts-Organisationsgesetz für Wien, BGBl. Nr. 203/1985 idF BGBl. Nr. 259/1992, maßgebend, wonach die neu zu errichtenden Bezirksgerichte (Donaustadt und Josefstadt) auch für Exekutionsverfahren zuständig sind, die vor ihrer Errichtung anhängig wurden (siehe ErläutRV 317 BlgNR 16. GP 7 und ErläutRV 663 BlgNR 18. GP 6).

Es wird daher eine Regelung vorgeschlagen, wonach dann, wenn ein neues Bezirksgericht errichtet wird, Exekutionsverfahren, die vor der Errichtung anhängig geworden sind, mit dem Tag der Errichtung von Amts wegen an das neue Bezirksgericht zu überweisen sind, wenn diese nach dem für die Zuständigkeitsbestimmung maßgeblichen Zeitpunkt und den in dieser Bestimmung festgelegten Voraussetzungen in die Zuständigkeit des neuen Bezirksgerichtes gefallen wären.

**Zu den §§ 438 EO bis 453 EO:**

Die Bestimmungen der Anfechtungsordnung werden als fünfter Teil in die Exekutionsordnung integriert. Die Schlussbestimmungen erhalten stattdessen die Bezeichnungen §§ 483 bis 501. Inhaltliche Änderungen sind damit nicht verbunden.

**Zu § 438 EO:**

Diese Bestimmung entspricht im Wesentlichen § 1 AnfO. Der Hinweis auf den Konkurs wird durch einen Hinweis auf das Insolvenzverfahren ersetzt. Weiters wird die Bestimmung durch die Verweise im zweiten Satz ergänzt. Der Verweis auf § 36 IO entspricht § 7 AnfO; jener auf § 38 IO betrifft den Anfechtungsgegner; eine gleichlautende Regelung findet sich in § 11 Abs. 1 und 2 AnfO.

Der Verweis auf § 42 IO betrifft die Unzulässigkeit der Aufrechnung; eine gleichlautende Regelung findet sich in § 16 AnfO.

**Zu § 439 EO:**

Diese Bestimmung entspricht § 2 AnfO. Die Definition des Begriffs „nahe Angehörige“ in § 4 AnfO wird nicht übernommen, stattdessen wird in Z 3 auf die wortgleiche Definition in § 32 IO verwiesen.

**Zu § 440 EO:**

Diese Bestimmung entspricht § 3 AnfO. Die Definition des Begriffs „nahe Angehörige“ in § 4 AnfO wird nicht übernommen, stattdessen wird in Z 2 auf die wortgleiche Definition in § 32 IO verwiesen

**Zu § 441 EO:**

Diese Bestimmung entspricht § 5 AnfO.

**Zu § 442 EO:**

Diese Bestimmung entspricht § 6 AnfO

**Zu § 443 EO:**

Diese Bestimmung entspricht § 8 AnfO.

**Zu § 444 EO:**

Diese Bestimmung entspricht § 9 AnfO; Abs. 3 übernimmt § 11 Abs. 3 AnfO.

**Zu § 445 EO:**

Diese Bestimmung entspricht § 10 AnfO.

**Zu §§ 446 bis 451 EO:**

Diese Bestimmungen entsprechen §§ 12 bis 18 AnfO.

**Zu § 452 EO:**

Diese Bestimmung entspricht § 19 AnfO; Die Verweise auf den Konkurs werden durch solche auf das Insolvenzverfahren ersetzt, weil eine Anfechtung im Konkurs- und im Sanierungsverfahren in Betracht kommt.

**Zu § 453 EO:**

Diese Bestimmung entspricht § 20 AnfO; sie wurde geringfügig umformuliert.

**Zu §§ 454 bis 483 EO:**

An dieser Stelle wird das Vollzugsgebührengesetz als sechster Teil in dieses Bundesgesetz eingegliedert. Diese Änderung bietet sich im Sinn der besseren Übersichtlichkeit an, zumal auch die Entlohnung des Verwalters in der EO und die Entlohnung des Insolvenzverwalters in der IO geregelt werden.

Die Bestimmungen werden wortgleich aus dem Vollzugsgebührengesetz übernommen. In § 457 wird das in § 6 VGebG verwendete Wort „Verfahren“ durch das Wort „Exekutionsverfahren“ ersetzt, da diese Bestimmung nur auf das Exekutionsverfahren anwendbar sein soll, zumal es nicht angebracht ist, etwa in einem Streitverfahren dem Gerichtsvollzieher die Vergütung für Zustellungen nur einmal zukommen zu lassen, obwohl nicht miteinander im Zusammenhang stehende Zustellungen vorzunehmen sind.

Zu § 457 ist weiters zu bemerken: Nach geltender Gesetzeslage entsteht der Anspruch gegen den Bund mit Ende des Monats, der auf jenen Monat folgt, in dem der Gerichtsvollzieher über die Beendigung seiner Tätigkeit berichtete. Diese Gesetzeslage berücksichtigt nicht ausreichend, dass oft das Exekutionsverfahren nur scheinbar beendet ist, was etwa vorliegt, wenn später Zahlungen einlangen oder ein Auftrag nach § 61 erteilt wird. Daher soll bei den Vergütungen nach § 466 Abs. 3 und 4, die dem Gerichtsvollzieher zustehen, wenn die Pfändung mangels pfändbarer Gegenstände unterbleibt oder kein Tatbestand verwirklicht wurde, erst drei Monate später fällig werden. Dies stellt auch einen Gleichklang mit der Berichtspflicht des Gerichtsvollziehers her; nach § 252d Abs. 2 hat der Gerichtsvollzieher spätestens vier Monate nach Erhalt des Vollzugsauftrags über den Stand des Verfahrens zu berichten.

In § 466 Abs. 4 wird – klarstellend – festgehalten, dass eine Vergütung nur anfällt, wenn die Vollzugshandlung frühestens 14 Tage seit Zustellung der im vereinfachten Bewilligungsverfahren bewilligten Exekution vorgenommen wird, weil erst dann die Tätigkeit des Gerichtsvollziehers begonnen hat.

In §§ 476 und 477 entfällt der Verweis auf die Landes- und Bezirksgerichte. Die Regelung, dass der Vollzugsgebietsplan auch bei den Landes- und Bezirksgerichten aufzulegen ist, hat sich als nicht notwendig erwiesen und entfällt daher zur Vermeidung von Verwaltungsaufwand. Ebenso wird die vorgesehene Übersendung an das Bundesministerium für Justiz in § 476 gestrichen.

**Zu Z 365 (§§ 502 EO):**

Es wird das Inkrafttreten geregelt.

**Zu Z 366 bis 371:**

In Z 366 bis 371 werden Anpassungen im Sinn der legislatischen Richtlinien 1990 vorgenommen.

In der EO kommen teilweise noch Begriffe, die obsolet sind, und eine veraltete Rechtschreibung vor. Dies soll mit der GREx behoben und die neue Rechtschreibung berücksichtigt werden. Der Entwurf listet in Z 369 und 370 die zu ersetzenden Wörter bzw. Wortfolgen auf.

In Z 369 ist Einfachheit halber meistens bei Substantiven und Adjektiven der Nominativ im Singular in der männlichen Form und bei Verben der Infinitiv angegeben, obwohl diese Form im Gesetz vielleicht nicht verwendet wird. Bei der Ersetzung der Begriffe ist die jeweils grammatikalisch richtige Form unter Berücksichtigung der Zeitform anzuwenden, die sich aus dem Zusammenhang im Gesetz ergibt.

Z 370 hingegen führt bereits die Wortfolgen an, die ersetzt werden sollen.

**Zu Artikel 2 (Einführungsgesetz zur Exekutionsordnung – EGEO):**

Der Inhalt des Art. XIII Z 6 wird durch den vorgeschlagenen § 379a EO obsolet und kann daher entfallen.

**Zu Artikel 3 (Insolvenzordnung – IO):**

**Zu Z 1 bis 5 (§ 5 Abs. 3, § 12 Abs. 1 und 2, § 101 Abs. 2 und § 119 Abs. 2 Z 2 und 3):**

In diesen Bestimmungen erfolgen nur Zitatpassagen an die in Art. 1 vorgeschlagenen Änderungen und an die derzeit übliche Zitierung von Gesetzen.

**Zu Z 6 (§ 183 Abs. 5 IO):**

Nach § 71 ist Voraussetzung für die Eröffnung des Insolvenzverfahrens das Vorhandensein kostendeckenden Vermögens.

Im Schuldenregulierungsverfahren steht dem Schuldner, sofern das Gericht nicht anderes bestimmt, grundsätzlich die Verwaltung der Insolvenzmasse zu (§ 186 Abs. 1). Die Gründe für die Entziehung der Eigenverwaltung sind in § 186 Abs. 2 geregelt. Ist die Eigenverwaltung nicht zu entziehen, so entstehen keine Anlaufkosten. Hat der Schuldner kein Vermögen, so wird in der Praxis dennoch ein kleiner Geldbetrag verlangt, zum Teil wird davon abgesehen. Da bei Eigenverwaltung aber keine Kosten anfallen, stellt sich auch die Frage des kostendeckenden Vermögens nicht. Es wird daher klargestellt, dass bei Eigenverwaltung des Schuldners es keiner Prüfung bedarf, ob Vermögen vorhanden ist und damit die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, insbesondere nach Feststellung der offenkundigen zahlungsunfähigkeit im Exekutionsverfahren, erleichtert.

**Zu Z 7 (§§ 184a und 184b IO):**

**Zu § 184a:**

Wenn die offenkundige Zahlungsunfähigkeit des Schuldners festgestellt wurde (§ 49a EO), wird der Gläubiger zur Eintreibung seiner Forderung auf das Insolvenzverfahren verwiesen. Die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens setzt das Vorhandensein kostendeckenden Vermögens voraus. Fehlt es an einem solchen Vermögen, so kann der Gläubiger eine Eröffnung des Insolvenzverfahrens dann erreichen, wenn er einen Kostenvorschuss für die Anlaufkosten erlegt. Steht dem Schuldner die Eigenverwaltung zu, so stellt sich die Frage nach einem kostendeckenden Vermögen nicht. Die Eigenverwaltung setzt jedoch unter anderem voraus, dass der Schuldner ein genaues Vermögensverzeichnis vorgelegt hat. Ein solches hat der Schuldner bei seiner Einvernahme vorzulegen und vor Gericht zu unterfertigen. Ist es jedoch aus Sicht des Gerichts nicht „genau“ oder liegen Gründe für die Entziehung der Eigenverwaltung vor, so hat der Gläubiger einen Kostenvorschuss zu erlegen, um die Eröffnung eines Insolvenzverfahrens zu erreichen. Da jedoch das Insolvenzverfahren als „Fortsetzung“ des Exekutionsverfahrens bei Eintritt der Insolvenz zur Verfügung stehen soll und im Exekutionsverfahren – vor Feststellung der offenkundigen Zahlungsunfähigkeit – das Vorhandensein von Vermögenswerten geprüft und dabei dessen Fehlen festgestellt wurde (abgesehen vom Vorliegen eines pfändbaren Bezugs), soll von der Bestellung eines Insolvenzverwalters abgesehen werden können. Auch im Exekutionsverfahren wird ein Verwalter nur ausnahmsweise bestellt. Dadurch wird dem Gläubiger der Zugang zum Insolvenzverfahren erleichtert. Liegt jedoch kostendeckendes Vermögen vor oder erlegt der Gläubiger einen Kostenvorschuss, so ist – wenn die Voraussetzungen zur Entziehung der Eigenverwaltung vorliegen – weiterhin ein Insolvenzverwalter zu bestellen.

**Zu § 184b:**

Wenn im Schuldenregulierungsverfahren weder ein Antrag auf Annahme eines Zahlungsplans noch auf Einleitung eines Abschöpfungsverfahrens gestellt wird und das Verfahren nach Verwertung des vorhandenen Vermögens, das im Wesentlichen auf die Verteilung des pfändbaren Betrags des Arbeitseinkommens des Schuldners gerichtet ist, wird es als „ewiger Konkurs“ bezeichnet. Im Hinblick auf den überwiegenden Zweck des Verfahrens, die Forderungen der Gläubiger hereinzubringen, soll das Verfahren Gesamtvollstreckungsverfahren genannt werden, wenn es auf Antrag eines Gläubigers eröffnet wurde. Das Gesamtvollstreckungsverfahren ist ein Unterfall des Schuldenregulierungsverfahrens.

Erst wenn der Schuldner den Antrag auf Annahme eines Zahlungsplans oder auf Einleitung eines Abschöpfungsverfahrens stellt, soll das Gesamtvollstreckungsverfahren in Schuldenregulierungsverfahren umbenannt werden. Die Änderung der Bezeichnung ist in der Insolvenzdatei bekannt zu machen. Dieser Zeitpunkt soll für die Abgrenzung der Insolvenzforderungen zu Masse- oder Neuforderungen maßgebend sein. Da das Gesamtvollstreckungsverfahren auf Antrag eines Gläubigers eröffnet wird, in dem die Forderungseintreibung im Vordergrund steht, ist bei einem über längere Zeit anhängigen Insolvenzverfahren das Entstehen neuer Schulden nicht auszuschließen. Um diese Schulden zu erfassen, wird vorgeschlagen, den für die Beurteilung einer Forderung als Insolvenzforderung maßgebenden Zeitpunkt mit der Umbenennung festzulegen. Damit wird vermieden, dass von den Wirkungen des Zahlungsplans oder einer Restschuldbefreiung nach Durchführung des Abschöpfungsverfahrens ein unter Umständen erheblicher Anteil der Schulden nicht erfasst wird. Es bedürfte eines weiteren Insolvenzverfahrens mit einer weiteren Entschuldung und damit eines weiteren erheblichen Verfahrensaufwandes, um die neuen Forderung einer Restschuldbefreiung zuzuführen. Daher sollen auch sie als Insolvenzforderungen erfasst werden können, wenn sie vertraglich begründet wurden. Um die Interessen der Gläubiger ausreichend zu wahren, sollen jedoch Masseforderungen (§ 46) und solche Forderungen, zu deren Befriedigung das Existenzminimum bestimmt ist (zB Wohnkosten), davon nicht betroffen sein.

#### **Zu Z 8 (§ 187a IO):**

Nach ständiger Rechtsprechung fällt der unpfändbare Betrag des Arbeitseinkommens nicht in die Insolvenzmasse (RIS-Justiz RS0107924). Unterschiedlich wird die Frage beantwortet, ob eine Erhöhung oder Verminderung des unpfändbaren Betrags nach den Regelungen der Exekutionsordnung anzuwenden ist, oder ob sich dies nach § 5 richtet. Da es zweckmäßig ist, dass die Regelungen der Exekutionsordnung – wie dies auch für das Abschöpfungsverfahren ausdrücklich vorgesehen ist – im Insolvenzverfahren gelten sollen, wird dies vorgesehen. Überdies wird klarstellend auch auf die Zusammenrechnung mehrerer Arbeitseinkommen verwiesen, wie dies der Ansicht des OGH entspricht (OGH 4. 3. 2013 8 Ob 97/12s). Der OGH lässt jedoch eine Zusammenrechnung nur auf Antrag zu. Zweckmäßig ist jedoch auch eine Entscheidung von Amts wegen, was in Abs. 1 vorgesehen wird.

Werden Entscheidungen über die Erhöhung oder Verminderung des Existenzminimums oder die Zusammenrechnung im Exekutionsverfahren gefasst, so verlieren sie mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Verpflichteten ihre Bedeutung. Da jedoch für die Bemessung des Existenzminimums auch im Insolvenzverfahren die Regelungen der Exekutionsordnung gelten, ist dies nicht zweckmäßig. Abs. 3 ordnet daher an, dass diese Entscheidungen grundsätzlich ihre Wirksamkeit behalten, aber eine Abänderung möglich ist.

#### **Zu Z 9 (§ 189 IO):**

Die Insolvenzordnung geht von einer einmaligen Überprüfung der Vermögenslage und Verwertung des vorgefundenen Vermögens aus. Weil auch während des Verfahrens anfallendes Vermögen erfasst wird, wird dies den Interessen der Gläubiger nicht gerecht, wenn das Insolvenzverfahren, wie dies etwa im Gesamtvollstreckungsverfahren der Fall sein kann, längere Zeit dauert. Daher soll nach dem Vorbild der Bestimmungen der Exekutionsordnung über die Ermittlung von Vermögen eine regelmäßige Überprüfung der Vermögenslage des Schuldners erfolgen. Dies gilt in allen Fällen, in denen kein Insolvenzverwalter bestellt ist, unabhängig vom Vorliegen von Eigenverwaltung.

Nach § 123a ist allgemein ein Insolvenzverfahren mangels Vermögens aufzuheben, wenn im Lauf des Insolvenzverfahrens hervorkommt, dass das Vermögen zur Deckung der Kosten des Insolvenzverfahrens nicht hinreicht; die Aufhebung kann aber unterbleiben, wenn ein angemessener Kostenvorschuss geleistet wird.

Nach der Rechtsprechung ist ein Insolvenzverfahren so lange fortzuführen, als der Schuldner einen die Grundbeträge des Existenzminimums übersteigenden Bezug hat (OGH 30. 3. 2006, 8 Ob 8/06v; siehe hiezu auch *Konecny*, „Ewiger Konkurs“ bei laufenden Einkünften des Schuldners, ZIK 2010/62). Unter Fortentwicklung dieses Ansatzes soll ein Insolvenzverfahren erst dann aufzuheben sein, wenn der Schuldner seit mehr als fünf Jahren keinen Bezug hat, der das Existenzminimum übersteigt. Außerdem darf ein solcher Bezug oder der Erwerb sonstigen Vermögens nicht zu erwarten sein. Bei dieser Sachlage und Prognose ist das Insolvenzverfahren aufzuheben.

Vor einer solchen Entscheidung sind der Schuldner und die Insolvenzgläubiger einzuvernehmen.

Der derzeitige § 189 ermöglicht eine Anfechtung durch die Insolvenzgläubiger bei Eigenverwaltung des Schuldners. Diese Bestimmung wird kaum angewendet. Bedarf es einer Anfechtung von Rechtshandlungen, so wird hiezu in der Praxis ein Insolvenzverwalter bestellt. Daher kann die Bestimmung des derzeitigen § 189 mangels Anwendbarkeit in der Praxis entfallen.



**Zu 10 und 11 (§ 201 Abs. 1 Z 3, 4 und 6 IO):**

Nach Abs. 1 **Z 3** bildet es ein Einleitungshindernis, wenn der Schuldner innerhalb von 3 Jahren vor dem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens vorsätzlich oder grob fahrlässig die Befriedigung der Insolvenzgläubiger dadurch vereitelt oder geschmälert hat, dass er unverhältnismäßig Verbindlichkeiten begründet oder Vermögen verschleudert hat. Diese Regelung geht davon aus, dass der Schuldner ein Abschöpfungsverfahren bereits bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens anstrebt und über dessen Einleitung kurz danach entschieden wird. Dies wird jedoch der Interessenlage nicht gerecht, wenn der Schuldner den Antrag auf Einleitung des Abschöpfungsverfahrens erst längere Zeit nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens stellt, was insbesondere beim Gesamtvollstreckungsverfahren gegeben sein wird. Es wird daher vorgeschlagen, nicht auf die Eröffnung des Insolvenzverfahrens, sondern die Einleitung des Abschöpfungsverfahrens abzustellen.

Abs. 1 **Z 4** erfasst unter anderem als Einleitungshindernis, dass der Schuldner vorsätzlich oder grob fahrlässig schriftlich unrichtige oder unvollständige Angaben über seine wirtschaftlichen Verhältnisse gemacht hat. Dies wird im Gesetztext nicht auf Sachverhalte innerhalb einer bestimmten Zeit vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens eingeschränkt. In der Literatur wird jedoch mit überzeugenden Argumenten die 3-Jahresfrist der Z 3 auch auf den Fall der Z 4 analog angewendet (*Konecny in Potz/Talos/Maier/Simon/ua, Juridicum I 135 (143 FN 35); Posani, Die Würdigkeit im Abschöpfungsverfahren 72*). Dies wird im Gesetzestext festgehalten, wobei – wie zu Z 3 vorgeschlagen – auf den Antrag auf Einleitung des Abschöpfungsverfahrens abgestellt wird.

Nach dem derzeitigen Abs. 1 **Z 6** wird für den Beginn der Sperrfrist auf den Zeitraum zwischen der Einleitung eines Abschöpfungsverfahrens, das mit Restschuldbefreiung endete oder auch vorher eingestellt wurde, und dem Antrag auf Eröffnung des nunmehr anhängigen Insolvenzverfahrens abgestellt. Ist dieses Insolvenzverfahren ein solches, das längere Zeit schon anhängig ist, was insbesondere bei einem Gesamtvollstreckungsverfahren gegeben sein wird, so führt diese Rechtslage dazu, dass die 20-jährige Sperrfrist zur Einleitung eines weiteren Abschöpfungsverfahrens nicht ablaufen kann, wenn ein weiteres Insolvenzverfahren vor Ablauf der Sperrfrist eröffnet wurde. Aus diesem Grund soll auf den Zeitpunkt der Einleitung des Abschöpfungsverfahrens abgestellt werden.

**Zu Z 12 (§ 282 IO):**

Es wird das Übergangsrecht geregelt.

**Zu Artikel 4 ff**

Diese Artikel enthalten vor allem Zitanpassungen. Die erforderlichen Anpassungen im WEG 2002 und im MRG werden erst im Zuge der jeweils nächsten Novellierungen dieser Vorschriften geschehen.

**Zu Artikel 4 (Allgemeines bürgerliches Gesetzbuch – ABGB):****Zu Z 1 (§ 211 Abs. 2 ABGB):**

Der Verweis ist anzupassen.

**Zu Z 2 (§ 1212 ABGB):**

Diese Bestimmung wird in § 338 Abs. 1 EO übernommen (s. Erl. zu § 338 Abs. 1 EO) und kann daher entfallen.

**Zu Z 3 und 4 (§ 1214 Abs. 1 und 2 ABGB):**

Die Bestimmung wird im Hinblick darauf angepasst, dass der derzeitige § 1212 in § 338 Abs. 1 EO übernommen wird.

**Zu Z 5 (§ 1216a Abs. 2 ABGB):**

Die Bestimmung wird im Hinblick darauf angepasst, dass der derzeitige § 1212 in § 338 Abs. 1 EO übernommen wird. Künftig soll statt der Zustimmung des Privatgläubigers jene des Verwalters notwendig sein, um von einer Liquidation abzusehen.

**Zu Z 6 (§ 1216b Abs. 2 ABGB):**

Wie derzeit erfolgt die Liquidation, sofern sie nicht durch Beschluss der Gesellschafter oder durch den Gesellschaftsvertrag einzelnen Gesellschaftern oder anderen Personen übertragen ist, durch sämtliche Gesellschafter – und nicht etwa durch den Verwalter – als Liquidatoren (Abs. 1). Nach Abs. 2 soll aber, im Falle der Verwertung nach § 338 Abs. 1 EO künftig der Verwalter als Beteiligter gelten. Diesem kommen daher auch die besonderen Rechte nach Abs. 3 zu.

**Zu Z 7 (§ 1503 ABGB):**

Diese Bestimmung regelt das Inkrafttreten.

**Zu Artikel 5 (Gerichtsgebührengesetz – GGG):****Zu Z 1, 3, 4 und 10 (§ 2 Z 5, TP 1 Anm 2, TP 2 Anm 1a, TP 4 Anm 5, TP 9 Anm 11):**

Die Verweise auf die Exekutionsordnung werden an die geänderte Paragraphennummerierung angepasst.

**Zu Z 2 und 11 (§ 2 Z 7a, TP 14 Z 7 GGG):**

Die Umbenennung der „Zwangsverwalterliste“ in „Verwalterliste in Exekutionssachen“ wird nachvollzogen.

**Zu Z 5 (TP 4 GGG):**

Die Gesamtreform des Exekutionsrechts lässt einen Rückgang an Exekutionsverfahren erwarten. Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der vorgeschlagenen Fortführung der Bezügeexekution nach § 295 EO auch bei Wechsel des Drittschuldners bis zur Befriedigung des betreibenden Gläubigers jährlich ca. 43.000 weniger Exekutionsanträge nach § 295 EO (ca. 10 % aller Anträge) gestellt werden. Mit der vorgeschlagenen Regelung, nach der eindeutige Fälle der Insolvenz im Exekutionsverfahren wahrgenommen werden sollen und das Exekutionsverfahren abgebrochen werden soll, dürften darüber hinaus jährlich ca. 37.500 Exekutionsverfahren (ca. 5 % aller Exekutionsverfahren) wegfallen.

Vor dem Hintergrund, dass in Zukunft somit weniger Exekutionsanträge und -verfahren notwendig sein werden, um denselben Ertrag für die betreibende Partei zu bringen, ist eine Erhöhung der bisher in der TP 4 Z I lit. a GGG angeführten Beträge um jenen Prozentsatz gerechtfertigt, der notwendig ist, um den Gebührenaussfall zu kompensieren.

Mit dieser Erhöhung unter Berücksichtigung des bisher in der Anmerkung 1a zur TP 4 GGG vorgesehenen „Fahrnisexekutionszuschlags“ erfolgt wertmäßig eine Annäherung an die bisher für Exekutionsverfahren auf das unbewegliche Vermögen in der TP 4 Z I lit. b GGG vorgesehenen Beträge, weshalb eine einheitliche Gebühr für alle Exekutionsverfahren vorgeschlagen wird.

**Zu Z 6 bis 8 (TP 4 Anm 1, 1a und 6 GGG):**

Da eine Differenzierung zwischen der bisherigen TP 4 Z I lit. a GGG und der bisherigen TP 4 Z I lit. b GGG nicht mehr notwendig ist, werden die sich darauf beziehenden Stellen in den Anmerkungen 1 und 6 der TP 4 GGG gestrichen.

Da der bisherige Zuschlag für die Fahrnisexekution wertmäßig in der einheitlichen Gebühr für alle Exekutionsverfahren Niederschlag finden soll, kann die Anmerkung 1a gestrichen werden.

**Zu Z 9 (TP 4 Anm 9):**

Anlässlich der Einführung von Rechtsmittelgebühren in der Tarifpost 4 wurde übersehen, die Gebührenfreiheit für bestimmte arbeitsrechtliche Exekutionsverfahren auf für das Rechtsmittelverfahren vorzusehen. Das soll nun nachgeholt werden.

**Zu Artikel 6 (Gerichtliches Einbringungsgesetz)****Zu Z 1 (§ 1 Z 5 lit. b):**

Es erfolgt eine Aktualisierung des Verweises.

**Zu Z 2 (§ 11 Abs. 2):**

Es erfolgt eine terminologische Anpassung und eine Aktualisierung des Verweises.

**Zu Artikel 7 (Unternehmensgesetzbuch – UGB):****Zu Z 1 (§ 31 Abs. 2 UGB):**

Der Verweis ist anzupassen, da sich die Regelungen über die Bekanntmachung des Zwangsverwalters nun in § 341 EO finden.

**Zu Z 2 (§ 31 Abs. 3 UGB):**

Bei Eröffnung eines Insolvenzverfahrens hat das Insolvenzgericht unter anderem auch die Eintragung des Namens des Insolvenz- oder Masseverwalters zu veranlassen, sofern die Firma in das Firmenbuch eingetragen ist (§ 77a Abs. 1 IO). Dafür ist derzeit vom Insolvenz- oder Masseverwalter eine beglaubigte Musterzeichnung vorzulegen. Obwohl Insolvenz- oder Masseverwalter regelmäßig bestellt und im Firmenbuch eingetragen werden, müssen sie in jedem einzelnen Fall neuerlich eine beglaubigte Musterzeichnung vorlegen. Ob die Musterzeichnung öffentlich einsehbar ist, legt das Entscheidungsorgan fest. In der Praxis werden die Musterzeichnungen fast immer veröffentlicht. Dadurch sind die Unterschriften der Insolvenzverwalter für jedermann im Internet abrufbar, woraus mit den heute zur Verfügung stehenden technischen Möglichkeiten zur Herstellung von Kopien und der digitalen Bildbearbeitung nicht unbeträchtliches Missbrauchspotenzial droht.

Es soll daher künftig bei der Eintragung von Insolvenz- und Masseverwaltern sowie bei Zwangsverwaltern im Exekutionsverfahren – die ohnehin gerichtlich bestellt werden und der Kontrolle des Gerichts unterliegen – auf die Musterzeichnung verzichtet werden.

**Zu Z 3 (§ 135 UGB):**

Diese Bestimmung wird in § 338 Abs. 1 EO übernommen (s. Erl. zu § 338 Abs. 1 EO) und kann daher entfallen.

**Zu Z 4 (§ 141 Abs. 2 UGB):**

Die Bestimmung wird im Hinblick darauf angepasst, dass der derzeitige § 135 in § 338 Abs. 1 EO übernommen wird.

**Zu Z 5 (§ 145 Abs. 2 UGB):**

Die Bestimmung wird im Hinblick darauf angepasst, dass der derzeitige § 135 in § 338 Abs. 1 EO übernommen wird. Künftig soll zudem statt der Zustimmung des Privatgläubigers jene des Verwalters notwendig sein, um von einer Liquidation abzusehen.

**Zu Z 6 (§ 146 Abs. 2 UGB):**

Wie schon derzeit erfolgt die Liquidation, sofern sie nicht durch Beschluss der Gesellschafter oder durch den Gesellschaftsvertrag einzelnen Gesellschaftern oder anderen Personen übertragen ist, durch sämtliche Gesellschafter – und nicht etwa durch den Verwalter – als Liquidatoren (Abs. 1). Nach Abs. 2 soll aber, im Falle der Verwertung nach § 338 Abs. 1 EO, künftig auch der Verwalter als Beteiligter gelten. Diesem kommen daher auch die besonderen Rechte nach §§ 147 und 152 zu.

**Zu Z 7 (§ 184 Abs. 1 UGB):**

In Abs. 1 erster Satz wird derzeit für die Kündigung des Privatgläubigers einer stillen Gesellschaft auch auf § 135 verwiesen. Durch die Übernahme von § 135 in § 338 Abs. 1 EO ist der Verweis zu berichtigen und klarzustellen, dass auch hier das Kündigungsrecht nicht mehr dem Gläubiger, sondern dem Verwalter zukommt.

**Zu Z 8 (§ 906 UGB):**

Diese Bestimmung regelt das Inkrafttreten.

**Zu Artikel 8 (EWIV-Ausführungsgesetz – EWIVG)**

**Zu Z 1 (§ 10 EWIVG):**

Die EWIV-Verordnung (Verordnung des Rates vom 25. Juli 1985 über die Schaffung einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung (Nr. 2137/85, ABI. Nr. L 199 vom 31. Juli 1985, 1 f)) ermächtigt in Artikel 28 Abs. 1 die Mitgliedstaaten, unter anderem für Zwecke ihrer Rechtsvorschriften über Zahlungsunfähigkeit oder Zahlungseinstellung das Ausscheiden eines Mitglieds aus der Vereinigung vorzusehen, greift also nicht in das nationale Recht der Zwangsvollstreckung ein.

Durch die Übernahme des derzeitigen § 135 UGB in § 338 Abs. 1 EO ist der Verweis in § 10 anzupassen. Da die Kündigung eines Mitglieds der Vereinigung nicht zu deren Auflösung, sondern nur zum Ausscheiden des betreffenden Mitglieds führt (vgl. Art. 27 Abs. 1 und Art. 30 der Verordnung), soll auch künftig im Fall der Kündigung durch den Verwalter diese Rechtsfolge eintreten. Damit wird die Fortsetzung der Gesellschaft nicht einem Fortsetzungsbeschluss der Gesellschafter vorbehalten, sondern (wie bisher) ex lege angeordnet.

**Zu Z 2 (Artikel V Abs. 1c EWIVG):**

Diese Bestimmung regelt das Inkrafttreten.

**Zu Artikel 9 (Genossenschaftsgesetz – GenG):**

**Zu Z 1 (§ 59 GenG):**

Die derzeitige Bestimmung des § 59 wird in den neu geschaffenen § 338 Abs. 2 EO übernommen (s. Erl. zu § 338 EO) und kann daher entfallen.

**Zu Z 2 (§ 94j GenG):**

Diese Bestimmung regelt das Inkrafttreten.

**Zu Artikel 10 (GmbH-Gesetz – GmbHG):**

**Zu § 76 GmbHG:**

Die derzeitige Bestimmung des Abs. 4 wird in den neu geschaffenen § 339 EO übernommen (s. Erl. zu § 339 EO) und kann daher entfallen.

**Zu § 127 GmbHG:**

Diese Bestimmung regelt das Inkrafttreten.

**Zu Artikel 11 (Aktiengesetz – AktG):****Zu § 62 AktG:**

Die derzeitige Bestimmung des Abs. 4 wird in den neu geschaffenen § 339a EO übernommen (s. Erl. zu § 339 EO) und kann daher entfallen.

**Zu § 262 AktG:**

Diese Bestimmung regelt das Inkrafttreten.

**Zu Artikel 12 (Notariatsordnung)**

Mit der vorgeschlagenen Änderung erfolgt eine Aktualisierung der Verweise.

**Zu Artikel 13 (Änderung des Rechtsanwaltsaristgesetzes)****Zu Z 1 (§ 24 RATG)**

§ 24 Abs. 1 lit. b RATG kann als obsolet entfallen.

**Zu Z 2 bis 4 (Tarifpost 1 Abschnitt III RATG)**

Mit den vorgeschlagenen Änderungen erfolgen Aktualisierungen der Verweise.

**Zu Artikel 14 (Eingetragene Partnerschaft-Gesetz)**

Mit der vorgeschlagenen Änderung erfolgt eine Aktualisierung des Verweises.

**Zu Artikel 15 (Urkundenhinterlegungsgesetz):**

Mit den vorgeschlagenen Änderungen erfolgt eine Aktualisierung der Verweise.

**Zu Artikel 16 (Rechtspflegergesetz):**

Die Änderungen sind Richtigstellungen von Verweisen. Inhaltliche Änderungen sind damit nicht verbunden.

**Zu Artikel 17 (Außerkrattreten der Anfechtungsordnung – AnfO):**

Die Bestimmungen der AnfO sollen in die EO übernommen werden (siehe die Erläuterungen zu §§ 436 bis 453 EO).

**Zu Artikel 18 (Außerkrattreten des Vollzugsgebührengesetzes – VGebG):**

Die Bestimmungen des VGebG sollen in die EO übernommen werden (siehe die Erläuterungen zu §§ 454 bis 474 EO).

**Zu Artikel 19 (Sicherheitspolizeigesetz – SPG):**

Durch die Änderungen des § 38a sollen aufgrund der systematischen Neuordnung der einstweiligen Verfügungen zum Schutz vor Gewalt die Verweise angepasst werden. Inhaltliche Änderungen sind damit nicht verbunden.

**Zu Artikel 20 (Bundesgesetz, mit dem Verstöße gegen bestimmte einstweilige Verfügungen zum Schutz vor Gewalt und zum Schutz vor Eingriffen in die Privatsphäre zu Verwaltungsübertretungen erklärt werden):**

Durch die Änderungen werden einerseits die Verweise angepasst, andererseits ein Redaktionsversehen beseitigt. Auch der Verstoß gegen ein gerichtlich angeordnetes Annäherungsverbot nach § 382c Z 3 EO soll der Verwaltungsstrafbestimmung unterliegen.

**Zu Artikel 21 und 22 (Asylgesetz 2005 – AsylG 2005; Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz – NAG):**

Die Verweisanpassung erfolgt aufgrund der systematischen Neuordnung der einstweiligen Verfügungen zum Schutz vor Gewalt. Inhaltliche Änderungen sind damit nicht verbunden. Es ist darauf hinzuweisen, dass auf Grund einer geplanten Novelle (RV 349 BlgNR 27. GP) dem § 82 NAG ein Abs. 32 und dem § 73 AsylG 2005 ein Abs. 23 angefügt werden wird und sich die Absatzbezeichnungen daher ändern werden.